

BREMEN

SPD

JAHRBUCH 2010/2011
LANDESORGANISATION BREMEN

SPD-Landesorganisation Bremen

JAHRBUCH 2010/2011

Jahrbuch 2010/2011

Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Tim Cordßen

Mitarbeit: Wolfgang Arnhold, Karen Schuster

Fotos: Focke Strangmann; SPD Bremen

© SPD-Landesorganisation Bremen

Bremen, Mai 2012

INHALT

Gedenken	Seite 5
Bericht des Landesvorsitzenden zur Arbeit des Landesvorstandes	Seite 7
Sozialpolitischer Ausschuss	Seite 15
Mitglieder des Landesvorstandes	Seite 16
Organisations- und Finanzbericht	Seite 17
Bericht der Landesschiedskommission	Seite 25
Bericht des Präsidenten des Senats	Seite 27
Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion	Seite 39
Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Foren	Seite 55

ANHANG

Wahlergebnisse der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft und der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven, 22. Mai 2011.....	Seite 78
Statistiken und Grafiken zur Mitgliederentwicklung	Seite 80

GEDENKEN

Die Landesorganisation hat in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 158 Mitglieder durch Tod verloren.

Stellvertretend für alle unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Karl-Eddi Armgort

Klaus Arnold

Karl Bauer

Ingrid Bormann

Gerhard Fischer

Günter Funk

Lieselotte Garlich

Walter Glaeser

Helga Jansen

Helene Knorr

Lothar Koring

Günter Krapohl

Erika Launspach

Käthe Marquardt

Walter Metzner

Johann Meyerhoff

Wolfgang Nußbaum

Alfred Otten

Linda Regul

Marie Rost

Annelies Schwolow

Herbert Steinmetz

Kurt Vetter

Leo Weichert

Ursula Wulff

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

BERICHT DES LANDESVORSITZENDEN ÜBER DIE ARBEIT DES LANDESVORSTANDES 2010/2011

Nach dem Verzicht des seit 2006 amtierenden SPD-Landesvorsitzenden Uwe Beckmeyer auf eine erneute Kandidatur hatten die Mitglieder der SPD im Land Bremen das Wort. Die Entscheidung über den Landesvorsitz fiel in einer **Mitgliederbefragung** zwischen Karin Jöns und Andreas Bovenschulte. Auf insgesamt vier Veranstaltungen im Mai 2010 (zwei in Bremen-Stadt, eine in Bremen-Nord, eine in Bremerhaven) konnten die Mitglieder die Kandidatin und den Kandidaten befragen, mit ihnen diskutieren und ihre Stimme abgeben. Nach der letzten Veranstaltung am 30. Mai 2010 im Bremer World Trade Center wurde ausgezählt. An der Mitgliederbefragung beteiligten sich insgesamt 1.127 Genossinnen und Genossen. Für Karin Jöns stimmten 45 Prozent (502 Stimmen) und für Andreas Bovenschulte 54 Prozent (600 Stimmen). In der Richtlinie zur Mitgliederbefragung hatte der Landesvorstand sich gebunden, das Ergebnis der Mitgliederbefragung als Wahlvorschlag für den Landesparteitag zu übernehmen, wenn sich mindestens 10 Prozent der Mitglieder der SPD im Land Bremen an der Mitgliederbefragung beteiligen. Dies wurde deutlich übertroffen, die Beteiligung von 1.127 Mitgliedern entsprach einer Quote von 23 Prozent.

Der **Landesparteitag am 5. Juni 2010** in der Stadthalle Bremerhaven stand sowohl im Zeichen der personellen Neuaufstellung als auch der inhaltlichen Positionsbestimmung zu sozialdemokratischen Kernthemen. So beschloss der Parteitag unter anderem einen Leitantrag des Landesvorstandes „Für gute Arbeit, faire und gerechte Teilhabe am Arbeitsleben sowie eine menschenwürdige Existenzsicherung“ sowie einen weiteren Leitantrag des Landesvorstandes zu den Eckpunkten sozialdemokratischer Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die Organisationswahlen brachten klare Ergebnisse hervor: Der Parteitag wählte Andreas Bovenschulte mit 198 Ja-Stimmen (88 Prozent) zum neuen Landesvorsitzenden. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Sarah Ryglewski aus Bremen und Elias Tsartilidis aus Bremerhaven gewählt. Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettierten die wiedergewählte Schatzmei-



Dr. Andreas Bovenschulte
Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen

sterin Petra Krümpfer sowie Insa Peters-Rehwinkel, die neu in das Amt der Schriftführerin gewählt wurde.

Bereits eine Woche nach seiner Wahl konstituierte sich der Landesvorstand auf einer **Klausursitzung am 13. Juni 2010** und nahm die Arbeit auf. Ein Schwerpunkt war die Vorbereitung für den Bürgerschaftswahlkampf 2011. Zur Erstellung des Regierungsprogramms 2011-2015 beschloss der Landesvorstand einen intensiven Beteiligungsprozess sowohl für Mitglieder als auch für gesellschaftliche Akteure und interessierte Bürgerinnen und Bürger. Der Landesvorstand setzte insgesamt sechs Arbeitsgruppen zu einzelnen Themenbereichen ein, die unter der Leitung von jeweils zwei Mitgliedern des Landesvorstandes einen parteiöffentlichen Beratungsprozess zur Erstellung von ersten Thesen und Eckpunkten für das Regierungsprogramm initiieren sollten.

100 Prozent Bremen, 100 Prozent Jens Böhrnsen: Der **Landesparteitag am 29. September 2010** im BLG-Forum in der Bremer Überseestadt hatte einen zentralen Tagesordnungspunkt: Die Nominierung des Spitzenkandidaten für die Bürger-

schaftswahl 2011. Aus Berlin war der SPD-Partei-vorsitzende Sigmar Gabriel angereist und stimmte die Delegierten auf die vor ihnen liegende Nominierung und den anstehenden Wahlkampf ein. Bürgermeister Jens Böhrnsen überzeugte anschließend mit einer mitreißenden Rede und wurde mit einem – bei aller Geschlossenheit auch in der SPD nicht alltäglichen – Ergebnis belohnt, das keine Fragen mehr offen ließ: Alle Delegierten des Landesparteitags stimmten in geheimer Wahl mit „Ja“ und nominierten Jens Böhrnsen somit mit einem lupenreinen Ergebnis von 100 Prozent als Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl.



Die stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig hielt die Neujahrsrede beim Jahresauftakt 2011.

Nach der Erstellung erster Thesen und Eckpunkte zum **Regierungsprogramm 2011 – 2015** durch die sechs parteiöffentlichen Arbeitsgruppen wurden zu allen Themenbereichen im Oktober und November 2010 öffentliche Fachforen durchgeführt. Parallel dazu konnten die Thesenpapiere im Internet diskutiert und kommentiert werden. Alle Ergebnisse dieses ersten öffentlichen Beratungsprozesses wurden als Material zur Erarbeitung des ersten Textentwurfes für das Regierungsprogramm hinzugezogen. Der Entwurf wurde auf einer Klausursitzung des Landesvorstandes am 10. und 11. Dezember 2010 beschlossen und am 14. Dezember 2010 auf einer Parteikonferenz vorgestellt. Einen Tag später startete zur weiteren öffentlichen Diskussion und Kommentierung ein zweites Online-Forum. Auf der Internetseite programmdialog.spd-land-bremen.de konnte der

Entwurf für das Regierungsprogramm sechs Wochen lang abschnittsweise gelesen, diskutiert und kommentiert werden. Alle Beiträge wurden wiederum als Material für die Vorbereitung der endgültigen Beschlussfassung des Regierungsprogramms hinzugezogen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Online-Diskussion wurden über das weitere Verfahren informiert und konnten sich so ein Bild über den „Werdegang“ ihrer Vorschläge machen.

Der zweite Schwerpunkt der Klausursitzung des Landesvorstandes am 10. und 11. Dezember 2010 in Verden war die Festlegung der **Wahlkampfstrategie für die Bürgerschaftswahl**. Hierzu bediente sich der Landesvorstand wieder der Hilfe von Michael Kronacher, der uns bereits im Bürgerschaftswahlkampf 2007 in Fragen der Strategie und Kommunikation beraten hatte. Wesentliches Element der entwickelten Strategie war eine zentrale Stellung des Spitzenkandidaten im Wahlkampf, verbunden mit einer aktiven Rolle und Positionierung der Partei.

Der **Auftakt in das Wahljahr 2011** gestaltete sich schwungvoll. Zum fünften Mal bereits lud die Landesorganisation alle Mitglieder sowie Freundinnen und Freunde der Bremer SPD in die Schwankhalle in der Neustadt zum Jahresauftakt ein. Gut 400 Gäste erlebten eine bunte Mischung aus Kultur, Politik und anregenden Gesprächen. Ehrengast war die stellvertretende SPD-Partei-vorsitzende und Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig.

Für den **Landesparteitag am 26. Februar 2011** zur Verabschiedung des Regierungsprogramms 2011 – 2015 fiel die Wahl auf einen besonderen Veranstaltungsort. Die rund 250 Delegierten versammelten sich in der Werkstatthalle der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) am Flughafendamm zwischen Bussen, Werkbänken und jeder Menge anderem schweren Gerät.

Unter großem Applaus der anwesenden Delegierten sprach Altbürgermeister Hans Koschnick zum Beginn des Parteitages zu den Delegierten. Er rief die SPD sowie alle Bremerinnen und Bremer dazu auf, gegen den geplanten Aufmarsch der NPD (zunächst angekündigt für den 1. Mai 2011, tat-

sächlich hat dieser dann am 30. April 2011 stattgefunden) aufzustehen und ein deutliches Zeichen zu setzen, dass in unserer Gesellschaft kein Platz ist für die fremdenfeindlichen und menschenverachtenden Parolen der alten und neuen Nazis. Dazu verabschiedete der Landesparteitag einstimmig eine Resolution gegen den Nazi-Aufmarsch und für ein friedliches Zusammenleben in einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft und unterstrich noch einmal die sozialdemokratische Position: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Nach einer insgesamt sechsmonatigen Erarbeitungsphase erfolgte der **Beschluss des Regierungsprogramms 2011 – 2015** durch den Landesparteitag nach der Beratung der letzten noch vorliegenden Änderungs- und Ergänzungsanträgen durch ein einstimmiges Votum der Delegierten.

Ergänzend zum öffentlichen Beteiligungsverfahren zum Regierungsprogramm und zur Vertiefung der Diskussion in zentralen Themenbereichen führte die SPD-Landesorganisation insgesamt vier „**Bremer Zukunftsgespräche**“ durch:

Verantwortung für unsere Städte – Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung

22. Januar 2011, World Trade Center, Bremen
Mit Jens Böhrnsen, Andreas Bovenschulte, Thorsten Schäfer-Gümbel, Prof. Dr. Alfred Rinke und Roland Schäfer

Miteinander im Stadtteil – Zusammenleben gestalten

12. März 2011, Nachbarschaftshaus Helene Kaisen, Bremen
Mit Jens Böhrnsen, Ulrich Mäurer, Libuse Cerna, Hans-Peter-Mester und Rolf Prigge

Gesundheitsversorgung für alle – solidarisch und gerecht

25. März 2011, Strandlust Vegesack, Bremen
Mit Dr. Carola Reimann, Ingelore Rosenkötter, Wilfried Sulimma und Wilfried Bolles

Starke Wirtschaft – starkes Bremen: Neue Arbeitsplätze in unseren Städten

13. April 2011, Energieleitzentrale, Überseestadt, Bremen

Mit Jens Böhrnsen, Martin Günthner, Prof. Dr. Frank Kirchner, Dr. Dirk Fornahl, Detlef Lindenau, Ronny Meyer, Prof. Dr. Andreas Reuter und Michael Weisel



Altbürgermeister Hans Koschnick auf dem SPD-Landesparteitag am 26. Februar 2011.

Der **Wahlkampfauftakt am 28. April 2011** führte uns wieder an den Ort, an dem wir bereits ein gutes halbes Jahr zuvor Bürgermeister Jens Böhrnsen zu unserem Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl gewählt haben: das BLG-Forum in der Bremer Überseestadt. Die Ministerpräsidenten aus drei Bundesländern, Olaf Scholz (Hamburg), Matthias Platzeck (Brandenburg), Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern) sowie die stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig kamen zur Unterstützung von Jens Böhrnsen und der Bremer SPD. Die sehr gut besuchte Veranstaltung war ein wichtiges Signal der Entschlossenheit der Partei und ein fulminanter Start in die entscheidende Phase des Bürgerschaftswahlkampfes.

Weitere zentrale Wahlkampfveranstaltungen folgten:

Bürgerforum mit Jens Böhrnsen und Sigmar Gabriel

11. Mai 2011, Strandlust Vegesack

Besuch der Überseestadt mit Jens Böhrnsen und Hannelore Kraft

13. Mai 2011

Endspurtkundgebung mit Jens Böhrnsen, Andreas Bovenschulte und Sigmar Gabriel in Bremen

19. Mai 2011, Marktplatz

Endspurtkundgebung mit Jens Böhrnsen, Martin Günthner, Melf Grantz und Sigmar Gabriel in Bremerhaven

19. Mai 2011, Platz vor dem Lloyd's

Zum Wahlkampf der SPD im Land Bremen kamen neben den von der Landesorganisation angebotenen klassischen Elementen wie **Plakaten, Kandidatinnen- und Kandidatenflyern, Give-aways, Anzeigenwerbung und einem Bürgermeister- und Erstwählerbrief** auch neue Komponenten im Bereich des Internetwahlkampfes zum Einsatz. Auf den beiden eigens eingerichteten Internetseiten **bremenmitzukunft.de** und **bremenmiteinander.de** konnten sich die Nutzer über die Inhalte und Positionen der SPD sowie über unsere Kandidatinnen und Kandidaten informieren und hatten zum Beispiel auch die Möglichkeit, mit Bürgermeister Jens Böhrnsen und anderen Senatsmitgliedern in einem Chat in den direkten Austausch zu treten.



Zwischen Bussen und Werkbänken: Der SPD-Landesparteitag tagte in der Werkstatthalle der BSAG.

Zu unseren klassischen Wahlkampfelementen gehören seit eh und je Hausbesuche („Rosen verteilen“) in unseren Hochburgen. Diese wurden von den Unterbezirken auch in diesem Wahlkampf organisiert. Angelehnt an Konzepte des **Organizing** haben wir im Bürgerschaftswahlkampf zusammen mit den örtlichen SPD-Gliederungen

zusätzlich in drei ausgewählten Ortsteilen **besonders intensive Hausbesuche** organisiert und durchgeführt. Dabei kamen auch so genannte Volunteers zum Einsatz, meistens Studentinnen und Studenten, die nach einer Schulung durch die Landesorganisation zusammen mit den ehrenamtlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern der Ortsvereine insgesamt dreimal in verschiedenen „Welle“ jeden Haushalt im Ortsteil aufsuchten. An der dritten „Welle“ der Hausbesuche nahm auch die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles teil. Sie unterstützte die Hausbesuche im Stadtteil Huchting und traf sich im Anschluss mit den Volunteers und Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern aus den beteiligten Ortsvereinen, um sich über das Organizing-Projekt, das vom Parteivorstand finanziell unterstützt wurde, zu informieren.

Miteinander gewinnen: Mit einem **Ergebnis von 38,6 Prozent der Stimmen bei der Bürgerschaftswahl 2011** konnten wir unseren Stimmenanteil gegenüber der Bürgerschaftswahl 2011 um knapp zwei Prozentpunkte steigern und auf unserem Wahltreff in der „Ständigen Vertretung“ in der Bremer Böttcherstraße einen klaren Wahlsieg feiern. Das Wahlergebnis ist ein großer Erfolg für die Sozialdemokratische Partei im Land Bremen, für unseren Spitzenkandidaten Bürgermeister Jens Böhrnsen und alle, die im Wahlkampf tatkräftig mitgeholfen haben, insbesondere in unseren Ortsvereinen, Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften.

Das klare Bekenntnis zur Fortführung der rot-grünen Koalition fand bei den Wählerinnen und Wählern große Unterstützung: Mit zusammen 61 Prozent der Stimmen und den daraus resultierenden 58 Sitzen verfügt die rot-grüne Koalition in der zweiten Auflage sogar über eine verfassungsändernde Mehrheit in der Bremischen Bürgerschaft und ist – nachdem die Grünen erstmals zur zweitstärksten Kraft wurden – nun auch hinsichtlich dieses Aspektes eine „große“ Koalition.

Betrachtet man das Wahlergebnis der Bürgerschaftswahl in den verschiedenen Wählergruppen, tritt positiv hervor, dass die SPD in den Gruppen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Arbeitslosen und älteren Wähler deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. So wurden

die höchsten Stimmanteile bei Wählern ab 60 Jahren, Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern erreicht. Wo Licht ist, gibt es aber auch Schatten. Deshalb muss an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass die SPD in der gesamten Gruppe der unter 45-jährigen Verluste zu verzeichnen hatte und hier insbesondere bei Frauen unter 35. Für zukünftige Wahlkämpfe ist es deshalb von erheblicher Bedeutung, neue Konzepte für die Ansprache jüngerer Wählerinnen und Wähler zu entwickeln.

Mit Sorge ist auch der erneute Rückgang der Wahlbeteiligung zu betrachten. Im Vergleich zur vorangegangenen Bürgerschaftswahl ging diese um weitere 3,5 Prozentpunkte zurück und lag bei nur 54 Prozent.

Miteinander weiter regieren: Schon eine Woche nach der Wahl begannen die **Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen** und kamen aufgrund der großen inhaltlichen Übereinstimmung in den allermeisten Themenbereichen zügig voran. Auch während der Koalitionsverhandlungen haben wir die schon bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms begonnene offene und auf breite Beteiligung ausgerichtete Arbeitsweise beibehalten. Zum einen setzte der Landesvorstand zur intensiven inhaltlichen **Begleitung der Koalitionsverhandlungen Arbeitsgruppen** ein, an denen interessierte Funktionäre und Mitglieder teilnehmen konnten und in die – wie schon bei der Erstellung des Regierungsprogramms – auch externer Sachverstand und Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen und Verbänden eingebunden wurde. Die Arbeitsgruppen deckten alle Ressortbereiche ab: Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Leitung: Rolf Prigge); Bildung und Wissenschaft (Leitung: Mustafa Güngör); Wirtschaft und Häfen (Leitung: Elias Tsartilidis); Finanzen (Leitung: Christian Bücken); Bau, Umwelt, Verkehr (Leitung: Sarah Ryglewski); Kultur, Sport, Inneres, Justiz (Leitung: Wolfgang Grotheer).

Daneben informierte die Verhandlungsdelegation interessierte Mitglieder auf **Informationsabenden** über den Fortgang der Gespräche.

Nach nicht einmal drei Wochen konnten die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen werden und ein Koalitionsvertrag vorgelegt werden. Am

25. Juni 2011 stimmte der **SPD-Landesparteitag** dem Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit zu.



Auf Einladung der Bremer SPD reisten über 300 Teilnehmer mit der Oceana zum AKW-Unterweser nach Esenshamm und demonstrierten gegen die Nutzung der Atomkraft.

Mehr als ein Wehrmutstropfen war die Tatsache, dass wir aufgrund des starken Ergebnisses der Grünen bei der Bürgerschaftswahl ein Ressort abgeben mussten, obwohl wir bei der Wahl ebenfalls zulegen konnten. Nach intensiven Überlegungen und hartem Ringen fiel die Entscheidung, dass in der neuen Legislaturperiode der Ressortbereich Soziales, Kinder, Jugend und Frauen dem Koalitionspartner zufällt. Die Bereiche Arbeit und Gesundheit wurden den Ressorts Wirtschaft bzw. Bildung zugeordnet und bleiben damit auch in der neuen Wahlperiode in sozialdemokratischer Führung. Die Entscheidung, den Bereich Soziales an den Koalitionspartner zu geben, fiel sowohl in der Verhandlungsdelegation als auch im Landesvorstand niemandem leicht, die auch kritische Diskussion dieser Entscheidung in der Partei war deshalb nachvollziehbar.

Die neue Ressortverteilung hatte zur Folge, dass Ingelore Rosenkötter nach fast fünf Jahren an der Spitze des Sozialressorts aus dem Senat ausschied. Die Bremer SPD dankt Ingelore Rosenkötter für ihre hervorragende Arbeit seit ihrem Amtsantritt im November 2006. Wir freuen uns, dass Ingelore ihren Sachverstand und ihre Erfahrung als Mitglied der Bremischen Bürgerschaft weiter in die politische Arbeit der SPD einbringt.

Das Thema Sozialpolitik bleibt aber selbstverständlich auch weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda der SPD. Mit dem Beschluss „Sozialpolitische Offensive der Bremer SPD“ wurde der Landesvorstand beauftragt, „einen sozialpolitischen Diskurs in Gestalt eines Ausschusses beim Landesvorstand für Sozialpolitik zu organisieren“. Der **Sozialpolitische Ausschuss** wurde vom Landesvorstand in seiner Sitzung am 19. August 2011 eingesetzt. Als Koordinator (Sprecher) des Ausschusses hat der Landesvorstand Rolf Prigge berufen. Als weitere Mitglieder des Landesvorstands gehören Sarah Ryglewski, Petra Krümpfer und Karin Garling dem Sprechergremium des Ausschusses an. (Weitere Informationen im Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses in diesem Jahrbuch.)

Sozial gerecht, wirtschaftlich stark: Mit Blick auf den Bundesparteitag der SPD im Dezember 2011 setzte die Bremer SPD einen weiteren **Schwerpunkt in der Diskussion über die zukünftige sozialdemokratische Finanz- und Steuerpolitik**. Unter der Federführung des Landesvorsitzenden erarbeitete der vom Landesvorstand eingesetzte Arbeitskreis Wirtschaft – Steuern – Finanzen einen Entwurf für ein „Sozialdemokratisches Steuerkonzept 2020“, das die Grundlage für die Diskussion auf einer **finanz- und steuerpolitischen Konferenz der SPD-Landesorganisation am 17. September 2011** bildete. Referenten auf der Konferenz waren unter anderem Joachim Poß (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Rudolf Hickel (Finanzwissenschaftler, Universität Bremen), Dr. Mehrdad Payandeh (Abteilungsleiter Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand) und Dr. Achim Truger (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung).

Am **28. September 2011 beschloss der SPD-Landesparteitag** das Steuerkonzept der Bremer SPD unter dem Titel „Sozial gerecht, wirtschaftlich stark – Sozialdemokratische Steuerpolitik 2020“, das gleichzeitig auch als Antrag an den Bundesparteitag gerichtet wurde.

Der **Bundesparteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011 in Berlin** war aus verschiedenen Gründen aus Bremer Sicht erfreulich: Bei den steuerpolitischen Beschlüssen ist es der Bremer SPD mit ihrem Antrag gelungen, den Leitantrag des Parteivorstandes anetlichen Stellen weiterzuentwickeln.

Im Bereich der Rentenpolitik – hierzu gab es, wie auch zur Arbeitsmarktpolitik, in den vergangenen Jahren umfangreiche Beschlüsse der Bremer SPD zur solidarischen Weiterentwicklung der Altersversorgung – hat der Bundesparteitag die Einsetzung einer Kommission beim Parteivorstand beschlossen, die Fragen der Sozialversicherungsbeiträge und der Steuerzuschüsse zu den Sozialversicherungen und ihre Auswirkungen auf das Sicherungsniveau beraten und im Frühjahr 2012 Vorschläge für ein geschlossenes Finanzkonzept vorlegen soll.

Schließlich gab es auf dem Bundesparteitag auch noch eine aus Bremer Sicht erfolgreiche Personallie zu vermelden: Der Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling wurde in den 35-köpfigen Parteivorstand gewählt und vertritt dort nun – nachdem die Bremer SPD seit dem Bundesparteitag 2007 nicht mehr im Parteivorstand vertreten war – die Interessen der Sozialdemokratie im kleinsten Bundesland.

Der Arbeit ihren Wert zurückgeben: Anfang November 2011 befasste sich der SPD-Landesvorstand auf Initiative des Landesvorsitzenden mit dem Thema Mindestlohn. In Ergänzung zum Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz, das die öffentliche Auftragsvergabe regelt, soll ein Landesmindestlohngesetz in allen Bereichen Anwendung finden, in denen das Land oder die Stadtgemeinden als Arbeit- oder Auftraggeber handeln oder in denen sie Fördermittel und Zuwendungen vergeben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen hier nicht weniger als mindestens 8,50 Euro pro Stunde verdienen.

Da ein bundesweiter, gesetzlicher Mindestlohn mit der schwarz-gelben Bundesregierung nicht zu realisieren ist, brauchen wir auch aus diesem Grund einen Regierungswechsel bei der Bundestagswahl 2013. Gleichzeitig müssen alle Handlungsspielräume auf Landesebene und kommunaler Ebene zur Durchsetzung eines allgemeinen Mindestlohns ausgeschöpft werden. Ein Landesmindestlohngesetz ist ein erster wichtiger Schritt dorthin.

Unsere Initiative für einen Mindestlohn auf Landesebene wurde inzwischen von einer Reihe von SPD-Fraktionen anderer Bundesländer aufgegriffen.

Ein weiteres herausgehobenes Thema, das der SPD-Landesvorstand auf die politische Agenda gesetzt hat, ist die Diskussion über eine **Rekommunalisierung der Energienetze**. Vieles spricht auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten dafür, dass die Rekommunalisierung der Gas-, Strom- und Fernwärmenetze vorteilhaft für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sein kann. Dazu würde der kommunale Einfluss auf den wichtigen Bereich der Energieversorgung erheblich gestärkt. Der SPD-Landesvorstand hat deshalb im August 2010 den Bremer Senat sowie den Bremerhavener Magistrat gebeten, eine mögliche Rekommunalisierung der Leitungsnetze für Strom, Gas und Fernwärme mit dem Ziel der Stärkung der Energiestandorte Bremen und Bremerhaven in den beiden Stadtgemeinden mit Auslaufen der derzeitigen Konzessionsverträge Ende 2014 zu prüfen.

Der Senat hat eine Staatsräte-AG damit beauftragt, diese Prüfungen durchzuführen. Für den SPD-Landesvorstand begleitet eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Wolfgang Grotheer den Prozess. Nach einem positiven Zwischenbericht der Staatsräte-AG wurden die Konzessionen für die Energienetze in der Stadtgemeinde Bremen ebenso wie in Bremen unter Berücksichtigung eines (Teil-)Rekommunalisierungsmodells neu ausgeschrieben.

Weitere politische Beschlüsse der SPD-Landesorganisation (Auswahl)

- „Für gute Arbeit, faire und gerechte Teilhabe am Arbeitsleben sowie eine menschenwürdige Existenzsicherung“, Landesparteitag, 5. Juni 2010



Mehrere tausend Menschen, darunter viele Genossinnen und Genossen, demonstrierten am 30. April 2011 in Bremen gegen den Aufmarsch der NPD.

- „Wirtschaftliche Ungleichgewichte überwinden und nachhaltiges Wachstum fördern – Eckpunkte sozialdemokratischer Finanz- und Wirtschaftspolitik“, Landesparteitag, 5. Juni 2010
- Unterstützung des Fraktionsbeschlusses „Keine Abschiebungen von Angehörigen der Roma und anderer ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo in unzumutbare Lebensbedingungen“, Landesvorstand, 10. September 2010
- „Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums statt Grundsicherung nach Kassenlage“, Resolution des Landesparteitags, 29. September 2010
- „Keine Atomtransporte über Bremen und Bremerhaven!“, Landesvorstand, 7. November 2010
- „Keinen Meter! – Aufruf zur Demonstration gegen die NPD am 1. Mai 2011 in Bremen“, Resolution des Landesparteitags, 26. Februar 2011
- „Bremens friedlichen Vorbildcharakter stärken – Zivilklausel ins Hochschulgesetz!“, Landesparteitag, 28. September 2011
- „Für eine dauerhafte Lösung des Konflikts um Westsahara“, Landesvorstand, 10. Oktober 2011

Weitere Aktivitäten

Auch in den vergangenen zwei Jahren führte der SPD-Landesvorstand seine intensive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Land Bremen fort. **Der SPD-Gewerkschaftsrat** tagte regelmäßig unter der Leitung des SPD-Landesvorsitzenden und der DGB-Vorsitzenden Annette Düring. Die

gute, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Gewerkschaften ist bei der Diskussion zum Landesmindestlohngesetz und vielen anderen politischen Themen nach innen und außen deutlich geworden. Der enge Draht zu den Gewerkschaften ist einer der Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik im Land Bremen.



Die SPD-Senatsmitglieder mit dem Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte (dritter von links) auf dem Landesparteitag: Eva Quante-Brandt, Martin Günthner, Renate Jürgens-Pieper, Ulrich Mäurer und Bürgermeister Jens Böhrnsen (von links nach rechts).

Für die SPD als lebendige Mitgliederpartei ist es von besonderer Bedeutung, unsere neuen Mitglieder schnell in die aktive Politikgestaltung einzubeziehen und ihnen einen guten in die politische Arbeit zu ermöglichen. Mit Beginn des Jahres 2012 haben wir deshalb zu einer **Veranstaltungsreihe für Neumitglieder** eingeladen, die im Februar und März 2012 stattfand und insgesamt vier Termine umfasste:

Neumitglieder treffen Bürgermeister Jens Böhrnsen und besuchen das Rathaus

2. Februar 2012, Rathaus Bremen

Neumitglieder treffen den SPD-Landsvorsitzenden Andreas Bovenschulte

16. Februar 2012, Konsul-Hackfeld-Haus, Bremen

Neumitglieder besuchen die Bremische Bürgerschaft und treffen den Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber

5. März 2012, Bremische Bürgerschaft

Neumitglieder treffen den SPD-Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe

20. März 2012, SPD-Bürgerschaftsfraktion

Die SPD-Landesorganisation hat noch weitere Aktivitäten unternommen, die in diesem Bericht, der nur eine Auswahl aller Aktivitäten darstellen kann, keine Erwähnung finden können. Die relevanten organisationspolitischen Diskussionen und Beschlüsse werden im Finanz- und Organisationsbericht dargestellt. Dem Landesparteitag legt der Landesvorstand außerdem eine ausführliche Beschlussverfolgung für alle Beschlüsse aus den Jahren 2010 und 2011 vor.

Hinter uns liegen zwei arbeitsreiche und erfolgreiche Jahre. Die SPD im Land Bremen zeigt sich inhaltlich klar und organisatorisch gut aufgestellt. Dank unserer großen Geschlossenheit waren die beiden letzten Jahre von einer hohen politischen Produktivität gekennzeichnet und der Erfolg bei der Bürgerschaftswahl, bei der Wahl der Beiräte in Bremen und der Stadtverordnetenwahl in Bremerhaven ist ebenfalls darauf zurückzuführen, dass wir in großer Einigkeit für unser gemeinsames Ziel der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft haben. Insofern fällt das Fazit des Landesvorsitzenden kurz und knapp aus: Es war viel Arbeit, aber sie hat Freude gemacht!

Dr. Andreas Bovenschulte

Landesvorsitzender

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS

Der Landesparteitag vom 25. Juni 2011 (Antrag I 1) hat den Landesvorstand beauftragt, nachdem er der Koalitionsvereinbarung zur Fortsetzung der rot-grünen Koalition zugestimmt hatte, einen sozialpolitischen Diskurs mit Hilfe eines Ausschusses für Sozialpolitik zu organisieren.

Eingeladen werden sollten dazu engagierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus der Partei, aus der Fraktion und der Verwaltung, der Wissenschaft sowie aus Organisationen der sozialen Sicherung und Versorgung. Nach dem Verlust des Sozialressorts sollte der Ausschuss sozialdemokratische Initiativen insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik im weiteren Sinne (unter Einschluss von Aufgaben der Arbeits-, Jugend-, Gesundheits-, Stadtentwicklungs- und Bildungspolitik) sowie der über-regionalen Sozialpolitik entwickeln.

Die Koordination des Sozialpolitischen Ausschusses erfolgt über ein Sprechergremium, in dem Mitglieder des SPD-Landesvorstands, der SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie Sachverständige aus den Verwaltungen, den Verbänden und der Arbeitnehmerkammer mitgearbeitet haben. Zum Sprecher des Ausschusses wurde Rolf Prigge gewählt. Der Sozialpolitische Ausschuss hat seine Arbeit nach dem Einrichtungsbeschluss des SPD-Landesvorstands vom 19. August 2011 aufgenommen. Seitdem hat das Sprechergremium dreimal getagt. In der 3. Sitzung am 20. Februar 2012 wurde unter anderem ein Gespräch mit Dr. Arnold Knigge, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Lande Bremen über die Situation der „Freien Wohlfahrtspflege“, das Positionspapier „Zur sozialverträglichen Umsetzung der Schuldenbremse“ sowie die Einführung eines Mindestlohnes geführt.

Themenbezogene öffentliche Veranstaltungen des Sozialpolitischen Ausschusses wurden als „Plenarveranstaltungen“ organisiert. Zu ihnen erfolgte eine breite Einladung über das Büro der SPD-Landesorganisation. Die Einladungen ergingen auch an Vertreterinnen und Vertretern befreundeter Umfeldorganisationen (einschließlich der Wohlfahrtsverbände) und interessierte Mitglieder der Partei. Über die Sitzungen und Veranstaltungen wurde auf der Internet-Seite der SPD-Landesorganisation informiert. In einer gut besuchten öffentlichen Abendveranstaltung wurde am 31. Oktober 2011 im Konsul-Hackfeld-Haus die „Perspektiven der öffentlichen Beschäftigungsförderung“ diskutiert. Es referierten Peer Rosenthal und Jörg Sommer (Autoren einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Arbeitnehmerkammer und der IAW), Matthias Stauch (Staatsrat beim Senator für Arbeit) und Dieter Reinken (arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion).

In einer weiteren öffentlichen Veranstaltung wurde am Samstag, den 10. März 2012 von 10 bis 15 Uhr mit guter Beteiligung im Konsul-Hackfeld-Haus eine Fachkonferenz zu den „Perspektiven der sozialen Stadtpolitik“ durchgeführt. Dort referierten nach einer Begrüßung durch den SPD-Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte und einer Einführung von Rolf Prigge, Ingo Schierenbeck (Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Bremen), Bürgermeister Jens Böhrnsen, Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper und Jürgen Pohlmann (baupolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion).

Rolf Prigge

Sprecher Sozialpolitischer Ausschuss

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

gewählt auf dem Landesparteitag am 5. Juni 2010 in Bremerhaven

Vorsitzender

Dr. Andreas Bovenschulte

Stellvertretende Vorsitzende

Sarah Ryglewski, MdBB

Elias Tsartilidis, MdBB

Schatzmeisterin

Petra Krümpfer, MdBB

Schriftführerin

Insa Peters-Rehwinkel, MdBB

Beisitzerinnen und Beisitzer

Christian Bücken

Karin Garling, MdBB

Wolfgang Grotheer

Mustafa Güngör, MdBB

Aydin Gürlevik, MdBB

Iris-Maud Lauterbach-Wenig

Brigitte Lückert

Sabine Markmann

Renate Möbius, MdBB

Peter Nowack

Rolf Prigge

Nicoletta Witt

Geschäftsführer

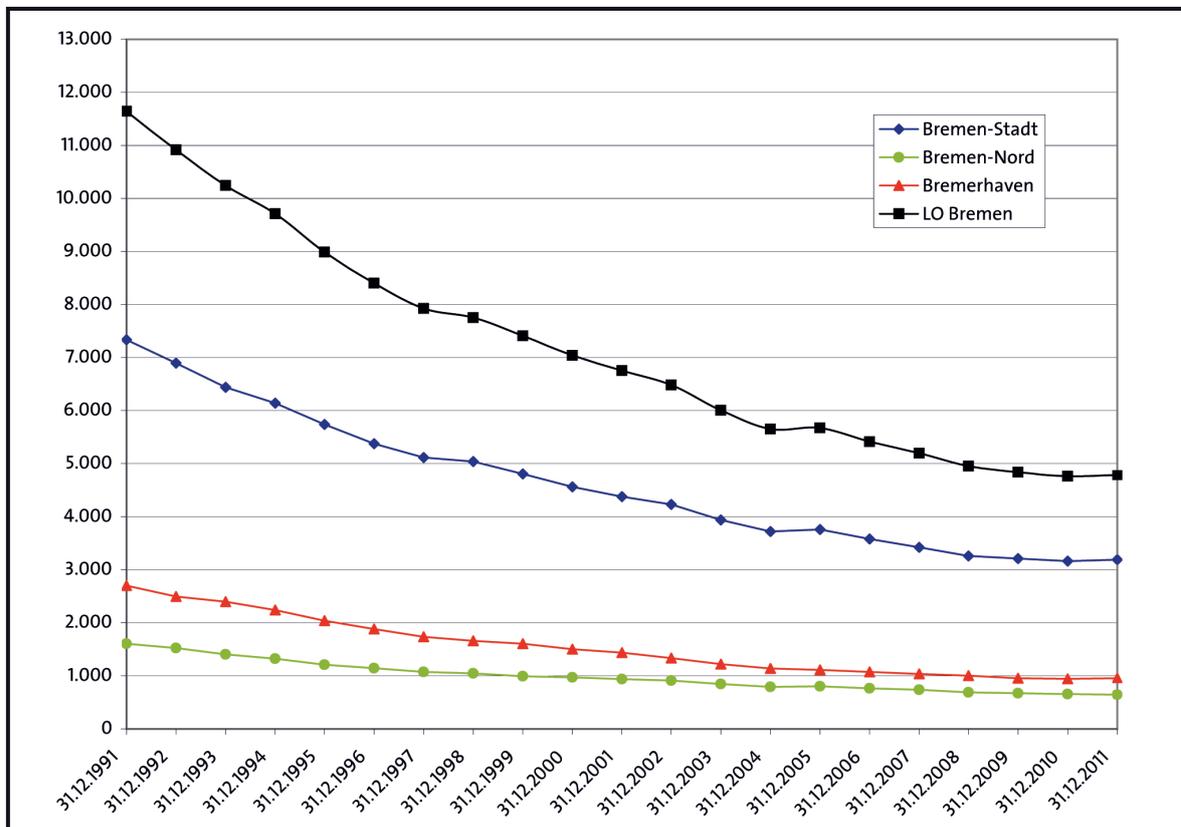
Roland Pahl

ORGANISATIONS- UND FINANZBERICHT

Mitgliederentwicklung

Landesorganisation Bremen 1990 bis 2011

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	LO Bremen	Deutschland
31.12.1990	7.559	1.650	2.725	11.934	919.129
31.12.1991	7.337	1.607	2.701	11.645	919.871
31.12.1992	6.897	1.525	2.495	10.917	885.958
31.12.1993	6.443	1.404	2.398	10.245	861.480
31.12.1994	6.143	1.326	2.243	9.712	849.374
31.12.1995	5.740	1.211	2.042	8.993	817.650
31.12.1996	5.379	1.144	1.884	8.407	792.773
31.12.1997	5.116	1.075	1.736	7.927	776.183
31.12.1998	5.043	1.047	1.662	7.752	775.036
31.12.1999	4.808	995	1.608	7.411	755.066
31.12.2000	4.563	973	1.504	7.040	734.667
31.12.2001	4.377	938	1.439	6.754	717.513
31.12.2002	4.231	914	1.337	6.482	693.894
31.12.2003	3.937	845	1.223	6.005	661.278
31.12.2004	3.720	791	1.141	5.652	605.807
31.12.2005	3.760	801	1.112	5.673	590.485
31.12.2006	3.579	763	1.072	5.414	561.239
31.12.2007	3.425	737	1.036	5.198	539.861
31.12.2008	3.261	689	1.002	4.952	520.969
31.12.2009	3.213	674	954	4.841	512.520
31.12.2010	3.162	655	945	4.763	502.062
31.12.2011	3.189	644	954	4.787	489.638



ORGANISATIONS- UND FINANZBERICHT

Auf ihrem Bundesparteitag im November 2009 nach den schmerzhaften Niederlagen bei der Europa- und der Bundestagswahl wählte die SPD eine neue Parteispitze und leitete den Prozess der inhaltlichen Neuorientierung ein. Beschlossen wurde, bis zum Bundesparteitag 2011 eine Parteireform auf den Weg zu bringen, deren Kernanliegen die Ausweitung der Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder und die weitere Öffnung der Partei in die Gesellschaft hinein sind.

Im Land Bremen stand selbstverständlich zunächst der Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl, zur Wahl der Beiräte in der Stadtgemeinde Bremen und zur Stadtverordnetenwahl in Bremerhaven im Zentrum der Arbeit der Partei, doch unmittelbar nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit dem abschließenden Landesparteitag am 25. Juni 2011 hat sich die Landespartei dem Thema „Parteireform“ intensiv zugewandt. Auf einer ersten Parteikonferenz am 1. Juli 2011 wurden die von der Parteispitze vorgelegten Vorschläge für eine umfassende Organisationsreform von den Bremer Parteimitgliedern sehr kritisch diskutiert. Der von der Organisationskommission auf der Bundesebene unter engagierter und konstruktiver Mitarbeit seitens Bremens gefundene Kompromiss zu den Reformvorschlägen der Parteispitze fand dann aber auf einer zweiten Parteikonferenz am 6. Oktober 2011, zu der die Generalsekretärin Andrea Nahles nach Bremen in das Haus der Wissenschaften gekommen war, die breite Unterstützung der Bremer SPD.

Eine Möglichkeit zur Stärkung der Mitgliederbeteiligung besteht darin, dort, wo es möglich ist, Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen durchzuführen. Dies gilt vor allem auch für die Arbeitsgemeinschaften, die bei der Einbindung neuer Mitglieder, bei der inhaltlichen Profilierung der Partei und bei der Verankerung der SPD in der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Deshalb war es ein wichtiger Schritt zu mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Mitglieder, dass die ASF, die Jusos und die AG 60plus Anfang 2012 den Vorschlag des

Landesvorstandes aufgegriffen haben, auch auf der Landesebene nun Mitgliederversammlungen statt Delegiertenkonferenzen durchzuführen.

Der dem Landesparteitag (12. Mai 2012) vorliegende Organisationsantrag des Landesvorstandes macht konkrete Umsetzungsvorschläge zur Parteireform (harter Reißverschluss bei Listenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen, Aufstellung der Listen für die Wahl der Beiräte durch Mitgliederversammlungen der beteiligten Ortsvereine) und beschreibt den Prozess der weiteren Diskussion in der Landesorganisation. Insbesondere sollen bis Mitte 2013 die folgenden Punkte behandelt werden:

- Entwicklung eines einheitlichen Aufstellungsverfahrens der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, beginnend mit den Nominierungen in den Ortsvereinen, zur Gewährleistung gleicher Bedingungen.
- Auswertung der Erfahrungen aus dem letzten Bürgerschaftswahlkampf, insbesondere zur Umsetzung von Elementen des Persönlichkeitswahlrechts im Wahlkampf und möglichen Regelungen zur künftigen Wahlkampfführung.
- Überprüfung der Organisationsstrukturen der Partei mit Blick auf die Verbesserung der Kampagnenfähigkeit auf allen Gliederungsebenen.

Die Landesorganisation Bremen gliederte sich am Stichtag 31.12.2011 in die drei Unterbezirke Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven sowie in 49 Ortsvereine (Unterbezirk Bremen-Stadt: 31 Ortsvereine, Unterbezirk Bremen-Nord: 9 Ortsvereine, Unterbezirk Bremerhaven: 9 Ortsvereine). Damit hat es im Berichtszeitraum keine Veränderung im Gliederungsaufbau im Land Bremen gegeben. Zum 1. Januar 2012 ist in Bremerhaven aus den Ortsvereinen Leherheide-Ost und Leherheide-Speckenbüttel der neue Ortsverein Leherheide entstanden, somit gliedert sich der Unterbezirk Bremerhaven aktuell in acht Ortsvereine.

Die Zahl der SPD-Mitglieder im Land Bremen hat sich im Berichtszeitraum von 4.841 am 1. Januar 2010 über 4.763 am 31. Dezember 2010 auf 4.787

Genossinnen und Genossen zum Jahresende 2011 entwickelt. Herauszuheben ist, dass es in 2011 erstmals seit 2005 (Jahr der Mitgliederbefragung zur Nachfolge von Henning Scherf im Amt des Präsidenten des Senats) einen positiven Jahressaldo gegeben hat. Die Zahl der Mitglieder stieg in 2011 um 24. Grund hierfür waren verstärkte Zuzüge nach Bremen, die sich vor allem damit erklären, dass die Zahl der Studienbewerberinnen und Studienbewerber aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge in mehreren Bundesländern gestiegen ist.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2011 bei 59 Jahren und blieb damit gegenüber 2009 unverändert. Die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft ist in der gleichen Zeitspanne von 26 auf 25 Jahre abgesunken. Der Stopp des Alterungsprozesses der Gesamtmemberschaft wurde durch eine in der Relation zum Mitgliederbestand hohe Zahl an Eintritten in den Jahren 2010 und 2011 erreicht: 2010: 235 Eintritte, 4,93 % in Relation zum Mitgliederbestand, dies ist der beste Wert im Vergleich der Bezirke und Landesverbände; 2011: 231 Eintritte, 4,83 Prozent in Relation zum Mitgliederbestand, fünfster Wert im Vergleich der Bezirke und Landesverbände. Trotz der leider auch hohen Zahlen an Austritten in der Relation zum Bestand und des Verlustes von weiteren Mitgliedern durch Tod, gelang es im Berichtszeitraum mit einem Gesamtverlust von 54 Mitgliedern, die Mitgliederentwicklung in den Jahren 2010 und 2011 etwa stabil zu halten: 2010: 198 Austritte, 4,16 Prozent in Relation zum Mitgliederbestand, viertschlechtester Wert im Vergleich der Bezirke und Landesverbände, 89 Verstorbene; 2011: 216 Austritte, 4,51 Prozent in Relation zum Mitgliederbestand, schlechtester Wert im Vergleich der Bezirke und Landesverbände, 69 Verstorbene.

In den letzten zehn Jahren (2002 – 2011) sind im Durchschnitt jährlich 100 Genossinnen und Genossen verstorben. Bei Annahme einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 82 Jahren für Frauen und 78 Jahren für Männer müssen wir in den nächsten zehn Jahren (2012 – 2021) auf Basis des aktuellen Mitgliederbestandes mit etwa 140 Todesfällen je Jahr rechnen.

Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft hat sich in den letzten Jahren kaum verändert: 31.12.2009: 33,90 Prozent; 31.12.2010: 34,05 Prozent; 31.12.2011: 33,95 Prozent.

In der Landesorganisation waren am 31. Dezember 2011 29 Gastmitglieder organisiert, am 31. Dezember 2009 waren es 44.



SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles diskutierte die Vorschläge zur Parteireform mit den Bremer Mitgliedern.

Die Mitgliederzahlen der Unterbezirke betragen am 31. Dezember 2011: Unterbezirk Bremen-Stadt: 3.189 (2009: 3.213), Unterbezirk Bremen-Nord: 644 (2009: 674), Unterbezirk Bremerhaven: 954 (2009: 954). Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2011 im Unterbezirk Bremen-Stadt mit 31 Ortsvereinen bei 103 (kleinster Ortsverein ist Seehausen-Hasenbüren mit 13 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder-Steintor mit 260 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven mit 9 Ortsvereinen bei 106 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Geestemünde-Süd/Grünhöfe mit 69 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Lehe-Nord/Weddewarden mit 174 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord mit 9 Ortsvereinen bei 72 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist hier Hammersbeck mit 33 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Burglesum mit 152 Mitgliedern).

Statistiken zur Mitgliederentwicklung sind im Anhang dieses Jahrbuches dokumentiert.

Der Umzug unseres Bremer Parteibüros im Juni 2008 in die Obernstraße hat sich bewährt. Die Wege zum Haus der Bürgerschaft, zum Rathaus und zum Büro der Bürgerschaftsfraktion sind kurz. Die zentrale Lage des Büros hat auch dazu beigetragen, dass die Zahl der Besucherinnen und Besucher (Mitglieder, Funktionärinnen und Funktionäre sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger) deutlich angestiegen ist. Zwar können Sitzungen im Parteibüro nur mit Einschränkungen stattfinden. Allerdings sah das Konzept für das Parteibüro von vornherein keine Nutzung als Tagungsort vor. Sitzungen finden in der Regel – gegen Zahlung eines angemessenen Mietpreises – in den hierfür gut geeigneten Räumlichkeiten der Bürgerschaftsfraktion statt.

Im Organisations- und Finanzbericht 2009/2010 hatten wir festgestellt, dass „eine weitere Personalreduktion bei unveränderten Anforderungen an die vielfältigen Leistungen, die die Parteibüros für die Gliederungen der Partei erbringen, [ist] nicht mehr darstellbar und auch den hauptamtlich Beschäftigten nicht mehr abzuverlangen (ist)“. Trotz dieser Feststellung ist aufgrund der Finanzsituation der Partei eine weitere Personalreduktion nicht zu vermeiden.

Im Jahr 2005 betragen die Personalkosten 533.240 Euro und im Jahr 2010 364.126 Euro, dies entspricht gegenüber 2005 einer Reduktion um 16 Prozent. Bereinigt um die Kosten für zusätzliche Wahlkampfmitarbeiter in Höhe von 19.385 Euro betragen die Personalkosten in 2010 sogar nur 344.741 Euro. In 2011 entstanden Personalkosten in Höhe von 403.730 Euro, bereinigt um die Kosten für Personalverstärkungen für den Bürgerschaftswahlkampf in Höhe von 52.737 Euro betragen die Kosten für das Stammpersonal in 2011 350.993 Euro.

Die Kosten je Personalstelle betragen im Jahr 2010 in der Landesorganisation Bremen lediglich 84 Prozent vom Durchschnitt aller Landesverbände (Sachsen 66 Prozent, Baden-Württemberg 121 Prozent). Trotz der im Ländervergleich unterdurchschnittlichen Bezahlung sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesorganisation qualifiziert, engagiert und hoch motiviert. Sie haben unseren Dank und unsere Anerkennung für ihre Arbeit verdient.

Die SPD muss lernen damit umzugehen, dass die hauptamtliche Unterstützung nicht weiter im bekannten Umfang aufrechterhalten werden kann. Dies ist vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen an Professionalität in der politischen Arbeit und angesichts der demografischen Entwicklung der Mitgliedschaft eine große Herausforderung.

Die vom Landesvorstand angeregte und dann zum 1. Januar 2011 in den Unterbezirken Bremen-Stadt und Bremerhaven und zum 1. Juli 2011 auch im Unterbezirk Bremen-Nord durchgeführte Beitragserhöhungskampagne war ein großer Erfolg: Die Landesorganisation erzielte Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen in 2011 in Höhe von 432.270 Euro. Gegenüber 2010 mit Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen in Höhe von 387.045 Euro konnten somit die Einnahmen um mehr als 45.000 Euro gesteigert werden. Gegenüber dem Jahr 2009 stiegen die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen im Jahr 2011 sogar um deutlich mehr als 50.000 Euro.

Der Bundesparteitag hat im Dezember 2010 eine neue Beitragstabelle beschlossen. Die nun von den Mitgliedern erwarteten Beiträge sind so gestaffelt, dass Beitragsehrlichkeit nicht länger nur eine allgemeine, jedoch nicht ganz ernstzunehmende Verpflichtung bleiben darf. Gemeinsame Aufgabe aller Gliederungsebenen – vor allem der Ortsvereine – ist es nun, noch stärker auf die Zahlung eines angemessenen Mitgliedsbeitrages bei allen unseren Mitgliedern zu achten.

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug am 31. Dezember 2011 12,43 Euro (2009: 10,47 Euro). Im Unterbezirk Bremen-Stadt lag er bei 13,07 Euro, im Unterbezirk Bremerhaven bei 11,82 Euro und im Unterbezirk Bremen-Nord bei 10,01 Euro.

Bundesweit ist es die Ebene der Länder und Bezirke, die eine besonders schwierige Finanzlage hat, gefolgt vom Parteivorstand. Die Gliederungen darunter – Unterbezirke, Kreisverbände und Ortsvereine – stehen im Durchschnitt finanziell besser dar. Dies trifft auch im Land Bremen zu: Die Geldbestände der Unterbezirke betragen zum 31.12.2011 76.545 Euro (2010: 91.180) und die der Ortsvereine 137.068 Euro (2010: 155.739), während die Landesorganisation ein negatives

Reinvermögen aufwies. Allerdings ist das Vermögen der Unterbezirke und Ortsvereine sehr ungleich verteilt.

In mehreren Schritten und über mehrere Jahre war es erforderlich, die Zahlung von Zuschüssen der Landesorganisation an die Unterbezirke zu kürzen und ab dem Jahr 2012 auf Null zu reduzieren. Hiervon ausgenommen ist lediglich ein kleiner Zuschuss an den Unterbezirk Bremen-Nord für die Aufrechterhaltung des Nordbremer Parteibüros. Entsprechend den Kürzungen der von der Landesorganisation an die Unterbezirke Bremen-Nord und Bremerhaven gezahlten Zuschüsse wurde im Gegenzug der vom Unterbezirk Bremen-Stadt für die Mietfreiheit seines Büros an die Landesorganisation zu leistende Zuschuss erhöht. Die Landesorganisation hat sich aber auf der anderen Seite um eine verbesserte Finanzausstattung der Unterbezirke bemüht. Die Unterbezirke erhalten seit Juli 2011 einen festen, eigenen Anteil an den von den Bürgerschaftsabgeordneten und den Deputierten geleisteten Sonderbeiträgen. Darüber hinaus partizipieren die Unterbezirke und auch die Ortsvereine entsprechend ihrer Beitragsanteile an den Mehreinnahmen aus der Beitragserhöhungskampagne.

Die Bilanz der Landesorganisation wies am Jahresende 2009 ein negatives Reinvermögen in Höhe von 190.060 Euro aus. Trotz der zusätzlichen Belastung durch das besondere Projekt der Mitgliederbefragung zur Besetzung des Landesvorsitzes ist es in 2010 gelungen, ohne weitere Neuverschuldung auszukommen. Das negative Reinvermögen betrug Ende 2010 188.540 Euro und blieb damit gegenüber 2009 nahezu unverändert. Diese finanzielle Ausgangssituation bedeutete eine große Herausforderung für die Finanzierung des Bürgerschaftswahlkampfes. Die Ausgaben für den Bürgerschaftswahlkampf in Höhe von 607.474 Euro (2010: 110.519 Euro, 2011: 496.955 Euro) konnten nur aufgrund des Erfolges der Beitragserhöhungskampagne, der Einwerbung von Spenden im Volumen von über 90.000 Euro sowie einer finanziellen Unterstützung seitens des Parteivorstandes in Höhe von insgesamt 135.000 Euro finanziert werden. Dank einer konsequenten Haushaltsdisziplin und eines

strengen Controllings ist es gelungen, das Wahlkampfbudget in Höhe von 600.467 Euro nahezu einzuhalten.

Dennoch musste das bestehende Darlehen der Landesorganisation beim Parteivorstand in 2011 planmäßig um 100.000 Euro und zum Jahresende 2011 aufgrund von Einnahmeausfällen um weitere 30.000 Euro auf nun 220.000 Euro (31. Dezember 2011) ausgeweitet werden. Das negative Reinvermögen der Landesorganisation beträgt Ende 2011 347.097 Euro (Stand: 15. März 2011).

Eine zentrale Herausforderung wird es in den Jahren 2012 und 2013 sein, die Verschuldung der Landesorganisation auf Null zu reduzieren, damit eine solide finanzielle Basis für den nächsten Bürgerschaftswahlkampf geschaffen wird. Der Landesvorstand hat sich dieses Vorhaben zu Eigen gemacht und im Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2015 festgeschrieben.

Wir gehen davon aus, dass der Parteivorstand die Landesorganisation bei dieser Anstrengung weiter unterstützen wird. Er erwartet aber im Gegenzug eigene Sparanstrengungen der Landespartei und ein konsequentes Herangehen an die Steigerung der Effizienz der Organisationsstrukturen.

Dass der Weg der finanziellen Konsolidierung ernsthaft besritten wird, zeigt die Bilanz nach dem ersten Quartal 2012: In den ersten drei Monaten des Jahres ist es gelungen, das negative Reinvermögen um mehr als 50.000 Euro auf unter 300.000 Euro zu reduzieren.

Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 sowie der vorläufige Jahresabschluss 2011 mit Stand vom 15. März 2012 sind in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Petra Krümpfer

Landesschatzmeisterin

Roland Pahl

Landesgeschäftsführer/Landeskassierer

Endgültiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2009

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	380.307,09 €	Personalkosten	332.649,14 €
Sonderbeiträge	181.806,60 €	Verwaltungskosten	166.590,79 €
Spenden von nat. Personen	50.023,74 €	Politische Arbeit	115.524,54 €
Spenden von jur. Personen	39.240,00 €	Wahlkämpfe	241.645,62 €
Staatliche Mittel	193.157,24 €	Personalkosten Wahlkämpfe	49.204,31 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	436,17 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	7.660,58 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	33.936,20 €		
Zuschüsse von Gliederungen	58.256,06 €	Zuschüsse an Gliederungen	19.040,00 €
Sonstige Einnahmen	- €	Sonstige Ausgaben	3.905,05 €
Gesamteinnahmen	937.163,10 €	Gesamtausgaben	936.220,03 €
		Überschuss/Defizit	943,07 €

Vermögensübersicht 2009

Geschäftsstellenausstattung	20.593,00 €	Rückstellungen	98.007,00 €
Insolvenzgeschütztes Werthuthaben	52.003,87 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	97.006,32 €
Geldbestände	1.737,51 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen an Gliederungen	1.257,60 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	46.284,33 €
Sonstige Vermögensbestände	2.213,09 €	Verbindlichkeiten	26.566,99 €
Besitzposten am 31.12.2009	77.805,07 €	Schuldposten am 31.12.2009	267.864,64 €
		Reinvermögen am 31.12.2009	- 190.059,57 €

Stand: 29.09.2010

Endgültiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2010

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	387.045,15 €	Personalkosten	344.740,78 €
Sonderbeiträge	183.569,00 €	Verwaltungskosten	149.356,61 €
Spenden von nat. Personen	9.857,73 €	Politische Arbeit	150.458,12 €
Spenden von jur. Personen	464,00 €	Wahlkämpfe	80.518,95 €
Staatliche Mittel	132.850,48 €	Personalkosten Wahlkämpfe	19.385,32 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	761,11 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	1.327,52 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	21.278,10 €		
Zuschüsse von Gliederungen	32.076,44 €	Zuschüsse an Gliederungen	20.595,35 €
Sonstige Einnahmen	- €	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen	767.902,01 €	Gesamtausgaben	766.382,65 €
		Überschuss/Defizit	1.519,36 €

Vermögensübersicht 2010

Geschäftsstellenausstattung	17.807,00 €	Rückstellungen	38.214,61 €
Geldbestände	2.349,59 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39.642,54 €
Forderungen an Gliederungen	2.090,32 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Sonstige Vermögensbestände	14.170,89 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	91.638,12 €
Besitzposten am 31.12.2010	36.417,80 €	Verbindlichkeiten	55.462,74 €
		Schuldposten am 31.12.2010	224.958,01 €
		Reinvermögen am 31.12.2010	- 188.540,21 €

Stand: 29.09.2011

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	432.269,84 €	Personalkosten	350.992,97 €
Sonderbeiträge	183.729,20 €	Verwaltungskosten	148.845,61 €
Sonderbeiträge, dlfid. für Unterbezirke	13.740,00 €	Politische Arbeit	142.912,26 €
Spenden von nat. Personen	72.603,68 €	Wahlkämpfe	476.955,26 €
Spenden von jur. Personen	20.565,00 €	Personalkosten Wahlkämpfe	52.737,35 €
Staatliche Mittel	132.581,02 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	5.003,56 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	318,97 €		
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	22.650,24 €		
Zuschüsse von Gliederungen	13.786,32 €	Zuschüsse an Gliederungen	11.029,09 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	152.157,00 €	Zuschüsse an Gliederungen/Sonderbeiträge	13.740,00 €
Sonstige Einnahmen	73,12 €	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen	1.044.474,39 €	Gesamtausgaben	1.202.216,10 €
		Überschuss/Defizit	- 157.741,71 €

Vermögensübersicht 2011

Geschäftsstellenausstattung	15.021,00 €	Rückstellungen	10.457,37 €
Geldbestände	1.367,52 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100.867,78 €
Forderungen an Gliederungen	1.000,57 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	490,50 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	234.423,82 €
Sonstige Vermögensbestände	2.436,99 €	Verbindlichkeiten	21.664,52 €
Besitzposten am 31.12.2011	20.316,58 €	Schuldposten am 31.12.2011	367.413,49 €
		Reinvermögen am 31.12.2011	- 347.096,91 €

Stand: 15.03.2012

LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Die Landesschiedskommission setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Hans-Christoph Hoppensack, Vorsitzender, UB Bremen-Stadt

Sascha Aulepp, stellv.Vorsitzende, UB Bremen-Stadt

Klaus Becké, stellv.Vorsitzender, UB Bremerhaven

Birgit Busch, Beisitzerin, UB Bremen-Stadt

Klaus Buschmann, Beisitzer, UB Bremen-Nord

Ekkehard Grimm, Beisitzer, UB Bremen-Stadt

Bernd Schlemmermeyer, Beisitzer, UB Bremerhaven.

Die Landesschiedskommission musste in der Wahlperiode 2010/2011 nicht tätig werden.

Der Vorsitzende wurde lediglich in einigen Fällen zur Auslegung der Statuten konsultiert.

Dr. Hans-Christoph Hoppensack

Vorsitzender Landesschiedskommission

BERICHT DES PRÄSIDENTEN DES SENATS

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte euch mit diesem Bericht einen kurzen, exemplarischen Überblick über die Grundzüge und die Schwerpunkte der Senatsarbeit der vergangenen zwei Jahre geben. Ein allumfassender Bericht kann das schon aus Platzgründen nicht sein, bitte habt Verständnis hierfür.

Zuerst möchte ich aber den sozialdemokratischen Mitgliedern des aktuellen und des Senats der vergangenen Legislaturperiode meinen herzlichen Dank für Ihre erstklassige Arbeit aussprechen. Unsere Senatorinnen und Senatoren Martin Günthner, Renate Jürgens-Pieper, Ulrich Mäurer und Ingelore Rosenkötter haben in ihren Ressorts Gegenwart und Zukunft unseres Zweistädtestaats gestaltet, hierbei klare sozialdemokratische Kante gezeigt und Bremen und die Bremer SPD nach außen in hervorragender Weise repräsentiert. Gleiches gilt für Kerstin Kießler und ihre Nachfolgerin im Amt der Bevollmächtigten Bremens beim Bund, Eva Quante-Brandt.

In diesen Berichtszeitraum fällt die Bürgerschaftswahl 2011, die natürlich auch für die Arbeit des Senats eine spürbare Zäsur darstellte. Prozente und Mandate dazugewonnen und trotzdem ein Senatsressort verloren – selten lagen Erfolg und schmerzlicher Verlust so eng beieinander. Dass wir das Sozialressort an die Grünen abtreten mussten und damit Ingelore Rosenkötter dem Senat nicht mehr angehören konnte, war der Tribut, den wir dem Stimmenzuwachs, den die Grünen bei dieser Wahl erzielen konnten, zollen mussten. Ich denke aber, wir haben in den ersten Monaten der neuen Legislatur schon eines bewiesen: Auch mit dem neuen Ressortzuschnitt haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unseren Gestaltungsanspruch für die Bremer Sozial-, Jugend- und Frauenpolitik nicht aufgegeben, im Gegenteil.

Der Senat hat bis zum Mai 2011 den ersten rot-grünen Koalitionsvertrag bis zum letzten Spiegelstrich „abgearbeitet“, oder anders ausgedrückt, die politischen Vorgaben der koalierenden Parteien in konkretes Regierungshandeln umgesetzt.

Wir haben in dieser Legislaturperiode bewiesen, dass Rot-Grün Bremen und Bremerhaven neue Impulse gegeben hat. Impulse für eine positive und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Impulse für ein Plus an Arbeitsplätzen und für „Gute Arbeit“, Impulse für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt in unseren Städten und für



Bürgermeister Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

einen besseren Schutz der Menschen vor Lärm, Luftverschmutzung und anderen Umweltbelastungen, und Impulse für die langfristige Sicherung der Selbständigkeit Bremens und der finanziellen Basis unseres Landes und seiner beiden Kommunen. Und wir haben bewiesen, dass wir eine Regierungskoalition waren und weiterhin sind, in der eine gemeinsame, auf Kollegialität basierende Wahrnehmung der Verantwortung für unseren Zwei-Städte-Staat das Regierungshandeln bestimmt und nicht Ressortegoismen und taktische Manöver. Rot-Grün stand und steht für eine geschlossene Teamleistung, für solidarisch getragenes, handwerklich gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln und grenzt sich damit wohlthuend ab vom Chaos und vom Streit, den die „bürgerlichen“ Regierungsparteien im Bund seit Jahren permanent zelebrieren. Wir haben die Erwartungshaltung der Menschen, ordentlich regiert und gut repräsentiert zu werden erfüllt. Klar, der eine oder andere Fehler in der internen

und der öffentlichen Kommunikation ist uns auch unterlaufen, das kann man wohl nie ganz vermeiden, aber nach politischen Skandalen, Pleiten, Pech und Pannen suchte die Presse bei uns vergeblich.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren viel erreicht für Bremen und Bremerhaven. Die wichtigsten Ereignisse, Entwicklungen und Entscheidungen möchte ich euch gern geordnet nach Ressorts bzw. Politikfeldern im Folgenden kurz in Erinnerung rufen.



NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft besucht mit Jens Böhrnsen die Bremer Überseestadt.

Bremen „buten un binnen“

Im Bereich der Bundespolitik standen die Debatten um die Folgen der Finanzmarktkrise, die Rettung unserer gemeinsamen europäischen Währung und die Notwendigkeit weiterer Finanzmarktregulierungen sowie das Thema Energiewende nach dem GAU im AKW von Fukushima ganz oben auf der Tagesordnung. Bei erstgenanntem Thema bleibt festzuhalten, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur „Entschleunigung“ der Finanzmärkte natürlich nicht nur, aber auch dank Bremer Initiativen auf Bundesebene mittlerweile in greifbare Nähe gerückt ist. Auch in dem zweitgenannten Themenfeld zeigte das beharrliche Engagement Bremens und anderer sozialdemokratisch geführter Länder Wirkung. Die Bundesregierung musste die unsägliche Laufzeitverlängerung für AKWs, die sie noch Ende 2010 ohne Beteiligung des Bundesrates beschlossen hatte, wieder einkassieren und sich

dem Willen der Bevölkerungsmehrheit beugen und den Atomausstieg mitbeschließen. Hand in Hand mit dem Ausstieg wurden richtungsweisende Beschlüsse gefasst zum konsequenten und schnellstmöglichen Umstieg auf regenerative Energiequellen bei der Energiegewinnung. Auch hieran hat Bremen engagiert mitgewirkt. Im Schulterschluss mit anderen SPD-geführten Landesregierungen und in Einzelfragen auch in enger Abstimmung mit den anderen norddeutschen Ländern haben wir uns insbesondere für den Ausbau der Offshore-Windenergieerzeugung stark gemacht und konnten erreichen, dass hierfür elementare Rahmensetzungen wie der massive Ausbau der Leitungsnetze oder die Beschleunigung von Planungsverfahren in unserem Sinne festgelegt worden sind.

Mit der turnusmäßigen Übernahme der Präsidenschaft im Bundesrat wurde Bremen automatisch auch Gastgeber der Feiern zum Tag der Deutschen Einheit im Oktober 2010. Rund 350.000 Besucherinnen und Besucher hatte allein die Ländermeile in der Überseestadt, das Herzstück des Bürgerfestes angelockt. Beim offiziellen Festakt in der Stadthalle waren alle Verfassungsorgane, alle Länder und viele befreundete Staaten und Organisationen hochrangig vertreten. Bremisch, beschwingt, ideenreich – so wurde der 20. Jahrestag der Wiedervereinigung gefeiert. Eine echte Werbeveranstaltung für Bremen.

Der überraschende Rücktritt von Horst Köhler brachte es mit sich, dass ich als Bundesratspräsident im Sommer 2010 einen Monat lang die Amtsgeschäfte des Bundespräsidenten wahrnehmen musste. Eine interessante Erfahrung allemal, viel wichtiger ist aber, dass die Chance genutzt werden konnte, in allen bundesweiten Medien präsent gewesen zu sein und viele Sympathien für Bremen gewonnen zu haben.

Eine langjährige freundschaftliche Beziehung konnte im Jahr 2011 gefestigt und formalisiert werden: Der Vertrag über die Städtepartnerschaft mit der südafrikanischen Hafenstadt Durban wurde unterzeichnet. Seit Ende der 90er Jahre bestehen wirtschaftliche, politische und kulturelle Kontakte zwischen der Freien Hansestadt Bremen und Durban. Die Vereinbarung sieht vor, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaus-

tausch zwischen privaten und gesellschaftlichen Organisationen, Behörden und Unternehmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Hafens, des Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes zu unterstützen, ebenso die Bereiche Wissenschaft, Bildung, Kultur, Kirche, das Gesundheits- sowie das Sozialwesen. Dabei soll auch der direkte Kontakt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte gefördert werden.

Wie beim Aufbau dieser Städtepartnerschaft so hat Bremen auch bei der Erlangung der Auszeichnung „Hauptstadt des Fairen Handels 2011“ von der guten Zusammenarbeit der Senatsressorts mit seiner kreativen und engagierten Szene an Nicht-Regierungs-Organisationen profitieren können. Ein ständig wachsender Kreis von Akteuren aus ganz unterschiedlichen Bereichen hat sich seit 2008 bis zur Abgabe der Bewerbung mit viel Engagement dafür eingesetzt, das Thema „Fairer Handel“ aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft zu befördern. Die Jury prämierte damit auch die Änderungen im Bremischen Beschaffungswesen, die hohe Anforderungen an soziale Kriterien beim öffentlichen Einkauf von Waren und Dienstleistungen stellen.

Nicht vergessen werden darf in dieser Auflistung der wichtigsten protokollarischen Ereignisse die Verleihung der 30. Bremer Ehrenbürgerwürde an Klaus Hübottter. Damit würdigte der Senat das jahrzehntelange große Engagement Hübottters als Bauherr und Mäzen für die bauliche und kulturpolitische Entwicklung Bremens. Und wenn auch Hübottters umfangreiche friedenspolitische Aktivitäten und sein publizistisches Engagement aus formalen Gründen bei der Ehrung nicht erwähnt worden sind, sei hier aber nachgeholt, dass sie nicht weniger anerkennenswert sind.

Haushalts- und Finanzpolitik

So verlässlich wie die jährliche Wiederkehr des Weihnachtsfestes gab es auch in den vergangenen zwei Jahren wieder politische Angriffe aus Süddeutschland auf den bis 2019 geltenden Konsens zum Länderfinanzausgleich. Hessen, Bayern und Baden-Württemberg drohten mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, um Verhandlungen mit den anderen Ländern zu erzwingen. Wir stehen zu den Verpflichtungen, die wir mit der Einigung zwischen Bund und Ländern zur

Einhaltung der Schuldenbremse und zum Konsolidierungspfad dorthin eingegangen sind. Elementarer Bestandteil dieser Einigung sind aber auch Stabilität und Verlässlichkeit auf der Einnahmenseite. Der Vorstoß der drei „Geberländer“ ist somit nicht nur von Bremen, sondern von allen anderen Ländern als Angriff auf die Verabredungen zur Schuldenbremse gewertet und in breitem Schulterschluss erfolgreich abgelehrt worden.

Wir haben die Vorgaben der Schuldenbremse erstmals für den Haushaltsentwurf 2012/13 angewendet und damit den ersten Schritt auf dem sicher nicht einfachen Konsolidierungspfad erfolgreich gemeistert. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann weiterhin finanziert werden. Deshalb ist es umso wichtiger, eine Finanzpolitik mit eindeutiger Schwerpunktsetzung für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, bei Kindergärten, Schulen und Hochschulen zu setzen. Das haben wir getan. Und wir haben alle strukturpolitisch erforderlichen Investitionen in die Wirtschaftskraft sichergestellt, auch wenn wir den Investitionshaushalt signifikant absenken müssen, um unser Haushaltsdefizit abzubauen. Das Wesen unserer nachhaltigen Haushaltspolitik ist es, zukünftigen Generationen wieder bessere Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen und ihnen weder einen Berg Schulden, noch eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur zu hinterlassen. Daher werden wir Bremens Haushalt sanieren, ohne das Land kaputt zu sparen.

Wichtig war dabei, dass Bremen und Bremerhaven diesen Weg nur gemeinsam gehen können. Nach langen Verhandlungen haben wir uns auf eine Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven verständigt mit dem Ziel, im Jahr 2020 ohne weitere Schuldenaufnahmen auszukommen. Sie regelt die Umsetzung und Einhaltung des Konsolidierungskurses und legt die konkreten Schritte hierfür fest.

Die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven ist relativ unbeschadet durch die globale Finanzmarktkrise und den dadurch ausgelösten Konjunkturerstbruch gekommen. Dass dem so ist, hängt sicher auch damit zusammen, dass wir das Konjunkturprogramm II überaus erfolgreich um-



Einstimmig nominiert: Andreas Bovenschulte und Sigmar Gabriel gratulieren Jens Böhrnsen.

gesetzt haben. Knapp 120 Mio. Euro Investitionsmittel standen hierfür bereit, davon knapp 30 Mio. Euro Landesmittel, die Bremen trotz Haushaltsnotlage mit Hilfen zusätzlicher Kredite selbst aufbringen musste. Senat und Bürgerschaft haben ein Paket geschnürt, das nachhaltig wirkt und die Wirtschaft angekurbelt hat. 65 Prozent der Mittel wurden in Kindergärten, Schulen und Hochschulen investiert – in energetische Gebäudesanierung, bessere Ausstattung naturwissenschaftlicher Unterrichtsräume und in die wirtschaftsnahe Forschungsinfrastruktur. Durch kleinteilige Aufträge für unterschiedliche Gewerke haben wir ermöglicht, dass möglichst viele kleine Handwerksbetriebe zum Zuge gekommen sind. Das Programm hat dadurch Arbeitsplätze gerade in kleinen und mittleren Betrieben aus der Region gesichert.

Einen bedeutenden Schritt zur Verbesserung der Einnahmensituation unserer beiden Städte haben wir mit der schrittweisen Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund gemacht. Dies haben wir gemeinsam mit den anderen SPD-geführten Ländern und mit den Interessenverbänden der Städte und Kommunen gegen die Bundesregierung durchgesetzt. Dieser längst überfällige Beitrag zur Entlastung der Kommunalfinzen beläuft sich allein für Bremen und Bremerhaven ab 2014 auf gut 56 Mio. Euro pro Jahr.

Öffentliche Ausgaben in unseren Verwaltungen reduzieren mussten wir natürlich auch. Dass das aber nicht automatisch einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen muss, haben wir mit der Einigung über die Zukunft der Gebäudereinigung im öffentlichen Dienst demonstriert. Senat und Arbeitnehmervertreter haben sich darauf verständigt, diese auch zukünftig vorwiegend mit eigenen Kräften durchzuführen. Das ist in einem Sanierungsland nur vertretbar, wenn die Kosten hierfür einem Vergleich mit den Preisen privater Anbieter standhalten. Schrittweise soll mit dem Kontrakt eine Kostensenkung bis zum Jahr 2020 in Höhe von 3 Mio. Euro erreicht werden. Im Gegenzug sicherte der Senat eine Mindestpersonalausstattung, einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, den Erhalt einer gemeinsamen Interessenvertretung und Sonderregelung für leistungsgeminderte und ältere Beschäftigte zu.

Wir haben unter schwierigen Rahmenbedingungen eine zukunftsorientierte und sozialverträgliche Haushaltspolitik betrieben. Und die „bürgerliche“ Opposition? Forderte uns an einem Tag auf, mit dem Sparen nun doch endlich mal anzufangen, um dann am nächsten Tag festzustellen, welche Kürzungen so gar nicht gehen würden und wo im Gegenteil noch ordentlich draufgesetzt werden müsste. Krönung dieses Verständnisses von Oppositionsarbeit war die Klage von CDU und FDP, den Haushalt 2011 für nichtig zu erklären. Das Ergebnis ist bekannt: Der Staatsgerichtshof hat den Haushalt 2011 für verfassungskonform erklärt, die Opposition ist auf ganzer Linie gescheitert.

Wirtschafts- und Häfenpolitik, Verbraucherschutz

„Wir wollen gestärkt aus der Krise hervorgehen“ – das war ein Satz, der im Zusammenhang mit der Verabschiedung diverser „Rettungsschirme“ im Jahr 2010 häufig zu lesen gewesen ist. Nicht alle, die ihn ausgesprochen haben, erinnern sich jetzt noch gern daran. Für uns und die bremischen Häfen können wir aber festhalten: Sie sind in der Tat mehr als gut durch die Krise gekommen, nämlich mit dem besten Ergebnis aller Zeiten: Bremen und Bremerhaven steigerten den Seegüterumschlag in 2011 auf 81,3 Mio. Tonnen. Ebenfalls Rekordzahlen gab es beim Umschlag von Containern und auch der Autoumschlag wuchs im

Vergleich zum Vorjahr um etwa 25 Prozent. Mit rund 74.000 Beschäftigten mit hafenabhängigen Tätigkeiten sind und bleiben unsere Häfen das Fundament der bremischen Wirtschaft.

Im Zuge der Energiewende hat Bremen als Standort für regenerative Energien neue Schubkraft bekommen. Diese Chance haben wir insbesondere im Bereich der Offshore-Windkraft ergriffen und uns das Ziel gesetzt, vom bundesweiten Standort Nr. 1 aufzusteigen zum führenden europäischen Standort in diesem Bereich. Der Senat hat den Weg frei gemacht zur Ausweisung neuer Flächen und zur Errichtung eines eigenen Hafenterminals für die Offshore-Industrie. Die Investoren-Suche ist weit vorangeschritten. Am Offshore-Terminal Bremerhaven sollen nach seiner Fertigstellung jährlich bis zu 160 Windkraftanlagen für die hohe See vormontiert und umgeschlagen werden. Auch mit der Verdoppelung der Photovoltaik-Anlagenleistung auf öffentlichen Gebäuden und dem Masterplan Offshore hat der Senat deutlich gemacht, dass Bremen seinen Beitrag zur Energiewende beisteuert und weiter beisteuern wird.

Innovativ und wachstumsorientiert zeigten wir uns auch beim Zukunftsthema Elektromobilität. Auch nach dem Auslaufen der Bundesförderung bleibt die Metropolregion Bremen/Oldenburg Modellregion für Elektromobilität. Der Automobil- und Technologiestandort Bremen hat mit den lokalen und regionalen Initiativen und dem Mercedeswerk Bremen damit weiterhin beste Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung von neuartigen Mobilitätskonzepten.

Der Tourismus in Bremen hat in den vergangenen zwei Jahren einen regelrechten Boom erlebt. Die Übernachtungszahlen sind deutlich gestiegen und es kamen und kommen immer mehr Gäste aus dem Ausland. Auch der Bremer Flughafen konnte bei seinen Passagier- und Frachtzahlen ein Rekordergebnis vermelden.

Zu diesen positiven Entwicklungen hat der Senat mit guter Infrastrukturpolitik und gezielter Wirtschaftsförderung seinen Beitrag geleistet. Trotz Krise sind wir unserem Grundsatz der Umstellung der Wirtschaftsförderung von Zuschüssen auf Kredite treu geblieben. Umso erfreulicher ist es nun zu sehen, dass diese Umstellung ohne nen-

nenswerte negative Auswirkungen geblieben ist. Die bremische Wirtschaftsförderung wird nach wie vor gut nachgefragt und zeigt unvermindert positive Wirkungen.

Im Gesundheits-, Arbeits- und Wirtschaftsressort ist in den vergangenen zwei Jahren auch der Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz großgeschrieben worden. Im Bundesvergleich „Verbraucherschutzindex 2010“ ist Bremen dafür mit der Aussage belohnt worden: „Der klare Aufsteiger heißt Bremen!“. Den deutlichen Sprung nach vorne vom wenig ruhmreichen letzten auf den 5. Platz hat Bremen vor allem im Bereich der verbraucherpolitischen Tätigkeiten der Landesregierungen geschafft. Mit der Veröffentlichung von zwei Verbraucherschutzberichten, die sich auf den gesundheitlichen sowie den wirtschaftlichen Verbraucherschutz beziehen und dem Internet-Portal www.verbraucherschutz.bremen.de informiert nun der Senat bürgerfreundlich und umfassend zu allen wichtigen verbraucherpolitischen Fragen.



Nach Fukushima: Jens Böhrnsen fordert auf dem Bremer Marktplatz den Ausstieg aus der Atomkraft.

Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Nach der Reform des Schulgesetzes stand für den Senat die Umsetzung der neuen, vereinfachten Schulstruktur – über 40 neue Oberschulen sind mittlerweile entstanden – und der flächen-deckenden Inklusion auf der Tagesordnung. Wir wenden das Prinzip der Inklusion nicht nur in Hinblick auf die gemeinsame Beschulung von nicht behinderten und behinderten Kindern und Ju-

gendlichen an, sondern auch auf die Förderung aller Schülerinnen und Schüler – angefangen von der Einschränkung im kognitiven Bereich bis hin zur Hochbegabung, unbeachtet der Weltanschauung, Religion oder sozialer und kultureller Herkunft. Gemäß der Schwerpunktsetzungen der Koalition haben wir auch den Ganztagschulbau wie geplant fortgesetzt und zusätzliche Mittel investiert für die Verringerung der Klassenfrequenzen, insbesondere in den Grundschulen.

Auch in der Bildungspolitik stand für uns vorn an, Armut und Benachteiligung in unseren Städten zu bekämpfen. Der Senat hat daher ein umfangreiches Bildungs- und Teilhabepaket für benachteiligte Kinder und Jugendliche für Bremen und Bremerhaven beschlossen, das rund



Wahlkampf-Kundgebung: Jens Böhrnsen mit Martin Günthner und Melf Grantz in Bremerhaven.

10.000 Berechtigte in Bremerhaven und rund 36.500 Berechtigte in Bremen in Anspruch nehmen können. Damit ermöglichen wir diesen Kindern und Jugendlichen ein Stück mehr gleichberechtigte Teilhabe am schulischen, kulturellen, sportlichen und sozialen Leben. Das Paket umfasst Leistungen für Klassenfahrten und KiTa-Ausflüge, für den persönlichen Schulbedarf, zur Lernförderung, zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und zur kulturellen Bildung und sportlichen Betätigung (Beiträge für Musikschule, Sportvereine etc.).

Mit dem Schuljahr 2012/13 machen wir den Einstieg in die „offene Ganztagsgrundschule“,

zunächst an zehn Standorten, die wegen ihrer besonderen sozialen Lage sowie der hohen Nachfrage nach nachmittäglicher Betreuung hierfür besonders prädestiniert sind. Das Modell der offenen Ganztagsgrundschule resultiert aus dem Pilotprojekt „Verlässliche Grundschule Plus“. Sie bietet ein für die Eltern kostenloses Bildungs- und Betreuungsangebot an fünf Tagen in der Woche von 8 bis 16 Uhr an, das von einem großen Teil der Schülerinnen und Schüler wahrgenommen wird, aber im Gegensatz zur gebundenen Ganztagschule nicht verpflichtend ist. Damit reagieren wir einerseits auf die hohe und allein durch Horte nicht zu deckende Nachfrage nach Betreuungsplätzen über 13 Uhr hinaus und andererseits auf den Umstand, dass viele Eltern der gebundenen Ganztagschule kritisch gegenüber stehen und sich für die Nachmittagsgestaltung ihrer Kinder mehr zeitliche Flexibilität wünschen.

Im Wissenschaftsbereich haben wir die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre fortsetzen können. Die Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sind Motor für Innovationen und Entwicklung des Landes.

Nachdem wir das Landes-Sonderprogramm zur Verbesserung der Lehre im Umfang von 7,5 Mio. Euro jährlich aus der letzten Legislaturperiode mit der neuen Legislatur fortgesetzt und in den regulären Haushalt überführt haben, konnten die Universität, die Hochschule für Künste und die Hochschule Bremerhaven im Jahr 2011 über den „Qualitätspakt Lehre“, einem gemeinsamen Programm des Bundes und der Länder, zusätzliche Fördergelder von knapp zwölf Mio. Euro bis zum Jahr 2016 einwerben. Bremen beteiligt sich seit Jahren aktiv am Hochschulpakt und hat durch eine deutliche Steigerung seiner Studienanfängerzahlen erheblich dazu beigetragen, für eine wachsende Zahl von Studienberechtigten zusätzliche Studienmöglichkeiten zu schaffen.

Gesundheitspolitik

Die tragischen Todesfälle durch multiresistente Krankenhauskeime auf der Frühchen-Station des Klinikums Bremen-Mitte haben uns erschüttert und tief betroffen gemacht. Der Senat hat unter anderem mit dem Landesaktionsprogramm Krankenhaushygiene darauf reagiert. Ziel des Programms ist es, die bestehenden Hygienerege-

lungen in den Krankenhäusern zu überprüfen, zu systematisieren und weiterzuentwickeln. Wir wollen den Menschen, die sich den bremischen Krankenhäusern anvertrauen, die größtmögliche Sicherheit bieten und wir wollen dem Klinikum Bremen-Mitte dabei helfen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Mit dem neuen Landeskrankenhausgesetz haben wir die Patientenrechte insbesondere für behinderte, hoch betagte und/oder demente Patientinnen und Patienten gestärkt. Außerdem wurden die Qualitätsnormen angehoben, die Pflichten zur Qualitätssicherung ausgeweitet und die Krankenhäuser verpflichtet, eine 24-Stunden-Notfallbereitschaft sicherzustellen.

Der erste Spatenstich für den Neubau am Klinikum Bremen-Mitte ist geschafft. Um auch in Zukunft optimale Voraussetzungen für die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu schaffen, wird mit der Errichtung des Teilersatzneubaus und dem daran angeschlossenen Eltern-Kind-Zentrum das modernste Klinikum Bremens entstehen. Die Fertigstellung des 750-Betten-Hauses ist für das Jahr 2014 geplant. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 230 Mio. Euro.

Innen- und Sportpolitik

Unabhängig von der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und von der notwendigen Aufklärung in Schulen und anderen Bildungs- und Jugendeinrichtungen halten wir eine konsequente rechtsstaatliche Bekämpfung aller neonazistischen Umtriebe für notwendig. Wir haben daher einen erneuten Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren mit auf den Weg gebracht und einen 7-Punkte-Aktionsplan gegen Rechtsextremismus aufgelegt. Dazu gehört auch die konsequente Entwaffnung von Rechtsextremisten, ein Verbot von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen und ein Stadionverbot für Rechtsextremisten.

Konsequentes Vorgehen war auch unsere Devise angesichts des nicht mehr akzeptablen Auftretens bestimmter Rocker-Gangs. So haben wir die „Mongols“ und auch das Tragen ihrer Erkennungszeichen verboten und eine Ausweitung der Waffenverbotszone rund um die Bremer Diskomeile vorgenommen.

Um auch in Zukunft über ausreichend Personal verfügen zu können, wurden zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Polizei und der Feuerwehr geschaffen. Wurden in Bremen (Stadt) bei der Polizei 2008 noch 65 Frauen und Männer eingestellt, waren es 2010 insgesamt 93 angehende Polizistinnen und Polizisten. Bei der Feuerwehr wurden 2008 noch 28 Nachwuchskräfte eingestellt, 2010 waren es 36.



Jens Böhrnsen: Die SPD steht für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Bremen und Bremerhaven.

Zur langfristigen Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren in der Stadtgemeinde Bremen hat der Senat nach einem intensiven Abstimmungsprozess mit allen Betroffenen ein Konzept für eine Neustrukturierung beschlossen. Das Konzept ist Grundlage für die Ausstattung der Wehren in den kommenden Jahren und sichert ihnen transparente und verlässliche Rahmenbedingungen.

Wir waren bundesweit Vorreiter, als wir gut integrierten ausländischen Kinder und Jugendlichen den Weg aus der Duldung zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus eröffnet haben. Die Ausländerbehörde im Stadtamt bauen wir nach und nach zu einer Servicestelle für Aufenthalt und Einbürgerung um und setzen uns auf Bundesebene für ein modernes Bleiberecht und die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen von Resettlement-Programmen der EU ein.

Lange beschäftigt hat uns die Frage eines Umzugs oder einer Sanierung des Standesamts an der

Hollerallee. Die vielen Zuschriften, die wir hierzu erhalten haben, haben uns deutlich gemacht: Die Bremerinnen und Bremer hängen an dem altherwürdigen, schönen Gebäude in der Hollerallee. Wir haben uns daher für die Sanierung entschieden und einen guten Weg gefunden, dies auch zu wirtschaftlich absolut vertretbaren Kosten darzustellen.

Zum Sport: Nach der letzten Stufe des Umbaus des Weserstadions mussten wir dafür sorgen, dass die Bremer Leichtathletik an anderer Stelle eine gleichwertige Trainings- und Wettkampfstätte erhält. Für rund 1,5 Mio. Euro haben wir die Leichtathletik-Anlage in Obervieland zu einer international wettkampffähigen Sportstätte ausgebaut.



Zugespielt: Das Großflächen-Schlussmotiv der Kampagne zur Bürgerschaftswahl 2011.

Justizpolitik

Die Situation der Bremer Justiz ist geprägt durch hohe Belastungen und dennoch im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Leistungen bei der „Erledigung“ ihrer Aufgaben. Nachdem die Präsidentinnen und Präsidenten der Bremer Obergerichte, die Generalstaatsanwältin und der Leiter der Justizvollzugsanstalt ihre gemeinsame Sorge zum Ausdruck gebracht hatten, dass die Arbeitsfähigkeit der bremischen Justiz bedroht sei, haben wir einen umfangreichen Bericht zur Belastung der bremischen Justiz vorgelegt und einen bundesweiten Vergleich angestellt. Betrachtet man alle Bereiche des Justizressorts im Gesamtzusammenhang, so ist festzustellen, dass die aktuell bestehende personelle Ausstattung sich

insgesamt an der Grenze der Belastung befindet. Die bremischen Gerichte und Dienststellen liegen hingegen im Leistungsvergleich mit den anderen Bundesländern ganz überwiegend oberhalb des Bundesdurchschnitts, vielfach sogar im Spitzenbereich.

Die dringend notwendige Modernisierung der Justizvollzugsanstalt schreitet voran. Mit dem Richtfest für das Zentralgebäude haben wir einen Meilenstein erreicht auf dem Weg der Schaffung einer allen Anforderungen eines modernen Justizvollzugs gerecht werdenden Anlage – allerdings in historischen Mauern – erreicht. Die vollständige Inbetriebnahme des neuen Zentralgebäudes in der JVA Bremen ist für das Jahr 2012 geplant.

Sozial-, Jugend-, Frauenpolitik

Der qualitative und quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung war auch in den vergangenen zwei Jahren ein Koalitionsschwerpunkt. Wir haben die Standards gesichert, die Personalausstattung verbessert und die Versorgungsquote erhöht. Für Kinder bis zum 3. Lebensjahr wurden über 1.000 zusätzliche Plätze in Einrichtungen geschaffen, in der Tagespflege betrug der Zuwachs knapp 400 Plätze. Damit erhöhte sich die Versorgungsquote für unter 3-jährige Kinder auf insgesamt 24 Prozent. Zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für 3- bis 6-jährige Kinder erfolgte ein Ausbau auf insgesamt 13.568 Plätze. Die tägliche Betreuungszeit wurde erheblich ausgeweitet. Der Anteil der Ganztagsplätze ist zwar nach wie vor nicht nachfragegerecht, erhöhte sich für unter 3-Jährige jedoch von 52 Prozent auf 59 Prozent, für die 3- bis 6-Jährigen von 20 Prozent auf 24 Prozent. Zugleich erfolgte für die letztgenannte Altersgruppe eine Umwandlung von Halbtagsplätzen in 5-stündige Angebote mit Mittagessen. Alle Kinder, für die dies gewünscht wird, werden in den Ferien durchgängig betreut. Die Zuwendungen für Elternvereine wurden um ca. 1,1 Mio. Euro angehoben, das entspricht einer Steigerung um 16,6 Prozent. Kinder von Eltern, die Mindestbeitragszahler sind, wurden von Beitragszahlungen für das Mittagessen befreit. Mit dem „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ haben wir die Qualität der Betreuung durch Tagesmütter/-väter spürbar verbessert.

Die im Bundesvergleich hohen Standards, die wir bei der Sicherung des Kindeswohls mittlerweile wieder erreicht haben, konnten wir stabil halten. Bremen war in diesem Themenfeld mit der Einführung von Haaranalysen für Kinder suchtkranker Eltern, die sich in einem Methadonprogramm befinden, bundesweit führend in der Präventionsarbeit. Die Ergebnisse dieser Tests veranlassten uns, den betroffenen Familien noch stärkere Hilfsangebote zu machen, sie gleichwohl aber auch unerbittlich unter die Lupe zu nehmen. Kinder haben einen Anspruch darauf, drogenfrei aufzuwachsen. So kam es auch verstärkt zu Herausnahmen von Kindern aus der Familie als „letztes Mittel“, wenn alle anderen Formen der Hilfe das Wohl des Kindes nicht sicherstellen konnten.

Mit dem Ziel, eine verbindlichere Frauenförderung durchzusetzen, hat der Senat eine Bundesratsinitiative zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft eingebracht. Die Bundesregierung wurde damit aufgefordert, dass zukünftig Unternehmen verpflichtet werden, Gleichstellungsprogramme zu entwickeln und eine verbindliche Frauen-Quote in Aufsichtsräten von 40 Prozent einzuführen.

Arbeitsmarktpolitik

Mit der Bremer Fachkräfteinitiative für arbeitslose Menschen und Beschäftigte haben wir ein 13,5 Mio. Euro schweres Landesprogramm aufgelegt, um am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen fit zu machen für die Zukunftsfelder der Wirtschaft. Frauen, insbesondere Alleinerziehenden, Menschen mit Migrationshintergrund und Älteren soll damit geholfen werden, im Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen oder sich so zu qualifizieren, dass ihre Jobs sicherer werden. Im Vordergrund des Förderprogramms stehen die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen und die berufliche Qualifizierung von erwerbslosen Männern und Frauen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Un- und Angelernten.

Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik

Ordentlich voran ging es auch mit dem wichtigsten Bremer Infrastrukturprojekt, der A 281. Der 4. Bauabschnitt (Wesertunnel) kann nach der Klageabweisung durch das Oberverwaltungsgericht jetzt auf den Weg gebracht werden. Für den



Nah bei den Menschen: Jens Böhrnsen beim Stadtteilbesuch.

Bauabschnitt 2/2 (Neustadt) führt der Senat Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund über die Mehrkosten für die „Variante 4SÜD“, die vom Runde Tisch erarbeitet und von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen wurde.

Der Runde Tisch ist nicht das einzige positive Beispiel für Bürgerbeteiligung und bürgernahe Planung. Als 2010 „Wutbürger“ zum Wort des Jahres gewählt wurde, haben wir beschlossen, neue Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung auszuprobieren. Auf freigemachten Flächen des Klinikums Bremen-Mitte wird in den kommenden Jahren das neue Hulsberg-Viertel entstehen. In einem gut angenommenen Bürgerbeteiligungsverfahren begleitend zur Planung und Entwicklung wurden und werden konkrete Zielvorstellungen für das Quartier erarbeitet.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, dass wir die Rekommunalisierung der Versorgungsnetze wollen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Dahin haben wir mit der zeitgleichen Ausschreibung der Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmenetze in Bremen und Bremerhaven den ersten Schritt gemacht.

Ein Beitrag gegen das Fortschreiten der sozialen Spaltung unserer Städte ist das Bremer Stadtticket. Mobilität zu erschwinglichen Preisen für die Empfängerinnen und Empfänger von „Hartz IV“ ist das Ziel, um so allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Wir haben

das Stadtticket preiswerter gemacht, um seine Akzeptanz noch weiter zu verbessern.

Viele kontroverse Diskussionen gab es um die Umweltzone in der Stadt Bremen: Die Einführung der Stufen 2 (grüne oder gelbe Plakette) und 3 (nur grüne Plakette) erfolgte in 2010 und 2011. Ausnahmen wurden zum Beispiel für Reisebusse zur Vermeidung von unzumutbaren wirtschaftlichen Belastungen gewährt. Über die Wirkung dieser Maßnahmen wird nach wie vor viel spekuliert. Aussagekräftige Ergebnisse werden erst nach einem mehrjährigen Evaluationszeitraum vorliegen – die Evaluierung läuft. Ziel ist es, die Belastung durch die Schadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid signifikant zu senken, unsere Prognosen gehen von einer Senkung um bis zu 14 Prozent aus.



Gewonnen! Andreas Bovenschulte und Jens Böhrnsen strahlen am Wahlabend um die Wette.

Kultur- und Medienpolitik

Mit der Sicherstellung einer soliden Finanzierung der Sanierung und umfangreichen Modernisierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM) in Bremerhaven haben wir die Weichen dafür gestellt, dem DSM den Rang eines nationalen Forschungsmuseums langfristig zu sichern. Angesichts unserer Haushaltsnotlage war es ein echter Kraftakt, die Finanzierung mit Mitteln des Landes, der Stadtgemeinde Bremerhaven und des Bundes auf den Weg zu bringen. Erst nach schwierigen Verhandlungen war der Bund bereit, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Saniert und modernisiert wird das Museum dann ab 2016 den erfolg-

reichen Havenwelten einen weiteren Schub geben. Mit dem Bremer Theater wurde ein neuer Kontrakt über die Zukunftssicherung geschlossen, mit dem wir für die kommenden sechs Jahre Planungssicherheit und damit verlässliche Arbeitsbedingungen für unsere größte Kultureinrichtung geschaffen haben. Ziel ist der Erhalt des Vier-Sparten-Theaters und die Sicherung einer hohen künstlerischen Qualität. Im Gegenzug verpflichtet sich das Theater, Personal im nicht-künstlerischen Bereich abzubauen, um das konstant gehaltene Budget einhalten zu können. Mit Michael Börgerding wurde außerdem ein neuer Intendant berufen, der für ein anspruchsvolles, innovatives und inspirierendes Theater steht und der dem Haus ab 2012 neue Impulse geben wird.

Auch dem kommunalen Kino in Bremen konnten wir eine neue Perspektive eröffnen. Das Kino 46 heißt jetzt City 46 und die Fans künstlerisch anspruchsvoller, nicht-kommerzieller Filme freuen sich über zwei sanierte, zentral gelegene Kinosäle plus Räumlichkeiten für die kulturelle Bildungsarbeit. Mittelfristig wird sich diese Investition auch dadurch auszahlen, dass der Zuschussbedarf durch den Umzug um 200.000 Euro pro Jahr sinkt.

Ebenfalls auf den Weg gebracht haben wir den Umbau der Gebäude für die Shakespeare Company sowie die Sanierung des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses in Vegesack.

Das Thema „Kulturelle Teilhabe“ war und bleibt ein ganz zentraler Aspekt der Kulturpolitik des Senats. Beispielhaft dafür steht der Neustart für das Kulturticket. Wir wollen möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Der Besuch einer Kultureinrichtung darf nicht an den Kosten für eine Eintrittskarte scheitern. Mit dem Kulturticket in seiner „1. Auflage“ konnten Bedürftige bei vielen Kultureinrichtungen an der Abendkasse Restkarten für drei Euro erwerben. Dieses System wurde aber aus den verschiedensten Gründen nur schlecht angenommen. Jetzt werden die von den Kultureinrichtungen zur Verfügung gestellten Kartenkontingente in einer Datenbank erfasst und es kann über das Internet gebucht werden. Die Tickets werden dann bei einer Reihe von Verteilstellen im ganzen Stadtgebiet mit dem Berechtigungsausweis abgeholt, unter anderem bei der Stadtbiblio-

thek und den Bürgerhäusern. Der Preis ist bei drei Euro geblieben. Die Resonanz ist sprunghaft angestiegen – ein schöner Erfolg.

Medienpolitisches Highlight der vergangenen zwei Jahre war die Einigung aller Länder auf eine Umstellung des Rundfunkgebührensystms von der gerätebezogenen Gebühr auf eine allgemeine Haushaltsabgabe. Jeder Haushalt wird künftig einen einheitlichen Betrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bezahlen. Egal, wie viele Fernseher, Radios oder Computer vorhanden sind und unabhängig davon, wie viele Personen dort leben. Zukünftig ist mit diesem Systemwechsel an der Wohnungstür Schluss für die GEZ: Es wird keine Kontrollen mehr geben müssen, wer welche Geräte besitzt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Bericht zeigt: wir haben viel erreicht und wir müssen uns wahrlich nicht verstecken. Die rot-grüne Koalition ist ein Erfolgsmodell für Bremen. Die Wählerinnen und Wähler haben uns im Mai 2011 einen großen Vertrauensbeweis erteilt

und uns mit einem klaren Regierungsauftrag für weitere vier Jahre ausgestattet.

Es gibt nach wie vor eine Menge zu tun. Auch in den kommenden Jahren steht die Sicherung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft ganz oben auf der Tagesordnung. Im Land Bremen leben mittlerweile rund 176.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Wir wollen diese Vielfalt aktiv gestalten: mit Respekt und Anerkennung, mit sachlicher Diskussion und der Lösung von Konflikten, mit Regeln und Partnerschaft auf Augenhöhe. Wir wollen auch in Zukunft dafür sorgen, dass die Freie Hansestadt Bremen sich nicht nur durch wirtschaftliche Stärke auszeichnet, sondern auch durch seine freiheitliche Weltoffenheit, durch seine Liebenswürdigkeit und sein friedliches Miteinander.

Bürgermeister Jens Böhrnsen

Präsident des Senats

BERICHT DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION 2010 – 2011

Die rot-grüne Regierungskoalition ist am 22. Mai 2011 mit einem beeindruckenden Wahlergebnis im Amt bestätigt worden. Dies zeigt, dass man uns zutraut, die anstehenden Herausforderungen auch zukünftig erfolgreich zu bewältigen. Wir befinden uns nun im Jahr zwei nach der Schuldenbremse. Allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz haben es SPD und Grüne nicht nur geschafft, einen tragfähigen Weg der Haushaltssanierung zu erarbeiten, es ist auch gelungen, den vereinbarten Sanierungspfad einzuhalten. Auch der aktuell in Beratung befindliche Doppelhaushalt 2012/2013 wird dieser zentralen Anforderung genügen. Ziel unserer finanzpolitischen Anstrengungen ist es, im Jahr 2020 die Haushalte ohne neue Schulden aufstellen zu können.

Der Sanierungspfad ist die Geschäftsgrundlage, auf die sich diese rot-grüne Koalition verständigt hat. Inhaltlich richtet sich unsere Politik an zwei zentralen Zielen und Leitplanken aus, die wir auch in unserem Wahlprogramm deutlich formuliert haben. Es gilt erstens, die wirtschaftlichen Chancen des Standortes weiter auszubauen, um existenzsichernde Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Und es muss zweitens alles daran gesetzt werden, den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten zu stärken. Der Haushaltsentwurf stellt trotz der schwierigen Finanzlage strukturpolitisch erforderliche und ökologisch nachhaltige Investitionen in die Wirtschaftskraft sicher. Bremen und Bremerhaven brauchen eine starke Wirtschaft, um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen dauerhaft zu sichern. Ohne stabile Steuereinnahmen kann eine Konsolidierung nicht gelingen. Die Konsolidierung wäre aber auch dadurch gefährdet, wenn es uns nicht gelänge, die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Uns Sozialdemokraten geht es dabei nicht um irgendwelche Arbeitsplätze. Es geht um gute Arbeitsplätze, um Arbeitsplätze, von denen Menschen leben können. Wo sie nicht ausgebeutet oder permanent mit Arbeitsplatzverlust bedroht werden. Die von uns initiierten Gesetze zur Tariftreue und Vergabe, das Korruptionsregistergesetz und nicht zuletzt das aktuell in der Umsetzung befindliche Landesmindestlohngesetz sollen zwei Dinge sicherstellen: Unternehmen vor

Schmutzkonkurrenz schützen und unabweisliche Mindestarbeitsbedingungen sichern. Der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie rechtschaffenen Unternehmen ist und bleibt eine wesentliche Säule sozialdemokratischer Regierungspolitik.



Björn Tschöpe
Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Wer verantwortliche Politik macht, muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung die Fliehkräfte zwischen denen, die haben und denen, die nicht haben, eher größer als kleiner werden. Segregation, Gentrifizierung und Chancenungleichheit – all dieses lässt sich wie in vielen Großstädten Deutschlands leider auch in Bremen feststellen. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie, eine verlässliche Politik für mehr Chancengleichheit und gute Zukunftsperspektiven für alle zu machen. Dreh- und Angelpunkt für eine solche gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Bildung. Der aktuelle Haushaltsentwurf enthält deshalb wieder zusätzliche Schwerpunktmittel in Höhe von insgesamt 37 Mio. Euro. Damit wollen wir vor allem die Startchancen von Kindern und Jugendlichen verbessern, Ganztagschulen und die Kindertagesbetreuung ausbauen. In unserem Wahlprogramm haben wir den Menschen versprochen, die Zukunft unseres Landes auch weiterhin gemeinsam mit ihnen sozial, menschlich und kompetent zu

gestalten. Das ist der Kompass, das ist der rote Faden, der die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion in den vergangenen beiden Jahren geleitet hat. Über das Ergebnis legen wir heute diesen Zwischenbericht vor. Viele Aufträge des Koalitionsvertrages sind bereits umgesetzt worden. An dieser Stelle möchte ich mich deshalb noch einmal für die solidarische und gute Arbeit innerhalb unserer Fraktion bei allen Abgeordneten und Depu-

tierten, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Fraktionsbüro in der Wachtstraße bedanken. Eine gute und erfolgreiche sozialdemokratische Politik ist immer auch das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit.

Björn Tschöpe

Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Schwerpunkte der Fraktionsarbeit in den einzelnen Politikfeldern



Rot-Grün in der Neuauflage: Feierliche Unterzeichnung des Koalitionsvertrages 2011 – 2015.

Finanzpolitik

Bremen hat seinen Konsolidierungskurs auch in den beiden letzten Jahren erfolgreich fortgesetzt. In der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen hat sich Bremen verpflichtet, das strukturelle Finanzierungsdefizit (2010: 1,2 Mrd. Euro) bis 2020 in jährlichen Schritten von rund 120 Mio. Euro vollständig abzubauen. Im Gegenzug erhält Bremen jährliche Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro. Das Urteil des Staatsgerichtshofs zur Verfassungskonformität des Haushalts 2011 hat gezeigt, dass wir uns mit dem anspruchsvollen Sparkurs auf dem richtigen Weg befinden. Der wichtige Schritt zur Konsolidierung ist mit dem Haushalt 2011 erfolgreich gemacht. Bei allem Sparzwang fahren wir weiterhin einen klaren

finanzpolitischen Kurs: Wir halten daran fest, die Wirtschaft zu stärken und gute Arbeitsplätze zu schaffen, um den sozialen Zusammenhalt sichern zu können. Wir setzen unsere politischen Schwerpunktsetzungen fort und investieren in deutlich bessere Startchancen für Kinder und Jugendliche. Die Finanzierung der Schwerpunktmaßnahmen für den Ausbau der Kinderbetreuung, die Sprachförderung und das ganztägige Lernen wird per Umlage von allen Ressorts solidarisch getragen. Neben einer strikten Ausgabendisziplin braucht Bremen zur Erfüllung seiner Aufgaben die notwendigen Einnahmen. Wir sind gefordert, alle Spielräume zur Verbesserung der Einnahmesituation zu nutzen. Hierzu haben wir die Anhebung der Vermögenssteuer und die Einführung einer City-Tax beschlossen. Die Anhebung von Gewerbe- und Grunderwerbssteuer wird derzeit geprüft. Grundlage dafür sind die Vergleichswerte anderer Kommunen bzw. Bundesländer.

Angesichts der schwierigen Haushaltskonsolidierung von Bund, Ländern und Gemeinden gibt es keinen Spielraum für Steuersenkungen. Trotz der zurzeit guten Entwicklung der Steuereinnahmen hat Bremen das Steueraufkommen des Jahres 2008 – dem Jahr vor der Wirtschafts- und Finanzkrise – noch nicht erreicht. Neben dem Rückschlag aus der Wirtschafts- und Finanzkrise machen die vom Bund beschlossenen Steuersenkungen der letzten Jahre die Konsolidierung schwerer. Die enormen Herausforderungen der kommenden Jahre betreffen Bremen und Bremerhaven gleichermaßen. Die Sparanstrengungen müssen gemeinsam unternommen werden. Bremen und Bremer-

haven dokumentieren mit dem Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung, dass Rechte und Pflichten gerecht verteilt sind. Nur gemeinsam kann das Sanierungsziel erreicht werden.

Trotz des einzuhaltenden Konsolidierungspfades stellen wir strukturpolitisch erforderliche Investitionen in die Wirtschaftsstruktur sicher. Aus sozialdemokratischer Sicht sind in erster Linie solche Investitionen notwendig, die dazu beitragen, die Infrastruktur im Lande zu erhalten (Vermögenssicherung), die regionalwirtschaftliche Effekte hervorrufen und der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes Bremen nachhaltig dienen und damit gezielt Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, sowie die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven weiter verbessern. Mit dem 2009 gestarteten Konjunkturprogramm konnten zusätzlich zahlreiche Projekte – insbesondere im Bildungsbereich – erfolgreich umgesetzt werden. Mit fast 50 Mio. Euro konnten Schulen und Kindergärten energetisch saniert, fachlich besser ausgestattet und der Ausbau des U-3 Programms vorantrieben werden.

Zur Einhaltung des Konsolidierungsziels müssen die Personalausgaben begrenzt werden. Das heißt, dass Kostensteigerungen (z.B. durch Tarifierhöhungen) im Personalbereich grundsätzlich durch andere personalwirtschaftliche Maßnahmen gegenfinanziert werden müssen. Trotz dieser Vorgabe haben wir uns dafür eingesetzt, dass im Rahmen der Tarifverhandlungen die Tarife für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst – ob Angestellte oder Beamte – mit gleichen Steigerungsraten angehoben wurden. Damit wurde sichergestellt, dass es nicht zu einer Abkoppelung der Besoldungsentwicklung in den anderen Ländern gekommen ist. Neben den linearen Verbesserungen für alle wurde besonderer Wert auf Strukturverbesserungen im einfachen Dienst gelegt und so bessere Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Aufgrund der demografischen Entwicklung im öffentlichen Dienst kommt der Ausbildung und Nachwuchsgewinnung eine besondere Bedeutung zu.

Wirtschafts-, Arbeits- und Häfenpolitik

Wirtschaftsförderung und öffentliche Investitionen haben auch 2010/11 dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitsplätze im Land Bremen zu erhö-

hen, die Ausbildungsplatzlücke zu verkleinern und die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Im Mittelpunkt der bremischen Arbeitsmarktpolitik stand die Qualifizierung Arbeitsloser für den ersten Arbeitsmarkt, insbesondere in Zukunftsbranchen wie der Windkraftindustrie. Das Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“ bot Hilfen zur Erlangung von Berufsabschlüssen und zur betrieblichen Integration junger Erwachsener. Trotz drastischer Kürzungen der über die Arbeitsverwaltung vergebenen Eingliederungsmittel blieben die meisten Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote erhalten. In Kooperation mit den Trägern ist es gelungen, ihre Zahl bei knapp 3.000 zu stabilisieren, wovon neben den Arbeitslosen auch die soziale Stadtentwicklung profitiert hat. Die Fortschreibung der Bremer Vereinbarung hat den Ausbildungsmarkt positiv beeinflusst. Die auf SPD-Initiative beschlossene trägerunabhängige Weiterbildungsberatung für Beschäftigte und Unternehmen sowie die Initiative für eine betriebliche Qualifizierungsoffensive haben die Qualifizierung als zentrales Element bremischer Arbeitsmarktpolitik gestärkt.

Das Engagement für „gute Arbeit“ war ein weiterer Schwerpunkt sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion initiierte die Festschreibung von inzwischen 8,50 Euro Mindestlohn und die Verpflichtung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im Tariftreue- und Vergabegesetz. Das in erster Lesung verabschiedete Bremische Landesmindestlohngesetz soll sicherstellen, dass auch alle anderen für den Staat tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens 8,50 Euro Stundenentgelt erhalten. Mit diesem Gesetz reagierte die SPD-Bürgerschaftsfraktion darauf, dass die von ihr angestoßenen Bundesratsinitiativen zu einem gesetzlichen Mindestlohn, zur Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern mit Stammbeschäftigten sowie zur Einschränkung befristeter und prekärer Beschäftigung bislang am Widerstand der schwarz-gelben Bundesregierung gescheitert sind.

Der von der SPD initiierte Bürgerschaftsbeschluss zur Einrichtung einer Beratungsstelle für von Berufskrankheiten Betroffene und die Verankerung psychischer Belastungen als Schwerpunktthema des Arbeitsschutzes sollen den Gesundheitsschutz von Beschäftigten verbessern.

Die Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven standen im Mittelpunkt des auf der Fraktionsklausur im November 2011 verabschiedeten Mobilitätskonzeptes, das klare sozialdemokratische Anforderungen für den zu erstellenden Verkehrsentwicklungsplan des Landes formuliert.

Mit ihren Anträgen, die Darlehensförderung möglichst umfassend zu nutzen und offene Unternehmensbeteiligungen als zusätzliches Instrument zu prüfen, hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Wirtschaftsförderung des Landes neue Impulse gegeben. Dies gilt auch für die Positionierung der Bremer AufbauBank (BAB) als Förderbank mit Verantwortung für alle monetären Förderinstrumente und den Auftrag, innovative Finanzförderinstrumente zu entwickeln. Das von der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) in den Räumen der Handelskammer eröffnete Unternehmensbüro und drei neue Auslandsbüros sind Ausdruck einer aktiven, leicht erreichbaren und auf die Partner in der Wirtschaft zugehenden Förderpolitik.

Trotz rückläufiger Investitionsmittel konnten durch gezielte öffentliche Investitionen Situation und Zukunftsfähigkeit des Standortes Land Bremen nachhaltig gestärkt werden. Hafeninvestitionen und die Entwicklung der Überseestadt stehen für solche Projekte. Zudem wurde die touristische Attraktivität des Landes Bremen durch die Verlängerung der Schlachte in Bremen und die Erweiterung des Auswandererhauses in Bremerhaven verbessert. Neue wirtschaftliche und städtebauliche Akzente werden sich aus den Beschlüssen zur Weiterentwicklung der Innenstadt vor allem im Ansgariviertel ergeben. Wesentliche Leitlinie der Wirtschaftspolitik blieb bei allen Entscheidungen das Strukturkonzept 2015.

Die von der SPD-Fraktion vorangetriebene Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf wissensbasierte, technologie- und innovationsorientierte Bereiche wurde erfolgreich fortgeführt. Die Förderung der Windenergiewirtschaft im Land Bremen ist ein gutes Beispiel, aber ebenso die der erfolgreichen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen. Die in Bremerhaven begonnene industrielle Neuausrichtung insbesondere auf

Offshore-Windenergie wurde durch Neuansiedlungen und den Beschluss zum Bau eines Offshore-Terminals unterstrichen.

Das Land Bremen hat seine Position sowohl als wichtiger Standort für Häfen, Logistik und Handel als auch als industrielles Zentrum z. B. im Bereich Luft- und Raumfahrt, Automobil und Stahl, Windenergie und Lebensmittel gefestigt. Begleitet vom Ausbau von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen konnten große Unternehmen überregional beachtete Aufträge akquirieren, sich im Konzernwettbewerb um wichtige Investitionen durchsetzen und so Tausende hochwertiger Arbeitsplätze sichern. Ebenso positiv entwickelten sich die Häfen, deren Umschlag schnell wuchs, so dass z. B. Bremerhaven die führende Rolle im Automobilumschlag zurückgewonnen hat. Die überregional am meisten beachtete Entscheidung der bremischen Hafenpolitik war die Änderung des Hafenerbetriebsgesetzes, die zwar erst 2012 beschlossen, in den Jahren davor aber intensiv vorbereitet worden ist. Das Gesetz soll den Umschlag von Kernbrennstoffen über die Bremischen Häfen verhindern, stellt aber sicher, dass nicht auch andere Güter vom Umschlag ausgeschlossen werden können.

Mit der Eröffnung der vergrößerten Kaiserschleuse in Bremerhaven wurde ein entscheidender Schritt zur nachhaltigen Sicherung der Häfen gemacht. Die Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports wird den Standort Land Bremen als Zentrum einer maritim ausgerichteten Wirtschaftszone weiter stärken. Die Bereitstellung von Mitteln zur Erhaltung der Hafeneisenbahn soll die Effizienz der Häfen verbessern. Mit ihren Beschlüssen zum Ausbau der Cherbourger Straße hat die Bürgerschaft auf Antrag der SPD wichtige Weichen für die baldige Realisierung dieser dringend benötigten Anbindung des Überseehafengebietes an die A27 gestellt. Auf sozialdemokratische Initiative hin beschloss das Parlament zudem eine Verbesserung der schienengebundenen Hafenanbindung.

Der Verbraucherschutz im Land Bremen wurde u. a. durch die finanzielle Absicherung der Verbraucherzentrale gewährleistet. Dabei ging es auch darum, in angemessenem Umfang Beratungsangebote im Bereich der Finanzdienstleistungen

zu ermöglichen. Auf Veranlassung der SPD-Fraktion beschloss die Bremische Bürgerschaft, die Verbraucherinteressen in Gesetzgebungsverfahren explizit zu berücksichtigen. Die Berichterstattung des Senats über den Verbraucherschutz im Land wurde optimiert und so gestaltet, dass die hier gegebenen Hinweise für alle Bürgerinnen und Bürger verständlich und übersichtlich sind.

Wissenschaftspolitik

Die Bremer Wissenschaftslandschaft leistet einen zentralen Beitrag zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Beschäftigungslage und ist so ein wichtiger Motor des Strukturwandels. Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat die Förderung des Wissenschaftsbereichs entsprechend hohe Priorität. Die Wissenschaftslandschaft des Landes Bremen wird heute bundesweit als Erfolgsmodell wahrgenommen. Dies belegt nicht nur die hohe überregionale Mitfinanzierung durch Drittmittel, sondern auch das erfolgreiche Abschneiden der Universität Bremen bei der Exzellenzinitiative. Erneut hat es die Universität Bremen als einzige norddeutsche Universität in die zweite Programmrunde geschafft und durfte ein sogenanntes „Zukunftskonzept“ einreichen. Ein Ausweis für die hohe Reputation des Wissenschaftsstandorts Bremen ist überdies die hohe Anzahl außeruniversitärer Forschungsinstitute, die in die überregionale Finanzierung überführt werden konnten – zuletzt das Institut für Epidemiologie und Präventionsforschung GmbH (BIPS), das als Vollmitglied in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen wurde. Das Deutsche Schifffahrtsmuseum soll als eines von acht Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft für 42 Mio. Euro modernisiert werden, zur Hälfte finanziert vom Bund. Die SPD-Fraktion hat über den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Bemühungen zur Kooperation unter den Hochschulen in Bremen und im Umland unterstützt. Ende 2011 ist eine Begutachtung des gesamten Hochschulsystems durch den Wissenschaftsrat auf den Weg gebracht worden, mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Wissenschaftslandschaft des Landes Bremen langfristig zu erhalten und ggf. notwendige Veränderungen vornehmen zu können.

Intensiv hat die SPD-Fraktion die Umsetzung des Schwerpunktprogramms zur Verbesserung der

Lehre und zur Finanzierung des Hochschulpaktes begleitet, für die auch im Doppelhaushalt 2010 und 2011 7,5 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich bereitgestellt wurden. Die Universität Bremen und die Hochschule für Künste waren mit ihren Förderanträgen für den „Qualitätspakt Lehre“ des Bundes und der Länder erfolgreich und haben gemeinsam Fördermittel in Höhe von 9,74 Mio. Euro bis 2016 eingeworben. Anders als andere Bundesländer hat Bremen in den vergangenen Jahren den Hochschulpakt voll erfüllt. Die SPD-Fraktion hat engagiert die Weiterentwicklung der Lehrerausbildung betrieben, die aufgrund der Schulstrukturen und neuer Entwicklungen in den Bundesländern erforderlich wurde. Sie trat für die Förderung von Frauen im Wissenschaftsbereich und der Forschung ein und hat die Beteiligung Bremer Hochschulen am Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder unterstützt; die Universität Bremen hat hier wieder eine Spitzenbewertung erreicht. Die SPD-Fraktion sorgt dafür, dass Frauenförderung und der Gleichstellungsgedanke im künftigen Hochschulreformgesetz einen weitaus höheren Stellenwert und die Frauenbeauftragten der Hochschulen mehr Rechte haben werden.

Steht die Entfaltung der Begabungspotenziale eines jeden Einzelnen von jeher auf der Agenda der Sozialdemokratie, so ist es auch weiterhin ein besonderes Anliegen der SPD-Fraktion, den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte zu öffnen und die Promotionschancen für Fachhochschulabsolventen zu verbessern. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat dazu nicht nur Parlamentsinitiativen eingebracht, sondern sich auch dafür eingesetzt, im Zuge der bevorstehenden Novellierung des Hochschulreformgesetzes den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte weiter zu erleichtern.

Bildungspolitik

In den vergangenen Jahren hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion den Schwerpunkt verstärkt auf Bildung gelegt und sich dafür eingesetzt, dass viele zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich aufgewandt werden. In den vergangenen zwei Jahren wurde die strukturelle Weiterentwicklung des Schulsystems weiter umgesetzt. Lediglich die acht bereits vorhandenen durchgängigen Gymnasien blieben erhalten. Alle anderen Schulen

haben sich inzwischen in Oberschulen umgewandelt. In der Stadtgemeinde Bremen wurden drei neue Oberschulstandorte gegründet, ein weiterer Standort wird zum kommenden Schuljahr seine Arbeit aufnehmen. An allen Schulen wurden die Lehrer-Schüler-Frequenzen gesenkt: an Oberschulen auf 25 und an durchgängigen Gymnasien auf 30 Schülerinnen und Schüler pro Klasse, daneben wurden die Kapazitäten schulscharf festgelegt und im Falle begrenzter Raumkapazitäten oder problematischer Sozialindikatoren die Klassenfrequenzen weiter verringert. Die Schulreform wurde 2010 und 2011 mit Schulentwicklungsmitteln als Anschubfinanzierung begonnen und fortgeführt. Außerdem sind Oberschulen wie Gymnasien mit Jahrgangsstufenstellen ausgestattet worden und auch die Schulleitungen haben eine zusätzliche Ausstattung erhalten. Seit 2007 wurde nicht nur jede frei werdende Lehrerstelle wieder besetzt, sondern in den Jahren 2010 und 2011 dank der Mittel für Personal im Schulentwicklungsprozess sogar die Einstellungen gegenüber den Abgängen laufend erhöht.

Mit der Schulgesetznovelle ist 2009 die Inklusion eingeführt und von den Eltern so gut angenommen worden, sodass bereits zum kommenden Schuljahr alle behinderten Kinder und Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern unterrichtet werden sollen. Die Einrichtung der Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP), die sich in den Regelschulen um die Förderung aller Schülerinnen und Schüler kümmern und der Schule helfen, mit der Vielfalt der Schülerschaft umzugehen, wird im laufenden Schuljahr abgeschlossen sein: es gibt dann 69 ZuP, davon 30 an Grundschulen, 31 an Oberschulen und 8 an den Gymnasien. Außerdem befinden sich in allen vier Regionen regionale Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) im Aufbau. Sie bieten unabhängige Beratungs- und Unterstützungsleistung für Eltern, Lehrkräfte und anderes schulisches Personal sowie für die Schülerinnen und Schüler. Mit den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets sind an Schulstandorten, die vor besonderen Herausforderungen stehen, 50 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingestellt worden.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat den weiteren Ausbau der Ganztagschulen intensiv begleitet.

In der Stadtgemeinde Bremen gibt es mittlerweile 18 gebundene Ganztagsgrundschulen und 28 Ganztagschulen im SEK-I-Bereich (Bremerhaven: vier gebundene und vier offene Ganztagsgrundschulen und fünf Ganztagschulen im SEK-I-Bereich). Laut Deputationsbeschluss sollen zum Schuljahr 2012/13 in der Stadtgemeinde Bremen zehn offene Ganztagsgrundschulen eingerichtet werden, vier weitere Ganztags(grund)schulen sind geplant.

Die Sanierung öffentlicher Schulgebäude wurde weiter fortgesetzt: seit 2007 wurden im Haushalt insgesamt 202,4 Mio. Euro bereitgestellt, dazu kamen 96,49 Mio. Euro aus dem Gebäudesanierungsprogramm des Senats, 51,3 Mio. Euro aus Mitteln der Bildungsbehörde, 22,65 Mio. Euro aus dem Bauunterhalt des Senats, 26,2 Mio. Euro aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes und 5,76 Mio. Euro aus diversen Drittmitteln.

Innenpolitik

Ein zentraler Schwerpunkt unserer innenpolitischen Arbeit bleibt die Kriminalitätsbekämpfung. Im Vordergrund stehen dabei aktuell die Raub- und Einbruchskriminalität, die Jugendkriminalität, die organisierte Kriminalität (insbesondere Rockergruppen) sowie die Wirtschaftskriminalität. Zuletzt wurde ein umfassendes Konzept zur nachhaltigen Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität gefordert. Mit der Umsetzung des SPD-Antrags „Wohnungseinbrüche konsequent zurückdrängen“ hat der Senat im März 2012 begonnen.

Das ressortübergreifende Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ ist nach wie vor in der Umsetzung. Seit 2011 wurde mit der Realisierung ressortübergreifender Fallkonferenzen für Intensivtäter begonnen. Zur nachhaltigen positiven Entwicklung der Disko-Meile haben wir der Bürgerschaft einen Antrag vorgelegt, der neben der Verbesserung der Sicherheit die bauliche Neugestaltung, die Überprüfung des bestehenden Gastronomieangebots und die Inverantwortungnahme der Vermieter und Betreiber umfasst. Zur Bekämpfung von Rockerkriminalität haben wir den Senat mit unserem Bürgerschaftsantrag im Mai 2011 aufgefordert, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die Vereinsheime der Gruppierungen zu schließen, Ausfahrten und Veranstaltungen zu verbieten und

sich für ein allgemeines Verbot krimineller Rokergruppierungen einzusetzen. Zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution wurde im Frühjahr 2010 ein Antrag verabschiedet. Er zielt darauf, die Lebenssituation der Opfer zu verbessern und die Aussagebereitschaft der Opferzeuginnen zu erhöhen.

Im Hinblick auf die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität konnten wir erreichen, dass das Justiz- und das Innenressort ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet verbessert haben. Zur Einschränkung des Besitzes von Waffen im Lande Bremen hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion den Senat aufgefordert, zu prüfen, inwieweit die Besitzer von Waffen an den durch sie verursachten Kosten der Waffenkontrolle beteiligt werden können. Zugleich hat sich die SPD-Fraktion für eine Reform zur Verschärfung des Waffengesetzes auf Bundesebene eingesetzt.

Um die Handlungsfähigkeit der Polizei in Bezug auf die Vielfalt der dringenden Aufgabenfelder aufrecht zu erhalten, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass trotz Haushaltskonsolidierung und Einsparquoten die aktuelle Personalzahl gehalten und zukünftig leicht erhöht werden kann. Die Einsparbedarfe sollen durch strukturelle Maßnahmen, wie die Anhebung der Lebensarbeitszeit, erbracht werden. Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Weiterentwicklung der Feuerwehr und die Notfallrettung. Hier haben wir uns mit parlamentarischen Initiativen für die strukturierte und beschäftigtenorientierte Reform der Feuerwehrausbildung sowie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Rettungsdienst eingesetzt. Ein wichtiges Thema bleibt weiterhin die Re-Organisation des Stadtamtes. Hier begleiten wir die service- und bürgerorientierte Neustrukturierung, aktuell mit besonderem Augenmerk auf Bürgerservicecenter und Ausländerbehörde. Hierzu fanden u. a. Gespräche mit der neuen Amtsleitung als auch mit den Personalräten statt. 2010 haben wir uns mit parlamentarischen Initiativen für die transparente und nachhaltige Sanierung des Standesamtes eingesetzt.

Rechtsextremismus

Im Dezember 2011 beschloss die Bürgerschaft auf Initiative der SPD den interfraktionellen

Entschließungsantrag „Rechtsextremistischem Gedankengut gemeinsam mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten, rechtsextremistische Täter konsequent strafrechtlich verfolgen, Solidarität mit den Opfern und umfassende Transparenz staatlichen Handelns“. Weiter wurde der Senat aufgefordert, die Berichterstattung zur Auseinandersetzung zu Rassismus und Rechtsextremismus im Lande Bremen fortzuführen und hierbei u. a. auch die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu untersuchen und einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt auf die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit bei älteren Menschen zu legen.

22. Mai 2011: Wählen gehen!

„**Keinen Meter**
und **keine Stimmen**
für alte und neue **Nazis!**

Bremen ist **bunt,**
weltoffen
und **tolerant.**

www.spd-land-bremen.de



Plakatmotiv gegen Rechtsextremismus aus dem Bürgerschaftswahlkampf.

Integrationspolitik

In den vergangenen zwei Jahren wurden viele Initiativen im Bereich der Integrationspolitik angestoßen. So werden u. a. verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst geworben, das Verfahren zur Anerken-

nung ausländischer Berufsabschlüsse wird verbessert, die Situation von Flüchtlingen erleichtert und sprachliche Bildung in Schulen und Kitas gefördert. Wir bemühen uns um Alternativen zu engen Gemeinschaftsunterkünften, in denen Flüchtlinge untergebracht werden, haben uns für eine Aufhebung der Residenzpflicht in ganz Deutschland eingesetzt sowie verschiedene Initiativen ergriffen, damit mehr Menschen eine Aufenthaltserlaubnis statt einer Duldung erhalten. Zudem wurde auf unser Bestreben hin ein Bürgerschaftsausschuss eingerichtet, der sich mit der Ausweitung des Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten beschäftigt. Die gesellschaftliche Diskussion der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass es hier viel Nachholbedarf gibt, teilweise Probleme verdrängt wurden und noch viele Ressentiments bestehen. Wir wollen uns dem Thema Integration stärker als bisher widmen, daher hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu Beginn der Legislaturperiode erstmals integrationspolitische Leitlinien erarbeitet und das Thema Integration als Arbeitsbereich einem parlamentarischen Ausschuss übertragen.



Darüber hinaus haben wir den Senat Ende 2010 aufgefordert, weiter an der interkulturellen Öffnung des Öffentlichen Dienstes zu arbeiten und u. a. mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst auf allen Ebenen (auch Leitung) einzustellen sowie die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Anforderungskriterium bei Neueinstellung zu berücksichtigen.

Interkulturelle Bildung soll zum integralen Bestandteil von Aus- und Fortbildungen gemacht und auf den Abschluss von Dienstvereinbarungen zur Anerkennung und Förderung kultureller Vielfalt hingewirkt werden. Darüber hinaus sollen Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, Rassismus und strukturelle Diskriminierung in der Verwaltung zu erkennen und zu beseitigen. Im Zusammenwirken mit den Dienststellen, Eigenbetrieben, Gesellschaften, Einrichtungen und dem Rat für Integration sollen Zielvereinbarungen für einen voranschreitenden Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung formuliert und abgeschlossen werden. Durch eine weitere parlamentarische Initiative haben wir den Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht abzuschaffen. Im Dezember 2011 hat die Bürgerschaft schließlich auf Initiative der SPD den Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für den Wegfall einer Visumpflicht für Familienbesuche türkischer Staatsangehöriger einzusetzen und unter Beteiligung des Bremer Rats für Integration Vorschläge für weitere Herkunftsländer zu unterbreiten, bei denen eine Visumpflicht für Familienbesuche für Migrantinnen und Migranten sollen so erleichtert und vereinfacht werden.

Wahlrecht, Bürgerbeteiligung, Beiräte und Petitionsrecht

Im Februar 2010 ist das neue Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter in Kraft getreten, das die Beiräte mit weiteren umfassenden Rechten ausgestattet hat, die soweit führen können, dass strittige Themen auf Veranlassung der Beiräte in der Stadtbürgerschaft debattiert werden müssen. Im März wurde unter Federführung der SPD-Fraktion ein interfraktioneller Antrag entwickelt, das Recht zur Stellungnahme der Beiräte in der Stadtbürgerschaft auszuweiten. Bereits im Herbst 2010 wurden auf unsere Initiative die Beteiligungsrechte der Beiräte bei der Erteilung von Baugenehmigungen verbessert. Bis März 2011 wurden die ersten fünf Jugendbeiräte in Bremen gegründet. Aktuell wird durch Änderung des Beamten- und des Beirätegesetzes die Wahl der Ortsamtsleiter direkt auf die Beiräte übertragen.

Seit Januar 2010 ist das neue Petitionsgesetz in Kraft. Insbesondere die neu eingeführte Online-

petition hat das Petitionswesen in Bremen nachhaltig verändert. Von der Möglichkeit zur Mitzeichnung wird rege Gebrauch gemacht. Ziel ist es, im Verlauf des Jahres 2012 eine interne Evaluation des neuen Petitionsrechts vorzunehmen. Insgesamt haben wir mit dem Petitionsausschuss in der 17. Legislaturperiode 839 Petitionen für den Landtag und 451 Petitionen mit Zuständigkeit der Stadtbürgerschaft bearbeitet.

Die Weiterentwicklung der lokalen Demokratie ist wichtig, um Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen. Deshalb soll das Wahlrecht auch für EU-Ausländerinnen und -ausländer in Bremen zu den Landtagswahlen und für Angehörige sogenannter Drittstaaten für die Wahlen zu den Beiräten ausgeweitet werden. Hierzu wurde ein Ausschuss eingerichtet, der eine Vorlage zur Prüfung an den Staatsgerichtshof erarbeiten soll. Zum Thema „Bürgerbeteiligung – Miteinander Bremen gestalten“ wurde im März 2011 eine öffentliche Veranstaltung mit Vertretern von Bürgerinitiativen, Beiratsmitgliedern und weiteren Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Zuletzt wurde eine parlamentarische Initiative zum Thema Jugendbeteiligung in die Bürgerschaft eingebracht. Aktuell ist der Antrag „Konzepte für mehr Bürgerbeteiligung entwickeln“ in der Beratung. Ziel ist es, allgemeine Grundsätze zu entwickeln, ab welcher finanziellen Größenordnung oder Bedeutung für die Stadt oder einen Stadtteil Bürgerbeteiligung stattfinden muss. Der Senat soll ein Konzept vorlegen, wie fortan sichergestellt wird, dass zukünftig bei allen Planungsvorhaben verbindlich geprüft wird, ob und ggf. in welcher Form eine Bürgerbeteiligung an den jeweiligen Planungen stattfinden kann.

Reform des Abgeordnetenrechts

In der 17. Legislaturperiode wurde eine umfassende Reform des Bremischen Abgeordnetenrechts vorgenommen, die im März 2011 durch die Bremische Bürgerschaft beschlossen wurde. Sie trat mit Beginn der 18. Legislaturperiode in Kraft. Kern der Reform war die Zusammenfassung der Entschädigungstatbestände zu einer zu versteuernden Diät, die fast vollständige Abschaffung der Inkompatibilität, eine Modernisierung der Altersvorsorge, die Streichung nicht mehr zeitgemäßer Privilegien wie Übergangs- oder Ster-

begeld sowie Vorgaben für Verhaltensregeln, die nach der bisherigen Parlamentspraxis allein Bestandteil der Geschäftsordnung waren und im Abgeordnetengesetz fehlten. Die Reform wurde kostenneutral vollzogen.

Justizpolitik

Im Bereich der Justiz- und Rechtspolitik setzte sich die SPD-Fraktion in den vergangenen zwei Jahren insbesondere dafür ein, die Handlungsfähigkeit der Rechtspflege im Sinne einer bürgerfreundlichen und effizienten Justiz aufrecht zu erhalten. Hierzu ist ein entscheidender Beitrag, die Personalzahlen in den Gerichten nicht weiter zu verringern. Im März 2010 trat das Bremische Untersuchungshaftvollzugsgesetz in Kraft. Es beinhaltet und regelt die wesentlichen Gesichtspunkte für die Fortentwicklung eines zeitgemäßen, humanen und an der Unschuldsvermutung ausgerichteten Untersuchungshaftvollzugs. Im November 2010 wurde die Konferenz der Sprecherinnen und Sprecher für Justiz der SPD-Fraktionen aus Bund und Ländern sowie der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament durch die SPD-Fraktion in Bremen ausgerichtet. Ebenfalls im November veranstaltete die SPD-Fraktion eine Konferenz zum Thema „Opfer-Hilfe im Lande Bremen“ an der nahezu alle Hilfeeinrichtungen teilnahmen. Rechtspolitisch haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren insbesondere auch der Verbesserung der Situation der Opfer angenommen. Im Frühjahr 2011 beschloss die Bürgerschaft den Antrag der SPD-Fraktion „Opfer von seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewaltdelikte schützen und entschädigen“. Ihm folgten weitere Anträge z. B. zu Beratung und Hilfe für Opfer von Gewalt oder zur Strafverfolgung für Beziehungsgewaltdelikte und Delikte sexueller Gewalt. Ferner betreute der Rechtsausschuss federführend ein Gesetzgebungsvorhaben zur Einführung einer Obduktionspflicht bei Kindern, die vor Vollendung des sechsten Lebensjahres gestorben sind, wenn die Todesursache nicht zweifelsfrei erkennbar oder nicht zweifelsfrei bekannt ist. Hierzu wurde eine umfassende Anhörung durchgeführt, die entscheidende Ansätze lieferte, die Akzeptanz des Vorhabens zu erhöhen.

Bau- und Stadtentwicklungspolitik

Auch in den vergangenen zwei Jahren haben wir uns in der Stadtentwicklungspolitik am Leitbild

der Innenentwicklung und der Stadt der kurzen Wege orientiert. Weiteren „Grünflächenfraß“ darf es nicht geben, stattdessen muss in die städtische Infrastruktur sowie in zusätzliche barrierefreie Angebote investiert werden, um den Herausforderungen des demographischen Wandels gerecht zu werden. Die GEWOBA und die STÄWOG sind wichtige Faktoren für den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten und eines der wichtigsten Gestaltungselemente der öffentlichen Hand für die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Die Bremische Bürgerschaft hat sich daher auf unser Bestreben hin im Herbst 2010 vor dem Hintergrund von Diskussionen um einen möglichen Verkauf gegen eine Veräußerung ausgesprochen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel für die Städtebauförderung drastisch gekürzt. Diese verfehlte Politik des Bundes lehnen wir ab. Das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ ist ein wichtiger Baustein zur Entwicklung von Quartieren mit besonderem Förderbedarf und wird daher fortgeführt. Insbesondere Bremen-Nord und der Bremer Westen stehen für uns im Fokus einer sozialen Stadtentwicklungspolitik. Aus diesem Grund wird eine Entwicklungsagentur West eingerichtet, in der bauliche mit sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verknüpft werden können, um die Stadtteile stabilisieren und weiterentwickeln zu können.

Eines der wichtigsten Projekte der nächsten Jahre wird die Innenstadtentwicklung mit dem Schwerpunkt Ansgari-Quartier sein. Momentan dominieren dort vielerorts Leerstand sowie Gebäude und Flächen mit geringer Aufenthaltsqualität. In den vergangenen zwei Jahren wurden die ersten Entscheidungen getroffen, um dort gemeinsam mit privaten Investoren eine Mischung aus Einzelhandel und anderen Nutzungen sowie neuen Wohnungen zu realisieren. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird sich weiter in diesem Prozess engagieren.

Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik in Bremen muss abgestimmt und besser koordiniert werden. Auto, Fahrrad und ÖPNV müssen sich dort gegenseitig ergänzen, wo jedes Verkehrsmittel seine Stärken hat. Aus diesem Grund hat die SPD-Bürgerschafts-

fraktion im Rahmen ihrer Klausurtagung ein ganzheitliches Mobilitätskonzept für Bremen eingefordert. Dieses soll unter der breiten Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen erarbeitet und die Wechselwirkungen der verschiedenen Verkehrsarten untersuchen, um den Anforderungen von Individual- und Wirtschaftsverkehren auch in Zukunft gerecht zu werden.

Der Ausbau des ÖPNV hat auch in den vergangenen zwei Jahren Fortschritte gemacht. Die Regio-S-Bahn hat nun auch Bremen-Nord in ihr Netz integriert, die Verlängerung der Linie 1 bis zum Weserpark ist abgeschlossen und der abschließende Bauabschnitt bis zum Bahnhof Mahndorf wird umgesetzt. Zudem wird nach jahrelanger Planung Falkenberg an das Bremer Straßenbahnnetz angeschlossen.

Beim momentan wichtigsten Bremer Verkehrsprojekt A 281 wurden wichtige Entscheidungen getroffen: Die Planungen zum Bau des Tunnels unter der Weser wurden vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt, so dass nun die Realisierungsphase begonnen werden kann. Der am Runden Tisch unter unserer Beteiligung erarbeitete Kompromiss zur Streckenführung der A 281 im Bremer Süden befindet sich in der Phase der Umsetzung, so dass der Lückenschluss erfolgen kann und gleichzeitig wesentliche Verbesserungen für die Anwohnerinnen und Anwohner erreicht wurden. Die Planungen für die Cherbourger Straße werden vorangetrieben, Bremerhaven soll wieder an das IC-Netz der Bahn angebunden werden.

Sozialpolitik

Auch in den Jahren 2010 und 2011 war die weitere Verbesserung unserer Kindertagesstätten ein wichtiger Arbeitsbereich der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Wir haben in Bremen wichtige politische Programme und Projekte einer sozialen Stadtpolitik auf den Weg gebracht. Einen der Schwerpunkte bildete die Förderung von Kindern: Die Kinderbetreuung wurde trotz Haushaltsnotlage qualitativ und quantitativ ausgebaut. Noch im Jahr 2006/2007 wurden ca. 85 Mio. Euro für die Kinderbetreuung ausgegeben, im Jahr 2010/2011 waren es bereits 115 Mio. Euro. Wir haben die Aufwendungen für die Kinderbetreuung massiv erhöht, so dass auch der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in

Bremen voranschreitet. Im Blick ist dabei immer auch eine sozialräumliche Verteilung der Plätze, die absichert, dass insbesondere dort ausgebaut wird, wo der soziale Bedarf besteht. Bis 2013 wird der Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung (35 Prozent) für unter Dreijährige sichergestellt. In 2010 wurde eine Quote von 23 Prozent erreicht. 2011 kamen nochmals mehr als 400 Plätze hinzu. Im Bereich der Betreuung der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren haben wir uns gegen eine Erhöhung der Gruppengröße ausgesprochen und dies in der Sozialdeputation auch durchgesetzt. Auf Drängen der SPD-Fraktion wurde ebenfalls die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsumfang von sechs Stunden täglich beschlossen.

Wir wissen, dass noch bestehende Integrationsprobleme vor allem aus Bildungsferne und Armut resultieren. Wir haben uns deshalb für eine Verbesserung der Spracherwerbsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund eingesetzt. Die Sprachförderung setzt deshalb schon im Kindergarten ein.

Die Bekämpfung von Armut und einer weiteren sozialen Auseinanderentwicklung unserer Stadtteile ist ein wesentliches Anliegen der rot-grünen Koalition. Ein für große Städte wichtiger Aspekt für die soziale Teilhabe ist die Frage der Mobilität. Das Angebot von reduzierten Tarifen für Menschen mit geringem Einkommen leistet somit einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt. Die rot-grüne Landesregierung hatte deshalb zum 1. Januar 2010 ein ermäßigtes Stadtticket in Bremen eingeführt. Das Stadtticket erhalten Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten und ihren Wohnsitz in Bremen haben. Rund 85.000 Bremerinnen und Bremer sind berechtigt, das Stadtticket zu erwerben. Auf Initiative der SPD-Fraktion konnte das Stadtticket als Angebot auch für die kommenden Jahre abgesichert werden. Gleichzeitig soll geprüft werden, inwieweit eine Verbesserung und Attraktivitätssteigerung des Tickets, etwa durch eine Übertragbarkeit innerhalb der Bedarfsgemeinschaft, möglich ist. Anlässlich der Reformen im Kontext der Hartz IV-Gesetzgebung hat die SPD-Fraktion

dafür gestritten, unbürokratische Leistungen für Kinder und Jugendliche, die von dem Bildungs- und Teilhabepaket profitieren können, umzusetzen. Es wurde eine Bundesinitiative gestartet, um darauf zu dringen, dass eine Kommission zur Reform der Regelleistungsberechnung eingesetzt wird, die die tatsächlichen Bedarfe genau definiert.

Die Zukunft unseres Landes gemeinsam gestalten:
bremenmitzukunft.de

Mit den Seiten bremenmitzukunft.de und bremenmiteinander.de war die Bremer SPD auch im Internetwahlkampf vorne.

Auch in 2010 und 2011 hat sich die SPD engagiert für weitere Verbesserungen im Kinder- und Jugendschutz eingesetzt. Dazu gehört mehr Personal und mehr personelle Nähe zum Kind. Ein kommunales Kinder- und Jugendschutztelefon ist nun rund um die Uhr zu erreichen. Die Verstärkung selbstbestimmter und eigenaktiver Kinder- und Jugendangebote ist ein weiterer Schwerpunkt der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen. Ein wichtiges Instrument in diesem Bereich ist das Anpassungskonzept für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit (APK). Die Finanzierung des Jugendanpassungskonzeptes konnte für 2010 und 2011 sichergestellt werden. So erhält der Etat eine Aufstockung von 200.000 Euro im Jahr 2010 und von 400.000 Euro im Jahr 2011.

Die neue UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfältigkeit aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert. Dieser Anforderung wollen wir

uns stellen, indem wir zur Umsetzung der UN-Konvention im Lande Bremen in enger Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten, dem Behindertenparlament, mit Initiativen von Betroffenen sowie den Leistungserbringern einen Aktionsplan entwickeln.

Die SPD-Fraktion setzt sich für die Auflösung der Sammelunterkünfte von Flüchtlingen in Bremen ein und hat einen entsprechenden Antrag zu einer humanen Flüchtlingspolitik formuliert. Analog zum Leverkusener Modell soll der Senat aufgefordert werden, eine Steuerungsgruppe einzusetzen, die ein Konzept zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften erarbeitet.



SPD-Jahresauftakt 2010: Der Fraktionsvorsitzende hält die Neujahrsrede in der Schwankhalle.

Seniorenpolitik

Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld war die parlamentarische Bearbeitung des „Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes“ (BremWBG). Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass in dem neuen Gesetz neben Heimen auch neue Pflege-Wohnformen in die rechtliche Regelung miteinbezogen werden. So wird der Schutzbedarf von Bewohnerinnen und Bewohnern von Wohngemeinschaften und Service-Wohnen angemessen – ohne unpassende Reglementierungen vorzunehmen – berücksichtigt. Transparenz in der Pflege ist wichtig für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Angehörigen. So schafft das BremWBG die Voraussetzungen dafür, dass die Prüfergebnisse der Heimaufsicht in verständlicher Form veröffent-

licht werden können. Zudem haben wir die Öffnung der Bremer Heime für ehrenamtliches Engagement und für Kooperationen im Stadtteil unterstützt. Hierin drückt sich aus, dass ein Abschieben älterer Menschen in isolierte Einrichtungen nicht mehr zeitgemäß ist.

Gleichstellungspolitik

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der Schutz vor Gewalt gegen Frauen standen im Zentrum der Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Der von der SPD initiierte Bürgerschaftsbeschluss, der den Senat auffordert, in von der öffentlichen Hand beeinflussten Aufsichtsräten einen Frauenanteil von 40 Prozent sicherzustellen, zeigt erste Wirkungen. Die Initiative zur Erprobung anonymisierter Bewerbungsverfahren zielte darauf, die Chancen weiblicher Bewerberinnen insbesondere in Führungspositionen und männerdominierten Bereichen zu verbessern. Darüber hinaus hat sich die SPD dafür eingesetzt, geeignete Maßnahmen gegen das geschlechtertypisch eingeschränkte Berufswahlverhalten junger Frauen und Männer zu ergreifen.

Mit verschiedenen Initiativen hat die SPD-Fraktion Beschlüsse der Bürgerschaft zum besseren Schutz von Zwangsprostituierten und Opfern von Menschenhandel erwirkt. Unter anderem geht es darum, den Aufenthaltsstatus, die Wohnmöglichkeiten und die soziale bzw. finanzielle Situation der Frauen so zu verbessern, dass sie tatsächlich angemessen geschützt werden und als Zeuginnen aussagen können. Darüber hinaus hat die Bürgerschaft den Senat aufgefordert, gewerberechtliche Voraussetzungen zu schaffen und das Steuerrecht so anzuwenden, dass Bordellbetriebe wirksam kontrolliert, Profite tatsächlich abgeschöpft sowie Menschenhandel und Ausbeutung von Prostituierten erfolgreich verfolgt werden.

Gesundheitspolitik

Die SPD-Fraktion sieht die Gesundheitsversorgung als zentralen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und setzt sich politisch seit Jahren für den Erhalt der kommunalen Krankenhäuser ein. Ein ganz wesentlicher Baustein der Zukunftssicherung der kommunalen Kliniken ist die zügige Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Bremen-Mitte, damit sowohl eine hochwertige Medizin angeboten werden kann als auch ent-

sprechende Arbeitsplätze in Bremen gesichert werden. Der Einfluss der öffentlichen Hand muss erhalten bleiben, nur so kann eine medizinisch optimale Versorgung für Patientinnen und Patienten gewährleistet und angemessene Arbeitsbedingungen für Beschäftigte gewährleistet werden. Der Bau eines Mütterzentrums in Bremerhaven wird von der Fraktion unterstützt. Bei der Untersuchung der Verantwortlichkeit für die Hygiene-Probleme und dem Tod von Frühchen auf der neonatologischen Station des Klinikum Bremen-Mitte setzt sich die Bürgerschaftsfraktion engagiert für eine umfassendes und transparentes Vorgehen ein. Zudem haben wir das Landesaktionsprogramm „Krankenhaushygiene“ der Senatorin parlamentarisch unterstützt.

Auf Bundesebene haben wir uns für Personalmindeststandards in der Pflege eingesetzt, um weitere Verschärfungen für Patienten und Beschäftigte abzuwenden. Für die Bremer Häuser ist es wichtig, dass ausreichend Personal zur Patientenversorgung, der Einhaltung der Arbeitnehmerschutzgesetze und zur Einnahmesteigerung vorhanden ist. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützt das Engagement von Ehrenamtlichen unter dem Stichwort „ambulante Versorgungslücken“ und hat sich dafür erfolgreich eingesetzt, den bisher sehr eng gefassten Anspruch auf häusliche Krankenpflege so zu erweitern, dass er im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung oder eine ambulante Operation in Anspruch genommen werden kann, bis sich die Patientinnen und Patienten selbst ausreichend versorgen und ihren Haushalt selbstständig führen können.

Das Bremer Landeskrankenhausgesetz von 2011 hat Vorbildcharakter für andere Bundesländer. Zentrale Punkte sind die Stärkung der Patientenrechte u. a. durch die Etablierung von Patientenfürsprechern in allen Bremer und Bremerhavener Kliniken und hohe Qualitätsanforderungen an die gesundheitliche Versorgung in Bremer Krankenhäusern. Zudem wurde das Verfahren zur Erhaltung von Fördermitteln für Krankenhausinvestitionen durch die Einführung von Investitionspauschalen entbürokratisiert. Die Patientenzuweisung gegen Entgelt wurde verboten und der Krankenhausträger hat nach dem Gesetz Vorkehrungen zur Vermeidung von Korruption zu treffen.

Auch im wichtigen Bereich der ambulanten und stationären Palliativ- und Hospizversorgung im Land Bremen ist die SPD initiativ geworden und fordert ein Konzept für die Weiterentwicklung. Dabei sollen die Kranken- und die Pflegekassen als die entscheidenden Kostenträger sowie die bisher beteiligten Akteure der Hospiz- und Palliativ-Versorgung einbezogen werden.

Umwelt- und Energiepolitik

Die Katastrophe von Fukushima hat auf tragische Weise die Risiken der Atomtechnologie deutlich gemacht und uns gleichzeitig in dem Willen gestärkt, die Energiewende auch in Bremen voranzutreiben. Mit der Sperrung der bremischen Häfen für Atomtransporte konnten wir ein deutliches Signal gegen die weitere Verwendung dieser riskanten Technologie setzen. Im Zuge der Inbetriebnahme des Weserkraftwerks, neuer Windkraftanlagen und mehrerer großer Solaranlagen hat sich der Anteil des regenerativ erzeugten Stroms in Bremen stark erhöht. Das im Bau befindliche Gaskraftwerk in Mittelsbüren ist ein weiterer Baustein hin zu einer umweltfreundlichen und sicheren Energieversorgung. Die bremischen Förderprogramme zur CO₂-Einsparung werden trotz der angespannten Haushaltslage fortgeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Politik in den vergangenen zwei Jahren war der Lärmschutz. So haben wir uns z.B. dafür eingesetzt, die Landgebühren am Bremer Flughafen in der Nachtzeit zu erhöhen, um auch einen finanziellen Anreiz zur Vermeidung von nächtlichem Fluglärm zu schaffen.

In Sachen Bahnlärm hat sich die Bürgerschaft mehrfach für eine Abschaffung des sogenannten „Schienenbonus“ ausgesprochen und eine Aufstockung der Mittel für das Lärmsanierungsprogramm des Bundes gefordert. Die Anbindung der bremischen Häfen und des Jade-Weser-Ports an das Straßen- und Schienennetz in Richtung Süden sind entscheidend für deren Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig belastet der durch den zunehmenden Güterverkehr verursachte Schienenverkehrslärm jedoch immer mehr Menschen. Auf unsere Initiative hin wird nun untersucht, wie alternative Strecken um Bremen herum geschaffen werden

können, um den Bremerinnen und Bremern Entlastung zu verschaffen.

Medien, Datenschutz & Informationsfreiheit

Die Reform des Informationsfreiheitsgesetzes hat die Rechte der Bürgerinnen und Bürger deutlich erweitert. Nun besteht auch Anspruch auf Einsicht in alle Verträge, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an private Unternehmen übertragen, etwa in den Bereichen Abwasser oder Müllabfuhr.

Seit Beginn der Legislaturperiode werden nun auch alle Unterlagen aus den Ausschüssen der Bürgerschaft und der Deputationen im Internet veröffentlicht, damit die Beratungen in den öffentlichen Sitzungen mitverfolgt werden können. Ebenso werden auf Initiative der Bürgerschaftsfraktion die Standorte aller öffentlichen Überwachungskameras auf einer Internetseite dokumentiert. Für die Bürgerinnen und Bürger ist nun nachvollziehbar, wo, wie und weshalb der öffentliche Raum überwacht wird.

Wir haben uns auch in den vergangenen zwei Jahren im Bund und den Ländern für eine Reform des ARD-internen Finanzausgleichs eingesetzt und wollen diese Bemühungen fortführen. Radio Bremen hat proportional die höchsten Einsparungen hinnehmen müssen und darf nicht kaputt gespart werden. Wir wollen den Bürgerrundfunk weiterentwickeln und an die Entwicklungen im Medienbereich anpassen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich unter Beteiligung aller relevanten Akteure mit der Zukunft des Bürgerrundfunks beschäftigt.

Bund und Europa, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Kontakte

Bremen ist Hauptstadt des Fairen Handels 2011! Viele Initiativen und kreative Ideen haben dazu beigetragen, dass sich Bremen gegen 61 andere Kommunen im Wettbewerb durchsetzen konnte. Nicht zuletzt hat die Vorreiterrolle Bremens bei der Verankerung von fairen und sozialen Standards bei der öffentlichen Beschaffung entscheidend hierzu beigetragen. Seit 2011 ist Bremen das erste Bundesland, das die Einhaltung der

ILO-Kernarbeitsnormen beim Einkauf verbindlich festgeschrieben hat. Nachdem bereits seit beinahe zwanzig Jahren vielfältige Kontakte Bremens zu unserer südafrikanischen Partnerstadt Durban bestehen, wurde im vergangenen Jahr die Etablierung einer offiziellen Städtepartnerschaft beschlossen. Damit wird das Verhältnis auf eine neue Stufe gestellt und auch das bürgerschaftliche Engagement in beiden Städten gewürdigt.

Sportpolitik

In den vergangenen Jahren hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion trotz des hohen Konsolidierungsdrucks für verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen für den Sport gesorgt. Neben der allgemeinen Unterstützung der Sportvereine im Rahmen der Sportförderung von ca. zwei Mio. Euro, die wir zur besseren Planungsgrundlage als direkte Haushaltsmittel festgeschrieben haben, treten wir für die verstärkte Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten, Schulen, Senioreneinrichtungen um anderen sozialen Institutionen ein. Damit stärken wir den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Rückhalt des organisierten Sports in Bremen sind die vielen ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Daher haben wir uns für den Erhalt der Übungs- und Organisationsleiterzuschüsse auf dem bisherigen Niveau eingesetzt. Mit der Bereitstellung von 250.000 Euro aus dem extra dafür aufgestockten Impuls-Programm konnten zusätzliche Mittel für Sportvereine zur Förderung insbesondere von Kinder- und Jugendsport bereitgestellt werden.

Für die Instandsetzung und Modernisierung von Vereinsanlagen und städtischen Sportanlagen sind aus dem Gebäudesanierungsprogramm 2010 und 2011 sowie aus dem Konjunkturprogramm II Mittel in Höhe von über fünf Mio. Euro bereitgestellt worden.

Eine Schließung von öffentlichen Bädern konnte vermieden werden, durch die Erhöhung des Zuschusses wird das Strukturdefizit abgebaut. Mit dem vorgelegten „Zukunftskonzept Bremer Bäder“ wird eine finanzielle Gesamtlösung aufgezeigt. Im Rahmen der „Allianz für den Sport“, die u. a. die verstärkte Übernahme von öffentlichen Aufgaben durch den Sport vorsieht, ist es uns gelungen, innerhalb der letzten Jahre 43 Pro-

zent der stadtbremischen Sportflächen in die Bewirtschaftung von Vereinen zu übergeben.

Kulturpolitik

Wie alle anderen Bereiche steht auch der Kulturhaushalt unter anhaltendem Spardruck. Trotz dieser engen Vorgaben wird Bremen weiterhin seiner Funktion als kulturelles Zentrum der Metropolregion gerecht. Mit dem Bremer Theater als größter Kultureinrichtung wurde ein mehrjähriger Vertrag abgeschlossen, der dieses finanziell absichert und wirtschaftlich auf neue Grundlagen stellt.

Die Kunsthalle wurde nach langer Umbauzeit wieder eröffnet und hat mit der Munch-Ausstellung seine Stellung als überregionaler Publikumsmagnet wieder gefestigt. Neben den großen, „klassischen“ Kultureinrichtungen haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren insbesondere

mit der vielseitigen Kreativszene Bremens beschäftigt. Die Musikszene Bremen konnte dauerhaft im alten Zollgebäude in der Überseestadt untergebracht werden und bietet Nachwuchsbands kostengünstige Proberäume. Auch der Stellenwert der Kreativwirtschaft wächst stetig. Zurzeit wird eine ressortübergreifende Strategie erarbeitet, um die Potenziale dieser Branche bestmöglich auszuschöpfen und Impulse für Arbeitsplätze neue, kreative Angebote in der Stadt auszulösen.

Das Kulturticket wurde ebenfalls überarbeitet. Dank eines von Studierenden der HfK neu gestalteten Internetauftritts sowie eines verbesserten Angebots nehmen immer mehr Menschen dieses Angebot in Anspruch. Die vielfältigen kulturellen Angebote Bremens sind für alle da und dürfen nicht eine Frage des Geldbeutels sein.

BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FOREN

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	Seite 57
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	Seite 59
Arbeitsgemeinschaft 60plus (AG 60plus)	Seite 61
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	Seite 63
Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS)	Seite 65
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	Seite 66
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	Seite 67
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	Seite 69
Landesarbeitsgemeinschaft Sport / Sportforum	Seite 71
Ausschuss für internationale Angelegenheiten / Forum Eine Welt	Seite 73
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Land Bremen und der Nordwest-Region	Seite 74

JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD (JUSOS)

Landeskongressen

2010

Unter dem Motto „Zukunft machen wir mit Links! – Sozial, gerecht und solidarisch“ fand im April 2010 die Landeskongress der Jusos mit Vorstandswahlen und Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm statt. Die bisherige Landesvorsitzende Sarah Ryglewski wurde ebenso in ihrem Amt bestätigt, wie die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Marius Loeber (UB Bremen-Stadt) und Lars-Mathias Rebenstorff (UB Bremen-Nord). Neu gewählt wurden Kevin Lenkeit als stellvertretender Landesvorsitzender (UB Bremerhaven), Kristin Dübbelde (UB Bremerhaven), Stefanie Gephard, Larissa Krümpfer, Djubin Pejouhande und Sebastian Vogt (alle Bremen-Stadt).

Inhaltlich wurden unter anderem Anträge zur Reform der Kindergrundsicherung und dem Verbot von Bagatellkündigungen behandelt.

Gäste der Landeskongress waren Andreas Bovenschulte, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Sascha Vogt und der Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion Björn Tschöpe, mit dem wir über die Situation ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl in Bremen diskutierten.

2011

Unter dem Motto „Und sie bewegt sich doch!“ wurde auf der Landeskongress 2011 insbesondere über die Erwartungen der Jusos an die Parteireform diskutiert. Weitere Themen waren die Weiterentwicklung des Stadttickets, die Debatte um die Zivilklausel und die Frage der Verhältnismäßigkeit polizeilicher Mittel. Darüber hinaus wurden die Delegierten für den Juso-Bundeskongress gewählt. Zu Gast war der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte.

Politische Arbeit

Auch 2010–2012 haben wir uns aktiv in die politischen Debatten innerhalb und außerhalb von Partei und Jusos eingebracht. So haben unsere

Anträge zum Stadtticket und zur Zivilklausel über den Landesparteitag und die Fraktion Eingang in die Bürgerschaft gefunden und unser Antrag für eine unabhängige Hochschulfinanzierung ist nach kontroverser Debatte auf dem Juso-Bundeskongress angenommen worden. Mit einem Fragenkatalog an die beiden Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des SPD-Landesvorsitzenden haben wir unseren Mitgliedern außerdem eine inhaltliche Entscheidungshilfe an die Hand gegeben.

Außerhalb der Partei ist vor allem unser Engagement gegen Rechts hervorzuheben. So haben sich viele Jusos an der Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 30. April beteiligt. Außerdem haben wir 2011 aktiv das Bündnis „Dresden Nazi-frei“ unterstützt und werden uns auch in diesem Jahr an den Protesten gegen den dortigen Naziaufmarsch beteiligen.

Bürgerschaftswahlkampf 2011

Im Vorfeld des Bürgerschaftswahlkampfes haben sich die Jusos auch an der Erarbeitung des Regierungsprogramms beteiligt. Auf einem gut besuchten „Jugendforum“ wurde ein Thesenpapier erarbeitet, in dem die Erwartungen junger Menschen an die Politik der SPD formuliert wurden.

Während des Wahlkampfes fanden eine ganze Reihe von Juso-Aktionen statt. Darüber hinaus beteiligten sich die Jusos natürlich auch an den Aktivitäten der Partei und begleiteten Jens Böhrnsen bei seinen Wahlkampfterminen.

Veranstaltungen

Mit unseren jährlichen Verbandswochenenden haben wir ein Bildungsangebot, das für neue Mitglieder aber auch Jusos die schon länger dabei sind interessant ist. Neben einer Einführung in die Arbeitsweise und den Aufbau von SPD und Jusos, gibt es jeweils einen inhaltlichen Schwerpunkt (2010 die Programmgeschichte der SPD und 2011 handlungsfähiger Staat). Darüber hinaus dient das Verbandswochenende zur Arbeitsplanung. So

wurden 2010 in Bad Zwischenahn viele Ideen für den Wahlkampf entwickelt. Beide Verbandswochenenden wurden gut angenommen. Zukünftig wollen wir auch vermehrt Tagesseminare anbieten. Derzeit ist ein Seminar zur Wirtschaftspolitik, gemeinsam mit dem Juso-Forum Hamburg, in der Planung.

Im April wird in Zusammenarbeit mit den Jusos NRW und dem Juso-Bundesverband eine Bildungsreise nach Israel stattfinden.

Als Angebot speziell für Frauen wurde, gemeinsam mit der ASF der Frauen.Salon wiederbelebt. Seitdem haben drei Veranstaltungen zu verschiedenen Themen, wie Frauenbilder in den Medien und Frauen in rechten Strukturen stattgefunden. Besonders danken möchten wir Gesa Wessowski, die nicht nur die Idee hatte den Frauen.Salon neu aufleben zu lassen, sondern auch den Großteil der Arbeit trägt.

Verbandsmagazin MorgenRot

Seit 2011 gibt es unser monatlich erscheinendes Verbandsmagazin MorgenRot, mit dem wir neben aktuellen politischen Themen, auch über alle Aktivitäten der Jusos-Bremen berichten. Das Magazin wird durch die Beteiligung vieler Jusos möglich. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle jedoch der „Chefredaktion“ bestehend aus André Großardt und Martin Weinrich.

Teilstrukturen

Studierende

An der Uni engagieren sich die Jusos weiterhin in der linken Bündnisliste „Asta für alle“, die bei den SR-Wahlen 2010 und 2011 jeweils stärkste Kraft wurde.

Seit 2010 gibt es auch an der Hochschule Bremen eine Juso-Hochschulgruppe, die bei den dortigen Gremienwahlen ebenfalls erfolgreich war.

Schülerinnen und Schüler

Seit 2011 gibt es eine Juso-Schülerinnen und Schüler-Gruppe, die sich regelmäßig trifft und im Juso-Landesvorstand durch eine Schülerinnenbeauftragten/einen Schülerbeauftragten vertreten wird. Neben Juso-Mitgliedern engagieren sich auch Nicht-Mitglieder in der Gruppe.

Sarah Ryglewski

Juso-Landesvorsitzende

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)



Die ASF legte in ihrer Arbeitsperiode 2010 – 2012 den Schwerpunkt auf die Organisation von öffentlichen Veranstaltungen zu kulturellen und politischen Themen. Zusätzlich trat die ASF als Mitveranstalterin bei zahlreichen Events auf bzw. war bei den Terminen der Partnerinnenorganisationen vertreten, wie beispielsweise durch Delegierte in den Bremer Frauenausschuss und im Rahmen des Internationalen Frauentages. Ein gesellschaftlicher Glanzpunkt ist in jedem Jahr das Schafferinnenmahl. Die ASF lädt hierzu jedes Jahr 100 Frauen ein. Planung und Organisation liegen in der Hand vom Arbeitskreis Schafferinnen.

Nach dem Rücktritt der ersten Vorsitzenden Anngret Ahlers in 2010 übernahm zunächst Verena Behrens als ihre Stellvertreterin den Vorsitz. Bei den Neuwahlen in 2011 wurde Verena zur ersten Vorsitzenden gewählt und Astrid Henriksen als Stellvertreterin. Daneben gab es auch innerparteiliche Angebote wie den Lehrgang zum Erstellen und Bearbeiten von Websites. Seit 2011 hat die Landes-ASF eine eigene Website: www.asf.spd-land-bremen.de

Termine und Veranstaltungen

15.04.2010

ASF-Landesdelegiertenkonferenz,
Wahl Landesvorstand

02.06.2010

konstituierende Vorstandssitzung der Landes-ASF

05.06.2010

Teilnahme am Bundeskongress der ASF

07.08.2010

Bremerhavener ASF-Klausur

21.10.2010

Schafferinnenmahl, zu Gast Heidi Merk: „Ehrenamt – Typisch Frau?“

22. – 23.10.2010

Klausurtagung Bad Zwischenahn

13.01.2011

„Psychatriegeschichte hautnah“ – Exkursion ins Krankenhausmuseum Bremen-Ost

06.02.2011

40 Jahre Landes-ASF, Neujahrsempfang

13.03.2011

Die ASF Bremen und die Kandidatinnen der SPD für die Bürgerschaft luden Frauen zur Filmvorführung „WE WANT SEX“ ins Kino Atlantis ein. (Beteiligung an den Aktionen rund um den 100sten Jahrestag des Internationalen Frauentages am 08. März 2011)

25.03.2011

Equal Pay Day in Bremen

06.04.2011

in Bremen, ASF-Landeskonferenz

27.10.2011

zu Gast beim Schafferinnenmahl war Frauenrechtlerin Seyran Ates

05.02.2012

Neujahrsempfang im CITY46

Seit 2010 gibt es die Veranstaltungsreihe Frauen.Salon Bremen. Der Frauen.Salon Bremen greift die Idee des Bremer Juso Frauensalons von 2006 auf und knüpft an die berühmte Salonkultur ab dem späten 16. Jahrhundert an. Damals entstanden in den Wohnzimmern und Häusern berühmter Frauen regelmäßige Orte der Begegnung, der politischen Debatte und der Unterhaltung. Das Konzept des Frauen.Salon Bremen zielt auf die Einrichtung eines niedrigschwiligen Angebotes, um politisch interessierte Frauen an die Inhalte Sozialdemokratischer Politik heranzuführen. Verantwortlich für die Organisation ist Gesa Wessolow-

ski. Bisher stattgefunden haben Vorträge und Diskussionen zu folgenden Themen:

- „Extrem rechte Mädchen und Frauen in Deutschland“ mit Rena Kenzo, Journalistin und Gründerin des Forschungsnetzwerks „Frauen im Rechtsradikalismus“.
- „Klimaschutz und Klimawandel“ mit Dr. Susanne Nawrath, Wissenschaftliche Leiterin des Klimahaus 8° Ost, Bremerhaven.
- „Richtig mächtig in den Medien? Die Darstellung von Männern und Frauen in Führungspositionen“ mit Dr. Kathrin Müller, Universität Lüneburg.
- Lesung und Diskussion „Feminismus – und morgen? Was bleibt? Was nun? Was tun?“ mit Katharina Boerder, Diplom-Psychologin, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende.

Mit eigenen Pressemitteilungen nahm die AsF an der öffentlichen politischen Diskussion teil: „Soziales Klima für Familien mit Kindern retten“, SPD-Frauen fordern verlässliche Planung der Sozialsenatorin zur Hortsituation (15.12.2011). „Mindestlohn – nicht schönreden, sondern auszahlen“ (09.01.2012). „Hilfsangebote für Betroffene von sexueller Gewalt sind unverzichtbar“ (23.01.2012)

Verena Behrens

ASF-Landesvorsitzende

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS (AG 60 PLUS)

Im letzten Vierteljahr 2010 und im ersten Halbjahr 2011 war die Arbeit der AG 60plus/Land so wie die Arbeit in den drei Unterbezirken in der Hauptsache geprägt von Aktivitäten zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011.

Auf der politischen Schiene wurde auch in diesem Zeitraum das Thema „Alterssicherung“ weiter verfolgt. Auch auf Bundesebene wurde das Thema in vier Sitzungen der 60plus-Arbeitsgruppe „Altersarmut“ bearbeitet mit dem Ziel, eigene Vorschläge zur Änderung der Rentengesetzgebung für den Bundesparteitag im Dezember 2011 zu erstellen. Diese fünfköpfige Arbeitsgruppe war in der 60plus-Bundeskofferenz 2009 eingesetzt worden und aus Bremen gehörte ihr Bernd Grottke an. In allen drei Unterbezirken Bremens wurden darüber hinaus soziale Themen (zum Beispiel Pflegeversicherung, Rentensicherung, soziale Stadtentwicklung usw.) behandelt und teilweise durch Anträge an die Parteitage in Bremen untermauert.

Eine ganz wesentliche Rolle spielte auch die Teilnahme von 60plus an der innerparteilichen Meinungsbildung für das SPD-Regierungsprogramm für die Bürgerschaftswahl 2011. Dort konnten wir eine Reihe von für die ältere Generation wichtigen Punkten unterbringen. Nach den Verhandlungen zur Koalitionsvereinbarung mit den Grünen mussten wir leider feststellen, dass einige dieser Punkte auf der Strecke geblieben waren.

Der „Tag der älteren Generation“ Anfang Mai 2010 wurde in den drei Unterbezirken unterschiedlich begangen. In Bremen-Stadt wurde traditionell der 60plus-Infostand neben dem „Haus der Bürgerschaft“ aufgebaut. Dieser wurde von den Jusos tatkräftig unterstützt. Zeitweise war eine Reihe von SPD-Fraktionsmitgliedern zugegen. Auch in Bremen-Nord fanden einige 60plus-Veranstaltungen statt. So war 60plus auch diesmal auf der BreNor vertreten. In Bremerhaven fanden ebenfalls einige 60plus-Veranstaltungen statt, während denen rege Diskussionen über so-

ziale Themen mit Bürgerinnen und Bürgern geführt wurden.

In den 60plus-Unterbezirken war in der zweiten Jahreshälfte 2010 natürlich in den Delegiertenversammlungen die bevorstehende Bürgerschaftswahl das Hauptthema. Verstärkt setzte sich das ab Jahresanfang 2011 fort. Genossinnen und Genossen unserer AG nahmen nicht nur bei 60plus, sondern auch in ihren Ortsvereinen aktiv am Wahlkampf teil. Eine der größeren Aktionen war die Besuchsreihe in Altenwohnheimen in Bremen und in Bremen-Nord. Dafür konnten wir unter anderem Christian Weber, Ulrich Mäurer und Henning Scherf gewinnen.

Ein Höhepunkt unserer Veranstaltungen war der „Tag der älteren Generation“ 2011. Auch diesen stellten wir in den Dienst des Wahlkampfes. Das war am 7. Mai die erste samstägliche Großveranstaltung zur Wahl. Sie fand statt von 11.00 bis 14.00 Uhr auf dem Platz zwischen Rathaus und Dom. Musikalische Untermalung bot der Shantychor Mahndorf. An der Veranstaltung nahmen auch 60plus-Mitglieder aus Bremen-Nord teil. Fast während der ganzen Zeit waren Bürgermeister Jens Böhrnsen und unsere SPD-Senatorinnen und -Senatoren dabei. Es gab viele anregende Diskussionen. Da am Sonnabend ja auch Markttag ist, nahm das Ganze beinahe Volksfestcharakter an.

Der 60plus-Bundeskongress 2011 fand am 31.8. und am 1.9.2011 in Berlin statt. An ihm nahmen aus der LO Bremen Iselin von Ehrenstein, Ekkehard Grimm, Dieter Schulze und Bernd Grottke teil. Im Vorfeld der Berlin-Wahl hat uns Klaus Wowerit begrüßt. Am 2. Kongresstag war Sigmar Gabriel dabei. Er hat eine sehr interessante Rede gehalten und die AG 60plus eine der „aktivsten und wichtigsten“ Arbeitsgemeinschaften genannt. Thematisch hat er versucht, uns über eventuelle Auswirkungen der anstehenden Organisationsreform der SPD auf die Arbeitsgemeinschaften zu beruhigen.

Zum Leitantrag der Konferenz wurde das Ergebnis der Arbeit der Arbeitsgruppe „Altersarmut“ und weiterer regionaler Aktivitäten genommen. Mit wenigen Änderungen wurde er einstimmig in Richtung Bundesparteitag beschlossen

Für die Vorstandsneuwahlen kandidierte die langjährige Bundesvorsitzende Erika Drecolli aus Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr. Gewählt wurde mit großer Stimmmehrheit Angelika Graf aus Bayern.

Die Wahl von Bernd Grottko zum Beisitzer scheiterte trotz Unterstützung aus einigen Bundesländern und einer relativ guten Stimmzahl.

Fazit: Die vergangenen zwei Jahre waren für 60plus arbeitsmäßig wieder sehr ausgefüllt. Wir

hatten einige Erfolge, aber auch einige Misserfolge bzw. Rückschläge. Bei einer Sache fällt es uns besonders schwer, Verständnis aufzubringen. Zum Bundesparteitag am 4. und 5. Dezember: Der Leitantrag der 60plus-Bunderkonferenz zum Thema „Alterssicherung“ findet sich im Ergebnis des Bundesparteitages nur in Spurenelementen wieder. An eine wirklich effektive und nachhaltige Weiterentwicklung der Alterssicherung ist aus unserer Sicht überhaupt nicht gedacht, auch wenn das Thema bereits seit längerer Zeit nicht nur bei 60plus sondern in vielen Landesverbänden und Ortsvereinen diskutiert wird.

Bernd Grottko

AG 60 plus-Landesvorsitzender

BERICHT DER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AFA)



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen gehört zu den großen Arbeitsgemeinschaften in der SPD. Sie versteht sich als Mittler zwischen der Partei und den gewerkschaftlich orientierten Mitgliedern der SPD. Die greift deren Themen auf und bringt sich damit in das Parteileben ein.

Der Landesvorstand der AfA setzte sich in der Wahlperiode 2010/2011 aus den folgenden Genossinnen und Genossen zusammen: Manfred Axmann, Ingrid Eichhorst (Bremerhaven), Jutta Riegert, Brigitte Dettmer (Bremen-Nord), Marcus Bendig, Hartmut Krenzer, Inge Briggs, Holger Briggs (Bremen) und Wolfgang Jägers. Dazu kommen noch ständige Gäste, wie z.B. Peter Nowack vom Landesvorstand.

Der Vorstand trifft sich ca. zehn Mal im Jahr. Im Vorstand wird berichtet aus der Arbeit der Unterbezirke der Fraktionen (Bürgerschaft, Stadtverordnetenversammlung), der Arbeit des AfA Bundesvorstands und den Deputationen. Die Arbeit wird koordiniert, Veranstaltungen und Betriebsbesuche, wie zum Beispiel bei den Bremer Stahlwerken, werden organisiert. Anträge an die Landesorganisationen oder die Bundespartei, werden beraten und eingebracht. So hat die AfA zum Beispiel fünf Anträge in die letzte AfA-Bundeskonferenz eingebracht, die dort auch beschlossen wurden.

Die Betreuung der Betriebe ist uns wichtig. Es hat diverse Gespräche mit Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern gegeben, wir versuchen zu unterstützen. In den Bremischen Häfen wurde sehr erfolgreich eine Betriebsgruppe gegründet, die aktiv arbeitet. So konnten wir in den Bremischen Häfen 180 neue Mitglieder für unsere Partei gewinnen. Es finden regelmäßige Gespräche mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen statt. Die AfA findet hier im kritischen Dialog immer ein offenes Ohr bei unserem Senator M. Günthner. Themen, wie „Ansiedlung der Windkraft – Arbeitsbedingungen verbessern“, „Gute Arbeit fördern“, „Flughafen Bremen“ etc. wurden behandelt.

Wir haben auch einen guten Kontakt zum SPD Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte, mit guter Zusammenarbeit und gegenseitiger Beratung. Beiden danken wir für die Zusammenarbeit, ebenso wie unseren Parteisekretären Tim Cordßen und Roland Pahl.

Ein Themenschwerpunkt unserer Arbeit ist nach wie vor das Thema „Rente mit 67“. Die Rente mit 67 gehört ausgesetzt. Es gibt nicht genug Arbeitsplätze für Ältere und deshalb wirkt die Rente mit 67 als Rentenkürzung. Altersarmut entsteht, bestehende beziehungsweise drohende Altersarmut wird verschärft.

Die AfA war mit ihrer Forderung „Sicherung des Lebensstandards im Alter vor Beitragsstabilität“ auf dem letzten Bundesparteitag mehrheitsfähig. Deshalb muss sich diese Position durchsetzen.

Die AfA Bremen beteiligt sich an den zwei Mal im Jahr stattfindenden AfA Regionalkonferenzen der AfA Bundesvorstandsmitglieder aus dem Norden. So konnten wir in Bremen eine Konferenz durchführen. Die 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Norden Deutschlands, führten eine rege Diskussion zu aktuellen Themen. Gleichzeitig wurde unser Bürgerschaftswahlkampf unterstützt. An unserem Wahl- und Regierungsprogramm haben wir mitgearbeitet. Die AfA hat den Teil „Gute Arbeit“ eingebracht. Wir konnten unsere Positionen durchsetzen und sind nun bei der Umsetzung gefordert.

Die Bürgerschafts- und Stadtverordnetenwahlen waren nicht nur für uns erfolgreich. Es hat sich besonders in Bremerhaven gezeigt, dass eine starke AfA Wähler binden und dazu gewinnen kann. Die Aktivitäten der AfA haben dazu geführt, dass die Verluste in Bremerhaven nicht stärker ausgefallen sind. Die AfA hat zwei ihrer Mitstreiter in die Stadtverordnetenversammlung bringen können: Uwe Schmidt und Torsten von Haaren. In die Bremische Bürgerschaft wurde Wolfgang Jägers wiedergewählt.

Wir haben in vielen Betrieben und Verwaltungen Vertrauensleute bzw. Betriebsgruppen:

Bremerhaven:	Energie-Verkehr-Bäder	M. Axmann
	Betriebsgruppe Häfen	U. Schmidt
	Branchengruppe Bauwirtschaft	R. Thiel, M. Burauen
	AWO	J. Stratmann
	Schulen	S. Welters
	Bremenports	F. Henseleit
	Post	D. Burdorf
	Bahn	H. Störmer
Bremen-Nord:	Klinikum Bremen-Nord	W. Sulimma
	AWO	J. Riegert, K. Brinkmann
	Wir Vulkanesen	B. Dettmer
	Ortsamt Blumenthal	P. Nowack
	Schlecker	A. Treptow
Bremen:	Stahlwerke ArcelorMittal	M. Bendig
	Gewerkschaftshaus	A. Düring
	Branchengruppe Bauwirtschaft	W. Jägers
	BSAG	U. Besing, A. Caragiuli
	GEWOBA	M. Bullermann, N. Gülbas
	Flughafen Bremen	I. Briggs, H. Briggs
	Bahn	H. Sommer
	BfW	D. Burgdorf
	GeNo	T. Hollnagel
	HKK	P. Kruse
	Airbus	B. Rosenbaum
	GPR Bremen	I. Menssen

Die Aufzählung ist nicht abschließend.

Die vor uns stehenden Herausforderungen nehmen wir gerne an. Die Partei kann sich auf ihre AfA, als kritischer und konstruktiver Begleiter, verlassen.

Wolfgang Jägers

AfA-Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTSTÄNDIGE IN DER SPD (AGS)

Nachdem der Landesvorsitzende Manfred Oppermann seinen Rücktritt sowohl als Vorsitzender als auch aus dem Vorstand wegen seiner übermäßigen zeitlichen Belastung als Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und des anstehenden Bürgerschaftswahlkampfes erklärte, wurde eine Neuwahl in der laufenden Wahlperiode erforderlich. Am 24. November 2010 wurde Peter Zerfowski, bisher einer der stellvertretenden Vorsitzenden, zum neuen Landesvorsitzenden gewählt; hinzu trat Helmut Kückens als Beisitzer.

Geprägt war die Arbeit der AGS vorrangig durch den Bürgerschaftswahlkampf. Hierzu führte die AGS mehrere öffentliche Veranstaltungen durch, die sich sämtlich durch eine gute Beteiligung insbesondere von Nicht-SPD-Mitgliedern auszeichneten:

- Schausteller-Frühschoppen anlässlich der Osterwiese 2011 mit Max Lies, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion
- Diskussionsveranstaltung „Airport Bremen als Wirtschaftsfaktor für die Metropolregion Oldenburg-Bremen“ gemeinsam mit den AGS-Genossen aus Oldenburg
- Besuch des Fraunhofer-Instituts zum Thema Elektromobilität
- Diskussionsveranstaltung „Elektromobilität – Zukunftschancen für Bremen“ mit Senator Martin Günthner, Dr. Iris Spieß, MdBB, und Jan Cassalette
- Diskussionsveranstaltung „Mittelstandsfinanzierung in der Wirtschaftskrise“ mit Dr. Carsten Sieling, MdB und Ingo Breitenborn, Bremer Landesbank

Zudem brachten sich Vorstandsmitglieder der AGS in die Arbeitsgruppen zur Erstellung des Regierungsprogramms ein, insbesondere zu den

Themenbereichen „Wirtschaft“ und „Häfen“. In einigen Stadtteilen ist es auch gelungen, in und mit den Ortsvereinen im Straßenwahlkampf deutlich zu machen, dass Selbstständige und Unternehmer ihre Heimat in der SPD haben. Im Ergebnis ist die AGS stolz auf ihre deutliche Präsenz in unserer Bürgerschaftsfraktion!

Ferner veranstaltete die AGS Bremen anlässlich der SAIL 2010 ein „AGS-SAIL-get-together“ in der smiledesigner-lounge im Atlantic Sail City, das einen prominenten Gedankenaustausch ermöglichte u. a. mit den Landesvorsitzenden der SPD Bremen und Niedersachsen, Andreas Bovenschulte und Olaf Lies, dem AGS-Bundesvorsitzenden Sven Kaerkes, dem AGS-Bezirksvorsitzenden Weser-Ems, Christoph Sahm, sowie etlichen Selbstständigen und Unternehmern aus Stadt, Land und Region.

Mit dem tradierten Schausteller-Frühschoppen anlässlich des Freimarktes 2011 stellte sich die AGS in vorderster Front der im x-ten Jahr leidig anhaltenden Debatte um die Elektrosanierung der Bürgerweide, wie auch der berechtigten Mindestlohnforderung mit Sükrü Senkal, unserem innenpolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion, als Referenten.

In der laufenden Legislatur wird die AGS einen Fokus legen auf die Bildung und Re-Aktivierung von parteilichen und überparteilichen Netzwerken sowie Zielgruppen-Gespräche einrichten.

Der AGS-Vorstand tagt parteiöffentlich im achtwöchigen Rhythmus.

Peter Zerfowski
AGS-Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMOKRATINEN UND SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

Die Sicherstellung der qualifizierten Gesundheitsversorgung der Bürger ist eine zentrale politische Aufgabe, die aber immer schwerer wird, besonders durch die verfehlte Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Wichtige Themen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) waren in den monatlichen Sitzungen der Jahre 2010/2011 daher auch Themen, die durch die sozial gefährliche, unsolidarische Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb entstanden sind. Kritisch besprochen wurden u.a. Themen wie: Kritik der unsolidarischen Kopfpauschale, Vorteile der Bürgerversicherung, Ablehnung der Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung, fehlende Patientenrechte, ungeeignete Vorschläge zur Krankenhausfinanzierung und zur Pflegeversicherung. Die ASG hat sich sehr intensiv mit der „Bürgerversicherung“ beschäftigt und für den SPD Bundesparteitag dazu auch einen Antrag beschlossen, der aber nicht behandelt werden konnte.

Natürlich standen vielfältige Fragen der Gesundheits- und Krankenhauspolitik im Land Bremen sehr oft im Mittelpunkt der ASG Analysen. Vor allem die wachsenden finanziellen und personellen Schwierigkeiten der Krankenhäuser, besonders die der vier GeNo-Krankenhäuser bestimmten häufig die Tagesordnungen. Arbeitsschwerpunkte waren auch Themen wie: Zukunft der Krankenhausversorgung in Bremen/Bremerhaven; Einheitsbetrieb und Zentralisierung in der GeNo; Beziehungen und Schwierigkeiten zwischen stationärer und ambulanter Versorgung; Wie geht es weiter mit der „Psychiatriereform“ in Bremen? Als Antwort dazu hat die ASG einen „Psychiatrie-Aktionsplan“ beschlossen. Behandelt wurden besonders die wachsenden Probleme der Pflege-Berufe und der zukünftige Fachkräf-

temangel. Zusammen mit Pflegeorganisationen hat die ASG zwei gut besuchte öffentliche Veranstaltungen zu Problemen der Pflege mit durchgeführt. Kritisch begleitet worden ist auch das neue „Krankenhausgesetz (BremKrhG)“. Die ASG hat sich mit zwei Veranstaltungen zur Gesundheitspolitik am Bürgerschaftswahlkampf beteiligt, zusammen mit Uwe Beckmeyer in Bremen und in Bremen Nord mit Carola Reimann (MdB) und Andreas Bovenschulte.

Wichtige gesundheitspolitische Themen, die die ASG auch beschäftigt haben:

Intensivierung von gesundheitspolitischen Vorgaben zur Verbesserung der Versorgungsqualität von Patienten und Sicherung der Eigenständigkeit der Krankenhäuser. Die Umsetzung von „Personalstandards zur Sicherung der Personalausstattung und der Versorgungsqualität in Krankenhäusern“, die weiter ganz wichtig ist. Die Bremer Studie: „Lärm und soziale Bedingungen als Determinanten für Krankheit in Bremen, Kritik der Entwürfe zum „Versorgungsgesetz“. Stärkung der Rechte von Patienten. ALKOHOL-WERBEVERBOT im sportlichen Umfeld – BREMER INITIATIVE. Erhalt der solidarischen und paritätisch finanzierten Gesundheitsversorgung, die für alle Bürgerinnen und Bürgern eine gute medizinische Versorgung bereitstellt und dauerhaft gesichert bleiben muss. Dieses Thema und vor allem eine erfolgreiche Fortentwicklung und Veränderungen bei den kommunalen Kliniken der Stadt Bremen sowie die Sicherung der qualifizierten Patientenversorgung im Land Bremen bleiben auch in der Zukunft ganz wichtige Themen der ASG.

Wilfried Bolles
ASG-Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG IN DER SPD (AFB)

Grundsätzliches zur Bildungspolitischen Situation

Mit Beginn der Rot-Grünen Koalition hat sich die bildungspolitische Arbeit in unserem Bundesland deutlich verändert. Während die AFB zur Zeit der großen Koalition lediglich versuchen konnten, Fehlentwicklungen zu verhindern, ist in der neuen Koalition eine größere Gemeinsamkeit in den bildungspolitischen Zielen zu erkennen. Differenzen gab es eher in Randbereichen (zum Beispiel Genehmigung von Privatschulen) und konnten in der Regel in der Koalition geklärt werden.

Schwerpunktt Themen:

1. Schulform

Die Forderung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD war schon seit langem die „Schule für Alle“, die in Deutschland „Gesamtschule“ heißt. Ob sie mancherorts Gemeinschaftsschule oder auch Oberschule genannt wird, ist inhaltlich belanglos. In Bremen ist in der letzten Legislaturperiode ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden, indem der Anteil der integrierten Schulen wesentlich erhöht wurde. Diese Arbeit wurde in der Gesamtpartei geleistet und im „Schulkompromiss“ abgesichert. Dabei sind alle Schulen mit Ausnahme von acht Gymnasien zu integrierten Schulen gemacht worden, die zu allen Abschlüssen führen. In Bremerhaven gibt es entsprechend nun nur noch ein Gymnasium. Diskussionen ergaben sich im Wesentlichen zu Einzelentscheidungen und zu Standortentwicklungen.

2. Ganztagschule

Die von Sozialdemokraten eingeforderte Ganztagschule als Regelfall in Primarstufe und SI ist in Bremen durch die Einrichtung weiterer Standorte voran gebracht worden. Letztlich wegen der Haushaltsenge gibt es immer wieder kritische Fragen zur Ausstattung und zur inhaltlichen Gestaltung.

Einzelne Schritte auf dem Weg zur Ganztagschule für Alle sind auch immer wieder strittig. Die „Halbtagschule Plus“ (offene Ganztagschule) wird von uns als Schritt zu diesem Ziel hin verstanden, der allerdings durch die Wahlmöglichkeiten der Eltern unter Umständen auch unerwünschte Selektionseffekte schon in der Grundschule fördern kann. So stellt die Frage der Schulanwahl beim Nebeneinander verschiedener Betreuungsformen ein Problem dar. Viele Regelungen zum Personal, zur Beteiligung der Schulvereine als Träger und anderes mehr sind problematisch. Sie scheinen der schwierigen Haushaltssituation geschuldet.

3. Inklusion

Die unerwartet zügige Einführung der Inklusion in der Sekundarstufe I hat den Bildungsbereich vor sehr große Herausforderungen gestellt. Dabei ist die Inklusion politisch weitgehend unumstritten. Die organisatorischen Rahmenbedingungen (Rebuz, ZuP) sind geschaffen worden und Lehrerfortbildungen sind vorhanden. Die nun eingetretene Beschleunigung (100-prozentige Inklusion) reizt die schulischen Möglichkeiten aber aus. Vor allem die notwendigen Ressourcen scheinen jetzt in der näheren Zukunft der wesentliche Diskussionspunkt zu sein. Die Kürzung der Stundenzuweisungen für die gymnasialen Oberstufen entstanden letztlich aus der Not, die Inklusion angemessen auszustatten, waren vielleicht vertretbar, kamen aber zu einem nicht vermittelbaren Zeitpunkt.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung hat eine aus ihrer Sicht gute sozialdemokratische Bildungspolitik begleitet. Der Kontakt zu den Bildungsdeputierten funktionierte über die regelmäßige Teilnahme des AFB-Vorsitzenden in Fraktionsvorbereitungen. Die AFB hat ihren Gaststatus im Landesvorstand in der Regel wahrnehmen können. Der Kontakt zur politischen Ressortführung war ohne Probleme.

Die Primarstufe und der tertiäre Bereich des Bildungswesens wurden von der AfB nur selten und eher am Rande berührt. Hier war das Hauptproblem eine fehlende personelle Vernetzung.

In den Mitgliederversammlungen und den öffentlichen Vorstandssitzungen wurden im Jahr 2011 hauptsächlich die Themen Inklusion und Situation der Oberschulen diskutiert.

Die AfB war in der Öffentlichkeit praktisch nicht präsent. Ursache waren nach wie vor personelle Probleme (kein Nachwuchs, zu viele Aktivitäten auf zu wenige Personen verteilt). Kritisch ist anzumerken, dass die Beteiligung Bremerhavens an der Arbeit des Landesverbandes weiterhin zu schlecht organisiert war. Zwar gab es einen Bremerhavener Vertreter im Vorstand, zu gemeinsamen Veranstaltungen für beide Städte kam es aber auch in den vergangenen zwei Jahren nicht.

Einige Probleme werden verschärft auf uns zu kommen:

Die Schuldenbremse wird zu weiteren Verteilungskonflikten führen. Das Kooperationsverbot in Sachen Bildung zwischen Bund und Ländern ist ein schwerwiegender struktureller Fehler. Es

macht vielleicht eine umfassende Inklusion, aber sehr wahrscheinlich einen verbindlichen Ganztags für alle Schüler im Bundesland Bremen unmöglich. Die Lebensbedingungen in verschiedenen Stadtteilen sind in den letzten Jahren immer unterschiedlicher geworden und die Entsolidarisierung der Gesellschaft ist immer weiter vorangeschritten.

Eine sozial gerechte und gut funktionierende Bildungspolitik ist zur reinen Finanzfrage geworden. Das bedrängt, macht aber die Ziele der Auseinandersetzungen klar. Für Sozialdemokraten ist Bildungspolitik Kern der sozialen und demokratischen Gesellschaftsentwicklung und sie beginnt bei der materiellen Ausstattung der Einrichtungen, die unsere Kinder betreuen und unterrichten.

Die AfB lädt bildungspolitisch interessierte Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit herzlich ein.

Norbert Rüppell
AfB-Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN (ASJ)



Auf der Jahreshauptversammlung am 16. März 2010 wurde der Vorstand neu gewählt.

Er besteht seither aus folgenden Genossinnen und Genossen:

Landesvorsitzender:

Dr. Klaus-Dieter Schromek

Stellv. Landesvorsitzender:

Dr. Andreas Mackeben

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Leyla Acar

Dr. Jochen Bachmann

Lutz Bäcker

Tim Brinkmann

Michael Böhre

Anja Dillenburger

Markus Fabian

Nicole Gronemeyer

Wolfgang Grotheer

Tanja Kühn

Brigitte Melinkat

Dr. Alexander Pallas

Dr. Claudia Schilling

Anneke Schmitt-Wenkebach

Dr. Timo Utermark

Im Jahre 2010 lag ein Schwerpunkt unserer Arbeit in dem Bemühen, das Instrument des Widerspruchs im Verwaltungsverfahren zu erhalten. Die ASJ-Bundeskonferenz hatte sich bereits 2004 nachdrücklich für einen Erhalt des Widerspruchsverfahrens ausgesprochen. Der Landesparteitag hatte unserem entsprechenden Antrag ebenfalls mit großer Mehrheit zugestimmt. Dennoch gab es in Bremen immer wieder Versuche, dieses Verfahren aus Kostengründen abzuschaffen. Das Widerspruchsverfahren ist besonders bürgerfreundlich, denn es eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern eine kostengünstige Beschwerdemöglichkeit gegen Entscheidungen der Verwaltung ohne den Weg zu den Gerichten beschreiten zu müssen. Die Abschaffung des Widerspruchsver-

fahrens bedeutet deshalb einen deutlichen Verlust an Rechtsschutz gerade für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich teure Anwälte und Gerichtsverfahren nicht leisten können. Mit großem Einsatz ist es uns 2010 gelungen, das Widerspruchsverfahren in Bremen weitestgehend zu erhalten. Wir werden auch in Zukunft nachdrücklich dafür eintreten.

Im Wahljahr 2011 haben wir uns für einen Erhalt der Deputationen ausgesprochen und die Wiedereinführung einer Deputation auch für den Justizbereich gefordert. Deputationen ermöglichen eine Stärkung der Bürgerbeteiligung und einen größeren Einfluss des Parlaments auf die Verwaltung. Leider ist es in den Koalitionsverhandlungen nicht gelungen, unsere Forderung nach einer Justizdeputation durchzusetzen. Die Fraktion hat danach eine Reform des Richterwahlausschusses auf den Weg gebracht, die wir nachdrücklich unterstützen. Dieser Ausschuss entscheidet gegenwärtig nur über die Frage, ob eine Richterin oder ein Richter auf Lebenszeit berufen werden soll. Die Entscheidungen über die Einstellung und die Beförderung von Richterinnen und Richtern liegen allein in den Händen des Justizsenators. Das war schon in Preußen vor 130 Jahren so. Der preußische Justizminister Leonhardt hat die daraus resultierende Schwächung der richterlichen Unabhängigkeit mit dem berühmten Satz entlarvt: „Solange ich über die Beförderungen bestimme, bin ich gern bereit, den Richtern ihre sogenannte Unabhängigkeit zu konzessionieren“. Wir freuen uns sehr, dass sich die Fraktion auf den Weg gemacht hat, dieses Stück Preußen auch in Bremen Geschichte werden zu lassen und endlich ein modernes Richtergesetz zu schaffen, wie es zahlreiche Bundesländer in den letzten Jahren vorgemacht haben.

Mit großer Sorge erfüllen uns die Einsparvorgaben aus dem Koalitionsvertrag für das im Bereich Justiz und Inneres eingesetzte Personal. Schon jetzt sind Justiz, Polizei und auch das Stadtamt kaum mehr in der Lage, ihren vielfältigen Auf-

gaben nachzukommen. Die Belastung unserer beiden Städte durch Kriminalität ist enorm und in vielen Bereichen bundesweit Spitze. Aktuell stehen die traurigen Spitzenwerte bei den Einbruchs- und den Raubtaten im öffentlichen Fokus. Auch in allen anderen Bereichen von Kriminalität sieht es nicht viel besser aus. Gerade den älteren Menschen in unseren Städten macht das Angst. Bei einem solchen Befund Personal in den Bereichen abzubauen, die Kriminalität bekämpfen müssen, halten wir für den falschen Weg. Seit Jahren treten wir deshalb immer wieder nachdrücklich dafür ein, diese Bereiche von Personaleinsparungen auszunehmen.

Im Rahmen unserer monatlich stattfindenden erweiterten Vorstandssitzungen haben wir uns mit zahlreichen weiteren Themen befasst. Die Senatoren Ulrich Mäurer und Martin Günthner und auch die Staatsräte Matthias Stauch und Karen Buse sind wiederholt unseren Einladungen

gefolgt und mit uns in einen offenen und vertrauensvollen Austausch getreten. Wir begrüßen das sehr und hoffen, die intensiven und manchmal auch kontroversen Gespräche mit Ihnen fortführen zu können.

Unsere Vorstandssitzungen stehen allen Interessierten offen, worauf wir immer wieder hinweisen. Als besonders erfreulich beobachten wir nun schon seit vielen Jahren, dass sich unsere Treffen zu einer beliebten Plattform der rechtspolitischen Diskussion in unserer Partei entwickelt haben. Junge und auch ältere Genossen und Genossinnen aus dem gesamten Spektrum der juristischen Berufe finden den Weg zu uns und fühlen sich bei uns wohl.

Dr. Klaus-Dieter Schromek
ASJ-Landesvorsitzender

LANDESGEMEINSCHAFT SPORT (LAG SPORT)/ SPORTFORUM

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere Pakt sie kräftig an und handelt.“

(Dante Alighieri)

Die Landesarbeitsgemeinschaft Sport (LAG Sport) hat gehandelt und sich intensiv für die Belange des Sports und Schulsports eingesetzt. Es wurde die Funktion als Schnittstelle zwischen Sport und Politik durch zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Sports und weiteren Veranstaltungen genutzt. Damit ist sichergestellt, dass die Interessen des Sports und des Schulsports auch im politischen Tagesgeschäft gewahrt bleiben. Sport und Schulsport haben enorme Bedeutung für unsere Gesellschaft.

Wichtige Themen waren:

- die Neugestaltung des Glücksspielstaatsvertrages und damit verbunden die Frage nach der Sicherung der finanziellen Grundlagen des Sports in Bremen und Bremerhaven,
- der Kampf gegen Doping und Korruption,
- das erweiterte Führungszeugnis für Sportvereine,
- Alkoholverbot im sportlichen Umfeld,
- die 3. Sportstunde im Grundschulbereich und der Berufsschulsport,
- Finanzierung der Bremer Bäder und die Situation des Uni-Bades und anderes

Die LAG hat sich eingesetzt:

- für die Modernisierung der kommunalen und vereinseigenen Sportinfrastruktur,
- für die Sicherung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement im Sport,
- für die Erweiterung der Integrationsarbeit, wie diese u. a. auf dem 32. Sportforum der LAG Sport mit dem Gastredner, Prof. Dr. G.A. Pilz (Universität Hannover), diskutiert wurde,
- für die Förderung der Bildungsarbeit des LSB und des BTV,
- für die Existenz des Instituts für Sportwissenschaft und -pädagogik und
- für den Erhalt der Übungsleiterpauschale

Sport verbindet, Sport integriert und bringt viele Menschen zusammen: Jung und Alt, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderungen, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrer religiösen und politischen Orientierung. Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen ist es unabdingbar, Handlungsspielräume immer wieder auszuloten, um die Sportentwicklung den Erfordernissen einer modernen und demografischen Stadtentwicklung anzupassen. Insbesondere treten wir für Kinder und behinderte Bürgerinnen und Bürger ein, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe an Bewegung, Spiel und Sport im Sportverein zu ermöglichen.

Der Präsident des Landessportbundes Berlin, Senator a. D. Klaus Böger war unser Gastredner beim 33. Sportforum: „Kommunale Sportpolitik vor neuen Herausforderungen und Chancen“. Auf diesem Sportforum, das durch den Landesvorsitzenden, Andreas Bovenschulte, eröffnet wurde, diskutierten neben dem Referenten, Sportsenator Ulrich Mäurer, LSB Präsident Peter Zenner und der sportpolitischen Sprecherin Petra Krümpfer zahlreiche Vereinsvertreterinnen und Vereinsvertreter. Viele Anregungen konnten für die Sportvereine und die Politik mitgenommen werden.

Aber auch in den Gesprächen mit Vereinsvertreterinnen und Vereinsvertreter „vor Ort“ konnten wir wichtige Erkenntnisse gewinnen. Trotz reduzierter öffentlicher Mittel ist es einigen Vereinen gelungen, mit eigenen Mitteln und Spenden zur Verbesserung der Sportangebote beizutragen.

Beispiele sind:

- Die Erweiterungsbauten bei der SG Marßel,
- der Ausbau der Angebote für Senioren bei TURA,
- der Umbau zum Sporthaus Kornstr. durch den ATS Buntentor,
- die Kooperation einiger Sportvereine und -anbieter u. a. zum Sportpark Schwachhausen und der weitere Ausbau des Sportparks Grambke.

Dies sind eindeutige Zeichen von Sportvereinen, die Zukunft mit gestalten zu wollen. Damit ergeben sich Grundlagen für Kooperationen mit Kindergärten, Schulen oder anderen sozialen Einrichtungen.

Natürlich können viele Sportvereine nicht das umsetzen, was an sozialen Leistungen durch Werder Bremen möglich ist. Der viel beachtete Beitrag von Klaus-Dieter Fischer (Präsident und Geschäftsführer von Werder Bremen) im Rahmen eines Fachgesprächs der LAG Sport verdeutlichte, dass es bei der Umsetzung verschiedener Projekte neben der finanziellen Absicherung vor allem aber des Engagements der Beteiligten bedarf, um Projekte wie z.B. „Gemeinsam gegen Armut und Ausgrenzung von Kindern“ umzusetzen. Auch kleinere Sportvereine zeigen sehr viel soziales Engagement und unterstreichen damit die besondere Bedeutung des Sports in unserer Gesellschaft.

Viele Aktivitäten können der Homepage der LAG Sport unter (www.lagsport-bremen.de) entnommen werden. Inzwischen gibt es mehr als 43.000 Besucher.

Die LAG Sport hofft, auch zukünftig in guter Zusammenarbeit mit dem Sportressort, der Fraktion, dem Landessportbund und den Sportvereinen, der Landesorganisation und den Unterbezirken, den AGs Sport Stadt und Nord, zur modernen Weiterentwicklung des Sports und Schulsports beitragen zu können und wird sich weiterhin bemühen, auch die Bremerhavener mit ins Boot zu holen. Im Interesse der Humanisierung unserer Gesellschaft sind Sport und Schulsport auch in Zukunft unverzichtbar.

Fred Brauweiler

Vorsitzender Landesarbeitsgemeinschaft Sport/
Sportforum

AUSSCHUSS FÜR INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN FORUM EINE WELT BREMEN



Der Ausschuss für Internationale Angelegenheiten (AIA) ist ein Arbeitsgremium, das internationale Themen zu drängenden außenpolitischen Fragen erarbeitet und befördert. Er existiert bereits seit 1972. Ziel des Ausschusses ist es, inhaltliche Diskussionen und internationale Themen aus der globalisierten Welt in die Gliederungen der Partei und an die Basis zu bringen. Hierfür haben wir das umfangreiche Wissen und die vielfältigen Erfahrungen der zahlreichen Mitglieder des AIA genutzt, aber auch externe Vertreter zu den Sitzungen eingeladen.

Das Forum soll die Möglichkeit bieten, internationaler Politik und dem damit verbundenen Diskurs einen Raum in Bremen zu bieten. Wir möchten daher engagierten und interessierten Einzelpersonen wie auch Nicht-Regierungs-Organisationen die Möglichkeit geben, sich mit uns gemeinsam für die zentralen sozialdemokratischen politischen Ziele wie die Schaffung sozialer Gerechtigkeit, die Bekämpfung globaler Armut, die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung sowie einer aktiven Friedenspolitik einzusetzen. Die globalisierte Welt kann als Überschrift über die zahlreichen Diskussionen, Referate und Anträge gesetzt werden, die in den letzten zwei Jahren in unseren Sitzungen behandelt oder beschlossen wurden.

Wir befassten uns mit den aktuellen Entwicklungen in der West-Sahara und konnten den Landesvorstand überzeugen einen Beschluss „Für eine dauerhafte Lösung des Konflikts um Westsahara“ zu fassen. Anlässlich der Bundesdelegiertenkonferenz der SGK in Bremen haben wir eine Veranstaltung mit Herbert Schmalstieg, Bärbel Dieckmann und Gabriele Groneberg zum Thema „Kommunale Entwicklungspolitik“ durchgeführt.

Es fand ein regelmäßiger Austausch mit Ulrike Hiller von der SPD-Bürgerschaftsfraktion über die jeweiligen Arbeitsvorhaben und Planungen statt. Die Zusammenarbeit wird auch über diesen Berichtszeitraum hinaus weitergeführt werden.

Der Krieg in Afghanistan hat uns veranlasst, bereits Ende 2008 eine Entschliebung zum militärischen Engagement Deutschlands in Afghanistan abzustimmen. Auf dem Landesparteitag 2010 in Bremerhaven wurde auf Initiative des Ausschusses ein gemeinsamer Antrag „Keine weiteren Verlängerungen oder Ausweitungen des militärischen Mandats in Afghanistan!“, zusammen mit verschiedenen Ortsvereinen angenommen. Wir konnten uns 2011 auch in die Debatte über den geplanten Rüstungsexport von durch die Lürssen-Werft gebaute Kriegsschiffe nach Angola kritisch einbringen.

Im Frühjahr 2011 fand das Bundestreffen der Foren Eine Welt in Bremen statt. Unter großer Teilnahme aus allen Bundesländern debattierten und diskutierten wir ein Wochenende lang über die zahlreichen Herausforderungen internationaler Politik. Positive Außenwirkung erzielte auch unsere Teilnahme mit einem Stand an der „Afrika-Messe“ auf der Hanselife. Weitere Themen waren unter anderem die Lage in Syrien, die Situation landwirtschaftlicher Entwicklung in Afrika, die Finanztransaktionssteuer (Carsten Sieling), Beteiligung an der Bewerbung „Hauptstadt Fairer Handel“, „Indischer Sozialismus“ (Boris Niclas) und „Land Grabbing“ (Peter Gerhardt, Robin Wood).

Für unsere weitere Arbeit wünschen wir uns eine bessere Wahrnehmung von entwicklungspolitischen und internationalen Themen nicht nur bei den Bürgern, sondern insbesondere auch von unseren Genossen und Genossinnen. Sigmar Gabriel hat mehrmals entsprechendes gefordert, der Bundesparteitag 2012 wies deutlich in diese Richtung. Mit unserem Engagement wollen wir unseren Beitrag für eine sozialere und gerechtere Welt leisten.

Martin Töben

Sprecher Ausschuss für Internationale Angelegenheiten/Forum Eine Welt Bremen

Auf der Jahreshauptversammlung am 27. Januar 2010 wurde der Vorstand des Wissenschaftsforums neu gewählt. Als Vorsitzende wurde Dr. Dagmar Burgdorf, als stellvertretende Vorsitzende Sybille Bösch (MdBB) und Dr. Mario Domann-Käse gewählt. Beisitzerinnen und Beisitzer sind Dr. Bäbel Kühn (Uni Bremen), Prof. Dr. Klaus Jürgen Bönkost (Uni Bremen), Falk Wagner (Jusos), Thorsten Schulz (Uni Oldenburg), Daniela Behrens (MdL Niedersachsen).

Nach der konstituierenden Sitzung im Februar 2010 startete der Vorstand mit der inhaltlichen Arbeit. Der Vorstand traf sich im Mai zu einem Informationsaustausch mit dem Rektor und dem Kanzler der Uni Bremen, um unter anderem über die Themen Exzellenzinitiative, Hochschulpakt und finanzielle Ausgestaltungsbedingungen für Wissenschaft, Lehre und Forschung zu diskutieren. Das Wissenschaftsforum hatte sich für eine Beteiligung der Universität Bremen an der zweiten Runde Exzellenzinitiative ausgesprochen und Bürgermeister Böhrnsen schriftlich um Unterstützung gebeten.

Zwei weitere Gespräche mit Rektor und Kanzler der Universität Bremen drehten sich um den Antragsstand Exzellenzinitiative und andere universitäre Probleme (November 2010 und Juli 2011).

Das Wissenschaftsforum hat mehrfach die Bedeutung des Wissenschaftssektors für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes dargestellt. Es tritt für die Sicherung quantitativ ausreichender und qualitativ hochwertiger Studienplätze in Kooperationspartnerschaft der Hochschulen in der Region Nordwest ein und hat Vorschläge zur Verbesserung der Lehre entwickelt.

Auch im Gespräch mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Renate Jürgens-Pieper standen die aktuellen Probleme aus den Bereichen Bildung und Wissenschaft im Vordergrund (September 2010). Beim Besuch des Max-Planck-

Instituts für Marine Mikrobiologie informierte sich der Vorstand über Forschungsinhalte und -bedingungen des Instituts (September 2010). Ebenfalls im September 2010 verfasste der Vorstand zusammen mit Dr. Carsten Sieling (MdB) Vorschläge für das Wahl-/Regierungsprogramm der SPD zum Thema Innovation/Wachstumsfelder und Forschung.

Die Arbeitsgruppe Lehrerbildung des Wissenschaftsforums legte im November 2010 ein Diskussionspapier für eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Bremen vor. Sowohl aus diesem Diskussionspapier, als auch aus dem Papier zu Wissenschaft und Innovation wurden Anträge für das Wahl-/Regierungsprogramm im Forum beschlossen und fanden überwiegend Eingang in das Wahl-/Regierungsprogramm.

Das Thema Energieversorgung und E-Mobilität stand im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung und anschließenden Diskussionsveranstaltung mit dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Matthias Groote (Weser-Ems) im Mai 2011.

Nach der Sommerpause stellte die Vorsitzende des Wissenschaftsforums Aufgaben und Ziele des Wissenschaftsforums den SPD-Neumitgliedern des UB-Stadt vor. Im September 2011 diskutierte das Wissenschaftsforum unter breiter Beteiligung von Universitäts-, Instituts-, Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern und der Jusos die Forderung nach einer verbindlichen Zivilklausel. Das Forum schloss sich nach ausführlicher Diskussion den Vorschlägen der Jusos an und verabschiedete einen Antrag auf Aufnahme einer entsprechenden Klausel in das Bremische Hochschulgesetz. Die Aufnahme einer Zivilklausel in das Bremische Hochschulgesetz verschafft den Hochschulen den notwendigen Raum für offene Diskussionen. Sie soll in Verbindung mit § 7 Abs. 1 S. 5 BremHG (Veröffentlichung den Frieden gefährdender Forschungsergebnisse) dafür sorgen, dass die Hochschulen ausschließlich zu einer

friedlichen und zivilen Gesellschaftsentwicklung beitragen. Die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel dürfen nur für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen. Dieser gemeinsame Antrag von Jusos und Wissenschaftsforum wurde auf dem Landespar-

teitag am 28. Oktober 2011 beschlossen und wartet jetzt auf seine Umsetzung.

Dr. Dagmar Burgdorf

Vorsitzende Wissenschaftsforum

ANHANG

Wahlergebnisse der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft
und der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven, 22. Mai 2011 Seite 78

Statistiken zur Mitgliederentwicklung Seite 80

WAHLERGEBNISSE

Bürgerschaftswahl 2011 Land Bremen*

Land Bremen	Bürgerschaftswahl 2011				Bürgerschaftswahl 2007		Veränderungen 2011 zu 2007
	absolut	Listenstimmen	Personenstimmen	%	absolut	%	%
Wähler/Wahlbeteiligung	274.123	x	x	55,5	279.650	57,53	-3,74
Gültige Stimmen	1.309.355	776.742	532.613	96,7	275.816	98,63	-1,93
SPD	505.348	255.051	250.297	38,6	101.290	36,72	1,88
CDU	266.483	156.873	109.610	20,4	70.728	25,64	-4,09
Grüne	293.993	193.152	100.841	22,5	45.493	16,49	6,01
Die Linke	73.769	52.000	21.769	5,6	23.282	8,44	-2,84
FDP	31.176	19.418	11.758	2,4	16.486	5,98	-3,58
BIW	48.530	34.902	13.628	3,7	2.336	0,85	2,85
NPD	20.470	17.236	3.234	1,6	x	x	x
Piratenpartei	24.935	21.080	3.855	1,9	x	x	x

Bürgerschaftswahl 2011 Stadt Bremen*

Stadt Bremen	Bürgerschaftswahl 2011				Bürgerschaftswahl 2007		Veränderungen 2011 zu 2007
	absolut	Listenstimmen	Personenstimmen	%	absolut	%	%
Wähler/Wahlbeteiligung	232.883	x	x	57,0	234.815	62,85	-5,85
Gültige Stimmen	1.115.686	641.362	474.324	96,9	231.686	98,67	-1,77
SPD	438.991	206.420	232.571	39,3	85.927	37,09	2,21
CDU	227.622	130.416	97.206	20,4	59.673	25,76	-5,36
Grüne	251.863	163.776	88.087	22,6	40.218	17,36	5,24
Die Linke	64.824	44.465	20.359	5,8	20.226	8,73	-2,93
FDP	25.255	15.925	9.330	2,3	12.598	5,44	-3,14
BIW	34.713	27.120	7.593	3,1	x	x	x
NPD	15.944	13.681	2.263	1,4	x	x	x
Piratenpartei	21.074	17.957	3.117	1,9	x	x	x

Bürgerschaftswahl 2011 Stadt Bremerhaven*

Stadt Bremerhaven	Bürgerschaftswahl 2011				Bürgerschafts- wahl 2007		Veränderungen 2011 zu 2007
	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	absolut	%	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	41.240	x	x	48,1	44.835	52,55	-4,45
Gültige Stimmen	193.669	135.380	58.289	95,4	44.130	98,43	-3,03
SPD	66.357	48.631	17.726	34,3	15.363	34,81	-0,51
CDU	38.861	26.457	12.404	20,1	11.055	25,05	-4,95
Grüne	42.130	29.376	12.754	21,8	5.275	11,95	9,85
Die Linke	8.945	7.535	1.410	4,6	3.056	6,92	-2,32
FDP	5.921	3.493	2.428	3,1	3.888	8,81	-5,71
BIW	13.817	7.782	6.035	7,1	2.336	5,29	1,81
NPD	4.526	3.555	971	2,3	x	x	x
Piratenpartei	3.861	3.123	738	2,0	x	x	x

Wahl zur Stadtverordnetenversammlung (STVV) Bremerhaven 2011*

	STVV 2011				STVV 2007		Veränderungen 2011 zu 2007
	absolut	Listen- stimmen	Personen- stimmen	%	absolut	%	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	41.555	x	x	46,8	45.289	51,5	-4,70
Gültige Stimmen	194.546	127.028	67.518	95,1	44.596	98,5	-3,40
SPD	64.355	43.935	20.420	33,1	14.988	33,6	-0,50
CDU	38.940	22.874	16.066	20,0	10.580	23,7	-3,70
Grüne	43.897	29.168	14.729	22,6	5.614	12,6	10,00
Die Linke	8.930	7.213	1.717	4,6	2.737	6,1	-1,50
FDP	6.440	3.391	3.049	3,3	4.288	9,6	-6,3
BIW	14.415	8.737	5.678	7,4	2.415	5,4	2,00
B+B	2.856	1.556	1.300	1,5	x	x	x
Für BHV	2.499	1.329	1.170	1,3	x	x	x
NPD	4.224	3.438	786	2,2	x	x	x
Piraten	4.285	3.128	1.157	2,2	x	x	x
PdB	1.161	464	697	0,4	x	x	x
RRP	2.544	1795	749	0,4	x	x	x

* Bei den Wahlen 2011 wurde erstmals ein neues Wahlrecht angewandt, wonach sowohl bei der Bürgerschaftswahl für das Land Bremen als auch bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven jede Wählerin und jeder Wähler jeweils fünf Stimmen hat, die für eine oder mehrere Parteien oder eine/einen oder mehrere Kandidatinnen/Kandidaten abgegeben werden können.

Mitgliederentwicklung nach Geschlecht; Zeitraum: 2000 bis 2011

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	7.040	4.853	68,93	2.187	31,07
2001	6.754	4.643	68,74	2.111	31,26
2002	6.482	4.431	68,36	2.051	31,64
2003	6.005	4.055	67,53	1.950	32,47
2004	5.652	3.798	67,20	1.854	32,80
2005	5.673	3.788	66,77	1.885	33,23
2006	5.414	3.586	66,24	1.828	33,76
2007	5.198	3.441	66,20	1.757	33,80
2008	4.952	3.267	65,97	1.685	34,03
2009	4.841	3.200	66,10	1.641	33,90
2010	4.763	3.141	65,95	1.622	34,05
2011	4.787	3.162	66,05	1.625	33,95

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	4.563	3.088	67,67	1.475	32,33
2001	4.377	2.958	67,58	1.419	32,42
2002	4.231	2.855	67,48	1.376	32,52
2003	3.937	2.625	66,68	1.312	33,32
2004	3.720	2.464	66,24	1.256	33,76
2005	3.760	2.465	65,56	1.295	34,44
2006	3.579	2.333	65,19	1.246	34,81
2007	3.425	2.234	65,23	1.191	34,77
2008	3.261	2.129	65,29	1.132	34,71
2009	3.213	2.105	65,52	1.108	34,48
2010	3.162	2.062	65,21	1.100	34,79
2011	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	973	688	70,71	285	29,29
2001	938	662	70,58	276	29,42
2002	914	640	70,02	274	29,98
2003	845	585	69,23	260	30,77
2004	791	541	68,39	250	31,61
2005	801	545	68,04	256	31,96
2006	763	516	67,63	247	32,37
2007	737	499	67,71	238	32,29
2008	689	463	67,20	226	32,80
2009	674	457	67,80	217	32,20
2010	655	442	67,48	213	32,52
2011	644	433	67,24	211	32,76

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	1.504	1.077	71,61	427	28,39
2001	1.439	1.023	71,09	416	28,91
2002	1.337	936	70,01	401	29,99
2003	1.223	845	69,09	378	30,91
2004	1.141	793	69,50	348	30,50
2005	1.112	778	69,96	334	30,04
2006	1.072	737	68,75	335	31,25
2007	1.036	708	68,34	328	31,66
2008	1.002	675	67,37	327	32,63
2009	954	638	66,88	316	33,12
2010	945	636	67,30	309	32,70
2011	954	650	68,13	304	31,87

Mitgliederbestand nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2011

Name	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
SPD-Landesorganisation Bremen	4.787	3.162	66,05	1.625	33,95
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81
SPD-OV Bremen-Hemelingen	44	28	63,64	16	36,36
SPD-OV Bremen-Hastedt	66	42	63,64	24	36,36
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	51	32	62,75	19	37,25
SPD-OV Bremen-Osterholz	173	116	67,05	57	32,95
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	68	53	77,94	15	22,06
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	48	32	66,67	16	33,33
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	115	72	62,61	43	37,39
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	124	75	60,48	49	39,52
SPD-OV Bremen-Borgfeld	57	42	73,68	15	26,32
SPD-OV Bremen-Oberneuland	95	63	66,32	32	33,68
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	100	65	65,00	35	35,00
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	115	78	67,83	37	32,17
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	260	166	63,85	94	36,15
SPD-OV Bremen-Altstadt	112	72	64,29	40	35,71
SPD-OV Bremen-Walle	139	93	66,91	46	33,09
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	122	75	61,48	47	38,52
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	53	31	58,49	22	41,51
SPD-OV Bremen-Utbremen	0	0	0,00	0	0,00
SPD-OV Bremen-Buntentor	130	75	57,69	55	42,31
SPD-OV Bremen-Huckelriede	46	30	65,22	16	34,78
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	140	92	65,71	48	34,29
SPD-OV Bremen-Neustadt	126	86	68,25	40	31,75
SPD-OV Bremen-Strom	21	14	66,67	7	33,33
SPD-OV Bremen-Huchting	166	107	64,46	59	35,54
SPD-OV Bremen-Grolland	45	25	55,56	20	44,44
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	92	59	64,13	33	35,87
SPD-OV Bremen-Seehausen	13	9	69,23	4	30,77
SPD-OV Bremen-Weidedamm	0	0	0,00	0	0,00
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	150	88	58,67	62	41,33
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	136	77	56,62	59	43,38
SPD-OV Bremen-Innenstadt	0	0	0,00	0	0,00
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	84	68	80,95	16	19,05
SPD-OV Bremen-Findorff	213	148	69,48	65	30,52
SPD-OV Bremen-Mitte	84	65	77,38	19	22,62
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	954	650	68,13	304	31,87
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide-Ost	72	42	58,33	30	41,67
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide-Speckenbüttel	73	49	67,12	24	32,88
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	174	131	75,29	43	24,71
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	122	79	64,75	43	35,25
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	140	94	67,14	46	32,86
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünd-Nord	122	82	67,21	40	32,79
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde-Süd/Grünhöfe	69	45	65,22	24	34,78
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	82	64	78,05	18	21,95
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	100	64	64,00	36	36,00
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	644	433	67,24	211	32,76
SPD-OV Bremen-Burgdamm	44	25	56,82	19	43,18
SPD-OV Bremen-Schönebeck	49	30	61,22	19	38,78
SPD-OV Bremen-Hammersbeck	33	25	75,76	8	24,24
SPD-OV Bremen-Vegesack	98	71	72,45	27	27,55
SPD-OV Bremen-Fähr-Lobbendorf	37	21	56,76	16	43,24
SPD-OV Bremen-Blumenthal	70	43	61,43	27	38,57
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	45	31	68,89	14	31,11
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	116	75	64,66	41	35,34
SPD-OV Bremen-Burglesum	152	112	73,68	40	26,32

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2011

Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	9	0,19	7	0,22	2	0,12
19-21	43	0,90	30	0,95	13	0,80
22-25	145	3,03	97	3,07	48	2,95
26-29	193	4,03	122	3,86	71	4,37
30-34	215	4,49	159	5,03	56	3,45
35-39	208	4,35	144	4,55	64	3,94
40-49	601	12,55	412	13,03	189	11,63
50-59	778	16,25	468	14,80	310	19,08
60-69	1.198	25,03	802	25,36	396	24,37
70-79	918	19,18	615	19,45	303	18,65
80-89	400	8,36	259	8,19	141	8,68
90-105	79	1,65	47	1,49	32	1,97
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	4.787	100,00	3.162	100,00	1.625	100,00

Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	7	0,22	5	0,24	2	0,18
19-21	27	0,85	20	0,96	7	0,63
22-25	106	3,32	71	3,42	35	3,15
26-29	144	4,52	93	4,47	51	4,59
30-34	158	4,95	114	5,48	44	3,96
35-39	153	4,80	109	5,24	44	3,96
40-49	399	12,51	270	12,99	129	11,62
50-59	475	14,89	272	13,08	203	18,29
60-69	761	23,86	512	24,63	249	22,43
70-79	636	19,94	415	19,96	221	19,91
80-89	274	8,59	172	8,27	102	9,19
90-105	49	1,54	26	1,25	23	2,07
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	3.189	100,00	2.079	100,00	1.110	100,00

Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	0	0,00	0	0,00	0	0,00
19-21	9	1,40	6	1,39	3	1,42
22-25	20	3,11	15	3,46	5	2,37
26-29	19	2,95	9	2,08	10	4,74
30-34	20	3,11	17	3,93	3	1,42
35-39	23	3,57	15	3,46	8	3,79
40-49	64	9,94	47	10,85	17	8,06
50-59	113	17,55	72	16,63	41	19,43
60-69	195	30,28	129	29,79	66	31,28
70-79	119	18,48	84	19,40	35	16,59
80-89	55	8,54	34	7,85	21	9,95
90-105	7	1,09	5	1,15	2	0,95
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	644	100,00	433	100,00	211	100,00

Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	2	0,21	2	0,31	0	0,00
19-21	7	0,73	4	0,62	3	0,99
22-25	19	1,99	11	1,69	8	2,63
26-29	30	3,14	20	3,08	10	3,29
30-34	37	3,88	28	4,31	9	2,96
35-39	32	3,35	20	3,08	12	3,95
40-49	138	14,47	95	14,62	43	14,14
50-59	190	19,92	124	19,08	66	21,71
60-69	242	25,37	161	24,77	81	26,64
70-79	163	17,09	116	17,85	47	15,46
80-89	71	7,44	53	8,15	18	5,92
90-105	23	2,41	16	2,46	7	2,30
106-150	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	954	100,00	650	100,00	304	100,00

Mitgliederbestand nach Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2011

Landesorganisation Bremen

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
< 1	231	4,83
1	213	4,45
2	132	2,76
3	108	2,26
4	100	2,09
5	89	1,86
6	176	3,68
7	89	1,86
8	79	1,65
9	102	2,13
10	90	1,88
11-12	108	2,26
13-14	130	2,72
15-16	122	2,55
17-18	120	2,51
19-20	106	2,21
21-30	758	15,83
31-40	1.165	24,34
41-50	606	12,66
51-60	204	4,26
61-70	58	1,21
71-80	1	0,02
Gesamt	4.787	100,00

Unterbezirk Bremen-Stadt

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
< 1	140	4,39
1	136	4,26
2	93	2,92
3	73	2,29
4	67	2,10
5	55	1,72
6	130	4,08
7	60	1,88
8	49	1,54
9	69	2,16
10	65	2,04
11-12	72	2,26
13-14	89	2,79
15-16	83	2,60
17-18	76	2,38
19-20	70	2,20
21-30	483	15,15
31-40	752	23,58
41-50	431	13,52
51-60	149	4,67
61-70	46	1,44
71-80	1	0,03
Gesamt	3.189	100,00

Unterbezirk Bremen-Nord

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
< 1	26	4,04
1	24	3,73
2	17	2,64
3	13	2,02
4	13	2,02
5	13	2,02
6	27	4,19
7	15	2,33
8	13	2,02
9	9	1,40
10	12	1,86
11-12	8	1,24
13-14	14	2,17
15-16	11	1,71
17-18	13	2,02
19-20	19	2,95
21-30	129	20,03
31-40	175	27,17
41-50	66	10,25
51-60	24	3,73
61-70	3	0,47
Gesamt	644	100,00

Unterbezirk Bremerhaven

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
< 1	65	6,81
1	53	5,56
2	22	2,31
3	22	2,31
4	20	2,10
5	21	2,20
6	19	1,99
7	14	1,47
8	17	1,78
9	24	2,52
10	13	1,36
11-12	28	2,94
13-14	27	2,83
15-16	28	2,94
17-18	31	3,25
19-20	17	1,78
21-30	146	15,30
31-40	238	24,95
41-50	109	11,43
51-60	31	3,25
61-70	9	0,94
Gesamt	954	100,00

Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich; Zeitraum: 2000 bis 2011

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	119	84	70,59	35	29,41
2001	186	123	66,13	63	33,87
2002	212	139	65,57	73	34,43
2003	131	88	67,18	43	32,82
2004	135	97	71,85	38	28,15
2005	336	221	65,77	115	34,23
2006	161	103	63,98	58	36,02
2007	159	106	66,67	53	33,33
2008	141	94	66,67	47	33,33
2009	170	109	64,12	61	35,88
2010	235	156	66,38	79	33,62
2011	231	158	68,40	73	31,60

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	83	58	69,88	25	30,12
2001	128	85	66,41	43	33,59
2002	140	97	69,29	43	30,71
2003	92	58	63,04	34	36,96
2004	88	61	69,32	27	30,68
2005	245	157	64,08	88	35,92
2006	103	62	60,19	41	39,81
2007	96	63	65,63	33	34,38
2008	88	61	69,32	27	30,68
2009	117	78	66,67	39	33,33
2010	148	95	64,19	53	35,81
2011	140	88	62,86	52	37,14

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	15	11	73,33	4	26,67
2001	30	21	70,00	9	30,00
2002	30	18	60,00	12	40,00
2003	15	11	73,33	4	26,67
2004	22	15	68,18	7	31,82
2005	61	42	68,85	19	31,15
2006	20	15	75,00	5	25,00
2007	31	20	64,52	11	35,48
2008	15	9	60,00	6	40,00
2009	24	18	75,00	6	25,00
2010	26	17	65,38	9	34,62
2011	26	16	61,54	10	38,46

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	21	15	71,43	6	28,57
2001	28	17	60,71	11	39,29
2002	42	24	57,14	18	42,86
2003	24	19	79,17	5	20,83
2004	25	21	84,00	4	16,00
2005	30	22	73,33	8	26,67
2006	38	26	68,42	12	31,58
2007	32	23	71,88	9	28,13
2008	38	24	63,16	14	36,84
2009	29	13	44,83	16	55,17
2010	61	44	72,13	17	27,87
2011	65	54	83,08	11	16,92

**Mitgliederzugänge nach Zugangsart;
1.1.2011 bis 31.12.2011**

Landesorganisation Bremen

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt	205	2,16
GAST wird zum Mitglied	11	4,76
Nicht-Mitglied (Juso/NTR) wird zum Mitglied	3	1,30
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	12	5,19
Gesamt	231	100,00

Unterbezirk Bremen-Stadt

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt	119	1,43
GAST wird zum Mitglied	11	7,86
Nicht-Mitglied (Juso/NTR) wird zum Mitglied	2	1,43
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	8	5,71
Gesamt	140	100,00

Unterbezirk Bremen-Nord

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt	25	96,15
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	1	3,85
Gesamt	26	100,00

Unterbezirk Bremerhaven

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt	61	4,62
Nicht-Mitglied (Juso/NTR) wird zum Mitglied	1	1,54
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	3	4,62
Gesamt	65	100,00

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 1.1.2011 bis 31.12.2011

Landesorganisation Bremen

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	216	75,52	154	71,30	62	28,70
Mehrfacherfassung	1	0,35	1	100,00	0	
Verstorben	69	24,13	48	69,57	21	30,43
Gesamt	286	100,00	203	70,98	83	29,02

Unterbezirk Bremen-Stadt

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	131	74,86	90	68,70	41	31,30
Verstorben	44	25,14	32	72,73	12	27,27
Gesamt	175	100,00	122	69,71	53	30,29

Unterbezirk Bremen-Nord

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	30	75,00	23	76,67	7	23,33
Verstorben	10	25,00	6	60,00	4	40,00
Gesamt	40	100,00	29	72,50	11	27,50

Unterbezirk Bremerhaven

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	55	77,46	41	74,55	14	25,45
Mehrfacherfassung	1	1,41	1	100,00	0	
Verstorben	15	21,13	10	66,67	5	33,33
Gesamt	71	100,00	52	73,24	19	26,76

Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich; Zeitraum: 2000 bis 2011

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	254	168	66,14	86	33,86
2001	201	141	70,15	60	29,85
2002	206	133	64,56	73	35,44
2003	381	277	72,70	104	27,30
2004	433	310	71,59	123	28,41
2005	212	142	66,98	70	33,02
2006	275	195	70,91	80	29,09
2007	273	194	71,06	79	28,94
2008	289	191	66,09	98	33,91
2009	231	147	63,64	84	36,36
2010	199	133	66,83	66	33,17
2011	216	154	71,30	62	28,70

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	172	108	62,79	64	37,21
2001	130	89	68,46	41	31,54
2002	131	83	63,36	48	36,64
2003	252	176	69,84	76	30,16
2004	264	185	70,08	79	29,92
2005	137	91	66,42	46	33,58
2006	170	115	67,65	55	32,35
2007	181	125	69,06	56	30,94
2008	196	123	62,76	73	37,24
2009	140	91	65,00	49	35,00
2010	124	81	65,32	43	34,68
2011	131	90	68,70	41	31,30

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	26	18	69,23	8	30,77
2001	32	23	71,88	9	28,13
2002	36	23	63,89	13	36,11
2003	56	45	80,36	11	19,64
2004	59	48	81,36	11	18,64
2005	42	30	71,43	12	28,57
2006	40	29	72,50	11	27,50
2007	35	24	68,57	11	31,43
2008	43	28	65,12	15	34,88
2009	31	18	58,06	13	41,94
2010	38	24	65,12	14	34,88
2011	30	23	76,67	7	23,33

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2000	56	42	75,00	14	25,00
2001	39	29	74,36	10	25,64
2002	39	27	69,23	12	30,77
2003	73	56	76,71	17	23,29
2004	110	77	70,00	33	30,00
2005	33	21	63,64	12	36,36
2006	65	51	78,46	14	21,54
2007	57	45	78,95	12	21,05
2008	50	40	80,00	10	20,00
2009	60	38	63,33	22	36,67
2010	37	28	75,67	9	24,33
2011	55	41	74,55	14	25,45

SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43 · 28195 Bremen
Fon: 04 21/3 50 18-0 · Fax: 04 21/3 50 18-37
E-Mail: info-bremen@spd.de · Internet: www.spd-land-bremen.de
Bankverbindung: SEB Bremen · BLZ: 290 101 11 · Konto: 1006 6183 00